



62. Sitzung

Mittwoch, 29. September 2010

Vorsitzende: Präsident Dr. Lutz Mohaupt, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsident Wolfhard Ploog, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Änderung der Tagesordnung 3845

Aktuelle Stunde 3845

Fraktion der GAL:

**Doppelhaushalt 2011/2012:
ausgewogenes Konsolidie-
rungspaket für Hamburg**

Jens Kerstan GAL	3845, 3850
Thies Goldberg CDU	3846, 3854
Dr. Peter Tschentscher SPD	3847, 3853
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	3848, 3854
Carsten Frigge, Senator	3849
Roland Heintze CDU	3851
Norbert Hackbusch DIE LINKE	3852

Fraktion DIE LINKE:

**Flüchtlingsunterkunft Horst
schließen – Flüchtlinge in Ham-
burg menschenwürdig unter-
bringen!**

Mehmet Yildiz DIE LINKE	3855, 3859
Kai Voet van Vormizeele CDU	3856
Metin Hakverdi SPD	3857
Linda Heitmann GAL	3858
Antje Möller GAL	3860
Ksenija Bekeris SPD	3860

Fraktion der CDU:

**Der Hamburger Hafen – Garant
des Wirtschaftswachstums in
der Metropolregion**

(Fortführung am 30.09.2010)

Fraktion der SPD:

**Hartz-IV-Regelsätze:
Schwarz-gelbe Bundesregie-
rung missachtet Vorgaben des
Bundesverfassungsgerichts**

(Fortführung am 30.09.2010)

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputier-
ten der Behörde für Inneres**
– Drs 19/7243 –

3861

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputier-
ten der Behörde für Wirtschaft
und Arbeit**
– Drs 19/7244 –

3861

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission – Drs 19/7252 –	3861	Große Anfrage der Fraktion der SPD: Mietbetrug durch Vermieter bei SGB-II-Leistungsempfängern – was tut der Senat? – Drs 19/6495 –	3871
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		mit	
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Kultur, Sport und Medien – Drs 19/7326 –	3861	Antrag der Fraktion der SPD: SGB-II-Leistungsempfänger vor Mietbetrug durch Vermieter besser schützen – Drs 19/7292 –	3871
Ergebnisse	3870, 3870, 3870, 3871		
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Dirk Kienscherf SPD Egbert von Frankenberg CDU Claudius Lieven GAL Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE Dietrich Wersich, Senator Elke Badde SPD	3871, 3881 3873 3875, 3880 3876, 3880 3877 3879
Begrenzung des Zinssatzes bei Überziehungskrediten und Anspruch auf Girokonto für jedermann bei der Haspa (Hamburger Sparkasse) – Drs 19/7284 –	3861	Beschluss	3882
dazu			
Antrag der Fraktion der SPD:		Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:	
Girokonto für alle und Zinsrückgänge an Verbraucherinnen und Verbraucher weiterreichen – Drs 19/7427 –	3861	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Juni 2009 Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg – Drs. 19/3177 –	
Norbert Hackbusch DIE LINKE Thies Goldberg CDU Ksenija Bekeris SPD Jens Kerstan GAL	3861, 3865 3862 3863 3864	und Antworten des Senats – Drs. 19/4171, 19/4896, 19/5588, 19/6450 –	
Beschlüsse	3865	– Unterrichtungen durch den Präsidenten – Datenstand 15. August 2010 – Drs 19/7233 –	3882
Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:		Barbara Ahrons CDU Karl Schwinke SPD Jens Kerstan GAL Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE Ian Karan, Senator	3882 3883 3884 3885 3886
Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg – Drs 19/7130 –	3865	Kenntnisnahme	3887
Robert Heinemann CDU Olaf Steinbiß SPD Farid Müller GAL Christiane Schneider DIE LINKE	3865, 3870 3866 3868 3869, 3870	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Beschluss	3870	Elbphilharmonie: Fälliger Sachstandsbericht seit Mai/Juni 2010 – Drs 19/6980 –	3887

Martina Koeppen SPD	3887
Hans Lafrenz CDU	3888
Dr. Eva Gümbel GAL	3890, 3891
Norbert Hackbusch DIE LINKE	3890
Robert Heinemann CDU	3892

Kenntnisnahme	3892
---------------	------

Antrag der Fraktion der GAL:

**Europäische Charta für Gleich-
stellung unterzeichnen**

– Drs 19/7285 –	3893
-----------------	------

Linda Heitmann GAL	3893
Karen Koop CDU	3894
Gabi Dobusch SPD	3895
Kersten Artus DIE LINKE	3897, 3898
Antje Möller GAL	3898

Beschluss	3899
-----------	------

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben die Fraktionen vereinbart, dass der Tagesordnungspunkt 4 vertagt werden soll. Es handelt sich dabei um die Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Drucksache 19/7180.

Wir kommen sodann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind vier Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Doppelhaushalt 2011/2012: ausgewogenes Konsolidierungspaket für Hamburg

(*Michael Neumann SPD:* Echt, gibt's ein neues?)

von der Fraktion DIE LINKE

Flüchtlingsunterkunft Horst schließen – Flüchtlinge in Hamburg menschenwürdig unterbringen!

von der CDU-Fraktion

Der Hamburger Hafen – Garant des Wirtschaftswachstums in der Metropolregion

und von der SPD-Fraktion

Hartz-IV-Regelsätze: Schwarz-gelbe Bundesregierung missachtet Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts

Ich rufe nun das erste Thema auf. Wird das Wort dazu gewünscht? – Das ist der Fall. Herr Kerstan hat das Wort.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den meisten Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes und auch dieser Stadt ist bewusst, dass die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden müssen nach den Milliardenausgaben, mit denen diese Stadt, aber auch die Bundesregierung es geschafft haben, durch die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten zu kommen und Land und Stadt vor Massenarbeitslosigkeit und Rezession zu bewahren. Es ist doch eindeutig, was eigentlich auch allen einleuchtet, dass nun die Phase gekommen ist, wieder sparsamer mit öffentlichen Mitteln umzugehen. Wenn man sich die Situation ansieht, dann wird man ganz schnell feststellen, dass die fehlenden Steuereinnahmen nicht nur einmalig fehlen, sondern dauerhaft, wie im Finanzstrukturbericht, den dieser Senat an die Bundesregierung geschickt hat, deutlich ersichtlich geworden ist, und zwar zu zwei Dritteln Einnahme-

verluste, die durch Steuersenkungen auf Bundesebene verursacht wurden.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Richtig!)

Das kann man kritisieren und wir Grünen tun dies, aber wir als Land können uns nicht dagegen wehren und an einem Kurs, bei dem Ausgaben eingespart werden müssen, führt deshalb kein Weg vorbei. Wie es immer so ist, wird die Notwendigkeit des Sparens zwar anerkannt, wenn aber Sparpakete vorgelegt werden, wie dieser schwarz-grüne Senat es getan hat, dann gibt es meistens zuerst Kommentare wie: der große Wurf ist das nicht, reicht das eigentlich, sind da nicht nur Einnahmen erhöht worden, hätte man nicht noch härter sparen müssen, um dann in den nächsten Wochen Tag für Tag jede einzelne Einsparmaßnahme als völlig verantwortungslos und wahnsinnige Einsparungstat in den Medien zu diskutieren. Das war in der Vergangenheit so und das passiert auch bei diesem Sparpaket.

Aber wenn man sich anschaut, wie dieses Paket gestrickt ist, dann muss man doch letztendlich sehen, dass dieser schwarz-grüne Senat nicht vorrangig bei den Ausgaben für den Bürger spart, sondern sich im Wesentlichen darauf konzentriert, die Verwaltung effizienter zu machen, wichtige soziale Dienstleistungen nicht kaputtzusparen und gleichzeitig Bildung, Wissenschaft und auch Kultur als wichtige Zukunftsthemen für den Gemeinsinn in dieser Stadt zu erhalten. Niemand will leugnen, dass es schwere und auch harte Einschnitte gibt, aber man muss doch eines sagen: Dieses Paket ist ein ausgewogenes Paket, das die durchaus harten Lasten ausgewogen verteilt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Im Wesentlichen sind es drei Themen, die sehr kritisch diskutiert werden, darum möchte ich in meiner Rede auch darauf eingehen. Warum müssen die Beamten in dieser Stadt eigentlich mit der Streichung oder teilweisen Streichung ihres Weihnachtsgeldes eine Last tragen? Wenn die Steuereinnahmen nicht mehr ausreichen, um den öffentlichen Dienst zu finanzieren, und das ist nun einmal leider unsere Situation, dann wird man um Belastungen der Beschäftigten nicht herumkommen, so hart und schwierig das auch sein mag. Aber eines muss man auch sagen. Hamburg ist mittlerweile eines der wenigen Bundesländer, das überhaupt noch Weihnachtsgeld an die Beamten auszahlt, und für die unteren Einkommensgruppen wird das auch in Zukunft trotz Einsparungen so sein.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Was andere Bundesländer tun, nämlich beim öffentlichen Dienst noch weiter zu sparen durch übermäßige Sparquoten bei den Beschäftigten, durch einen Einstellungsstopp, durch Verlängerung der Arbeitszeit oder auch durch das Herangehen an die Pensionsgrenzen. All diese Grausam-

(Jens Kerstan)

keiten werden in Hamburg von diesem schwarz-grünen Senat nicht begangen, weil uns bewusst ist, dass wir einen guten und leistungsfähigen öffentlichen Dienst brauchen, um Dienstleistungen für die Bürger zu erbringen. Deshalb muss man vielleicht auch einmal anerkennen, dass die Fehler, die an anderer Stelle in unserem Land gemacht werden, in dieser Stadt nicht gemacht werden.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Zum Teil nehmen wir auch ungerechtfertigte Steuerensenkungen zurück. Das sogenannte Mövenpick-Privileg, das Mehrwertsteuergeschenk an Hoteliers werden wir in Hamburg teilweise zurückdrehen durch eine Bettensteuer, die die Hoteliers zu zahlen haben. Ich kann die Hoteliers nur davor warnen, diese Belastung an Touristen und Geschäftsreisende weiterzugeben,

(Ingo Egloff SPD: Wie wollen Sie das denn verhindern? Das ist doch ein frommer Wunsch!)

denn das ungerechtfertigte Steuerprivileg gibt ihnen genügend Gestaltungsfreiheit bei den Preisen, die sie nutzen können, ohne diese Lasten weiterzugeben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Damit wollen wir dafür sorgen, viele unterfinanzierte kulturelle Projekte in dieser Stadt, die in der Vergangenheit noch nicht finanziert, aber versprochen waren, in Zukunft finanzieren zu können. Auch das ist ein wichtiger Beitrag in diesem Sparpaket, in dem es auch darum geht, die Zukunft zu gestalten und nicht nur einfach einzusparen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kerstan hat es schon gesagt, wir haben in einer schwierigen Haushaltssituation der Stadt – zumindest wie wir meinen und wie auch viele Menschen in der Öffentlichkeit meinen, sicherlich nicht alle – ein ausgewogenes und insbesondere im sozialen Bereich deutlich unterdurchschnittlich belastendes Haushaltskonsolidierungspaket vorgelegt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nennen Sie Namen!)

Das ist eine gute Nachricht für diese Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Michael Neumann SPD: Ein guter Tag für Hamburg!)

Nun haben wir natürlich von der Opposition, lieber Herr Neumann, lieber Herr Tschentscher und auch lieber Herr Dr. Bischoff, umfangreiche Kritik gehört,

was wir alles nicht gemacht hätten und was wir alles falsch gemacht hätten. Insbesondere die SPD, die lange Zeit in dieser Stadt Verantwortung getragen hat – irgendjemand sagte einmal, es seien in der Tat 44 Jahre gewesen –, hat vollkommen zu Recht aus dieser Erfahrung einige Kritikpunkte oder auch Sparvorschläge gemacht; das finde ich gut.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ach, jetzt geht die Leier wieder los!)

Was hat die Opposition denn an Sparvorschlägen gemacht?

(Ingo Egloff SPD: Bereiten Sie sich einmal auf die nächsten vier Jahre vor!)

Herr Egloff, unstrittig ist – das kann Herr Dr. Tschentscher Ihnen bestätigen –, dass die halbe Milliarde eine notwendige Zielsetzung ist. Sie haben, weil Sie so verantwortungsvoll sind, Sparvorschläge für diese Stadt gemacht, die sich auf ein Gesamtvolumen von 47 Millionen Euro summieren, ohne die Alternativkosten für das, was Sie sonst machen wollen, dazuzubenennen. Das finde ich ganz toll. Da gibt es zum Beispiel solche Geschichten wie, dass Sie gegen die Reiterstaffel sind, das finde ich auch gut. Dass diese Polizisten, wenn Sie nicht in der Reiterstaffel tätig wären, dann andere Einsatzmittel bräuchten, die Sie auch bezahlen müssten, verschweigen Sie dabei.

(Ingo Egloff SPD: Die gehen zu Fuß!)

Die Frage, ob Sie das für ein sinnvolles Sicherheitskonzept halten oder nicht, kommt dabei gar nicht vor.

(Michael Neumann SPD: Was haben die Polizisten denn bisher gemacht, bevor sie geritten sind?)

Sie bemängeln einen Schießstand, sagen aber nicht, wo Sie die Hamburger Polizisten ausbilden wollen, wenn Sie darauf verzichten. Sie machen ganz viele Vorschläge, von denen Sie genau wissen, dass sie nicht durchführbar sind. Wenn man das, was Sie machen wollen, durchführte, würde es dazu führen, dass Sie Alternativaufwendungen haben, die Sie jedoch verschweigen. Aber dort, wo es eventuell wehtut, trauen Sie sich nicht, einmal Vorschläge zu machen.

(Michael Neumann SPD: Meinen Sie das Polizeiorchester?)

So etwas machen Sie nicht, Herr Dr. Tschentscher.

(Glocke)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Darf ich bitten, nicht dauernd dazwischenzureden. Das ist etwas anderes als ein Zwischenruf.

(Präsident Dr. Lutz Mohaupt)

(Ingo Egloff SPD: Die Redner provozieren uns!)

Thies Goldberg (fortfahrend): Sie ärgern sich darüber, wir hätten zu viel Personal aufgebaut. Das finde ich gut. Es mag sogar sein, dass Sie bei einzelnen Punkten recht haben. Nicht jeder macht immer alles richtig, aber wir haben im Vergleich zum Regierungswechsel in 2001 heute 7000 öffentliche Mitarbeiter weniger. Jetzt können Sie natürlich sagen, das sei aber gemein, weil wir 7000 Arbeitsplätze vernichtet haben, doch am Ende des Tages reden Sie vom Geld der Steuerzahler. Sie können nicht behaupten, wir würden ausschließlich Personalapparate aufblähen, sondern ganz im Gegenteil haben wir bereits große Schritte in der Verschlankung der Stadtverwaltung gemacht und weitere werden folgen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Ingo Egloff SPD: Warum reden Sie denn immer über die Vergangenheit, Herr Goldberg?)

– Herr Egloff, warum ich über die Vergangenheit rede, will ich Ihnen genau sagen. Sie kritisieren die ganze Zeit den Senat auf eine Art und Weise, die man nicht anders bezeichnen kann als "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass".

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie kritisieren die Haushaltspolitik des Senats, ohne selbst substanzielle Vorschläge zu machen. Lieber Herr Egloff, in den letzten zehn Jahren der SPD-Regierung haben Sie den Schuldenstand der Stadt um 90 Prozent gesteigert; das ist Ihre Finanzpolitik gewesen.

(Ingo Egloff SPD: Sie haben doppelt so viele Schulden gemacht!)

Das haben wir übrigens auch gekonnt, zwar nicht in der Höhe, bei uns sind es nur 50 Prozent gewesen, und zwar auf Ende 2012, inklusive 4,5 Milliarden Euro Schuldenaufnahme zur Kompensation krisenbedingter Steuerausfälle, was Sie alles nicht erlebt haben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Na, dann ist alles gut!)

Ich will gar nicht sagen, dass die CDU keine Fehler gemacht hat, aber eines muss man ganz klar sehen. Die Hamburger SPD ist ein großer Teil des Problems, bisher aber nicht ein Teil der Lösung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Sie, Herr Egloff und Herr Neumann, sind kein Teil der Lösung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Summe der Sparvorschläge der SPD-Fraktion hat Herr Goldberg so genau ausgerechnet, wie Sie die Kosten der Elbphilharmonie ausgerechnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir uns darauf in Zukunft verlassen würden, dann kämen wir mit der Haushaltssanierung durchaus nicht voran. Mich erinnern die Beiträge von Herrn Kerstan und Herrn Goldberg heute an zwei Jahre Haushaltsdebatten,

(Ingo Egloff SPD: Das ist kreative Buchführung!)

in denen ein Finanzsenator mit großen Worten einen ausgeglichenen Haushalt lobt, während die Haushaltsunterlagen schwarz auf weiß Milliardendefizite aufweisen. So ist es auch heute mit dem angeblichen Konsolidierungsprogramm. Herr Kerstan, wenn Kürzungen nicht zu einer Absenkung der Ausgaben führen, dann ist das keine Konsolidierung, sondern eine millionenschwere Umverteilung. Ihre Kürzungen bei Beschäftigten und Studierenden, bei Museen, Theatern und Bücherhallen sollen unter dem Vorwand des Sparens durchgesetzt werden, um Schwarz-Grün neue Spielräume zu geben für Projekte, die die Stadt nicht braucht und die wir im November erfahren, wenn Sie uns mit monatelanger Verspätung Ihre Haushaltspläne endlich vorlegen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Genau!)

Mit Konsolidierung und verantwortungsvollem Sparen hat das nichts zu tun. Der Senat hat einen Haushaltsplan 2011 beschlossen, in dem die Gesamtausgaben im Vergleich zur bisherigen Finanzplanung um keinen Euro gesenkt wurden. Die CDU behauptet nun, die Opposition habe sich auch da verrechnet. Deshalb nenne ich Ihnen noch mal die Zahlen. In der Finanzplanung vom vergangenen Jahr, das ist die Drucksache 19/4919, waren Gesamtausgaben von 10,99 Milliarden Euro für das Jahr 2011 geplant. Der Senat hat am vergangenen Mittwoch Gesamtausgaben für das Jahr 2011 in Höhe von 10,99 Milliarden Euro beschlossen. Die Zahlen sind identisch, da kann man sich gar nicht verrechnen, weil man gar nicht rechnen muss. Verrechnet haben wir uns an einer anderen Stelle. Wir haben nicht damit gerechnet, dass Sie einen Finanzsenator entlassen, mit wichtiger Miene verkünden, dass es nun ein Ende habe mit Buchungstricks und Defiziten und dann nach wochenlangen Sparkommissionen und drei Tagen Haushaltsklausur beschließen, die Kassenführung genauso fortzusetzen, wie es der vorherige Finanzsenator Freytag geplant hat. Herzlichen Glückwunsch, das ist historisch wirklich einmalig.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Peter Tschentscher)

Das mag eine gute Politikshow gewesen sein, aber für die Entwicklung des Gesamthaushaltes ist es fatal. Sie haben im vergangenen Jahr 1 Milliarde Euro Schulden gemacht, Sie werden im laufenden Haushaltsjahr 2 Milliarden Euro zusätzliche Kredite aufnehmen und planen für die kommenden zwei Jahre noch einmal ein Defizit von 2,5 Milliarden Euro. Das bedeutet, wenn Schwarz-Grün 2012 abgewählt werden sollte, haben Sie vier Jahre regiert und werden 5,5 Milliarden Euro Schulden hinterlassen.

(Rolf Harlinghausen CDU: Keine Angst, das passiert nicht!)

Nur ein Teil davon ist von der Konjunktur verursacht, der Rest ist das Ergebnis einer unsoliden Finanzpolitik der CDU, die von Schwarz-Grün verschärft fortgeführt wird.

Wenn wir schon über Konsolidierung und Haushaltssanierung reden, dann sollten wir die Aktuelle Stunde auch nutzen, um ein paar Zahlen nachzutragen, die der Senat auf seiner bühnenreifen Pressekonferenz vergessen hat zu erwähnen. Welche bereinigten Betriebsausgaben plant der Senat für die kommenden zwei Jahre, Herr Frigge, denn darauf bezieht sich der Begriff Konsolidierung, und wie hoch ist das geplante Finanzierungsdefizit in diesem Jahr? Vielleicht kann uns der Herr Finanzsenator mit diesen Zahlen aushelfen, damit wir noch besser beurteilen können, ob es sich hier um eine Konsolidierung handelt oder um eine millionenschwere Umverteilung zulasten der Beschäftigten, der Kultur und der Studenten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben wieder einen genialen Aufschlag versucht, indem Sie das völlig umdrehen und sagen,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

die Opposition sei für Ihr Chaos verantwortlich. Das finde ich angesichts der letzten Monate schäbig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Kerstan, das ist einfach unter Ihrem Niveau, um es einmal deutlich zu formulieren.

(Jens Kerstan GAL: Das habe ich nicht gesagt, ich habe von Ihnen doch gar nicht geredet! – Arno Münster SPD: Nee, das stimmt nicht! – Ingo Egloff SPD: Das ist genau sein Niveau!)

Sie haben seit der Regierungserklärung im Juni immer wieder gesagt, Sie würden Schluss machen

mit "Wünsch dir was" und zum Notwendigen übergehen. Sie haben bis heute und auch auf dieser bühnenreifen Pressekonferenz nicht einen einzigen Punkt genannt, was denn das "Wünsch dir was" war in der Vergangenheit, von dem Sie sich distanzieren wollen. Nichts haben wir in dieser Hinsicht gehört. Stattdessen präsentieren Sie uns über 300 kleine Sparprogramme und alles sei, wie Sie gesagt haben, notwendig und im Prinzip könnten Sie kaum auf irgendetwas verzichten. Aber – und das werfe ich Ihnen vor – es ist nicht nur so, dass Sie das nicht erklären, sondern Sie wissen es besser. Wenn Sie sich Ihren Stabilitätsbericht anschauen, den auch dieses Bundesland zum 15. September in Berlin einreichen muss, dann wissen Sie natürlich, was das Problem in dieser Stadt ist. Sie haben weniger Steuereinnahmen, und zwar zu zwei Dritteln durch die Steuersenkungspolitik in Berlin und zu einem Drittel aufgrund der großen, schweren Wirtschaftskrise.

(Thies Goldberg CDU: Sie wissen, dass das Quatsch ist!)

Genau darüber müssten Sie reden und dann können Sie hier nicht sagen, wir werden das alles umsetzen, denn was hat der vorige Finanzsenator gesagt, als er mit diesem letzten Steuersenkungsvorgang, dem Wachstumsstabilisierungsgesetz, konfrontiert war? Mit dem Fett der Länder würden nicht die Koteletts des Bundes gebraten. Und was machen Sie jetzt? Sie braten am laufenden Meter und das Fett holen Sie sich aus der Bevölkerung, die das eigentlich nicht abgeben kann.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Über die zweite Seite, Herr Goldberg, müssten wir auch einmal reden, aber das verweigern Sie. Die zweite Seite neben dieser unsäglichen Steuersenkungspolitik ist, dass der Bund immer Vorreiter darin ist, Aufgaben auf die Bundesländer und Kommunen abzuwälzen. Auch da hat Herr Freytag ganz eindeutig gesagt, man werde darauf achten, dass sich die vom Bund beschlossenen Gesetze nicht überproportional zulasten der Länderhaushalte auswirken. An beiden Punkten haben Sie nichts gemacht. Sie haben keine Initiative unternommen, obwohl die Opposition Ihnen immer wieder gesagt hat, dass Sie über den Bundesrat vorstellig werden müssten. Sie haben das verweigert und insofern können Sie auch künftig Steuersenkungspolitik und Aufgabendelegation an die Länder dann hier versuchen, über solche sogenannten Konsolidierungsprogramme umzusetzen. Haben Sie überhaupt Alternativen? Und das finde ich nun das Größte an diesem Sparpaket. Seit Beginn der Legislaturperiode rechnen wir Ihnen vor, dass durch Steuerfahndung ein Steuermehraufkommen von über 800 Millionen Euro möglich wäre, was Sie nicht ausschöpfen. Sie machen jetzt den Vorschlag, nachdem Sie in dem Bereich fast 100 Beschäftigte abgebaut haben, sechs Steuerfahnder

(Dr. Joachim Bischoff)

mehr einzustellen, und mit sechs Steuerfahndern wollen Sie in zwei Jahren 6,2 Millionen Euro Mehreinnahmen haben. Wir haben immer gesagt, dass das ein Riesendefizit ist. Da brauchen Sie nicht nach Berlin zu gehen, das können Sie hier vor Ort wirklich verändern.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Letzte Bemerkung zu den Beamten und dem öffentlichen Dienst. Ich finde es wirklich ärgerlich, Herr Kerstan, dass Sie sich billig populistisch dranhängen und sagen, der öffentliche Dienst und die Beschäftigten seien im Grunde die Made im Speck. Was hat denn gerade diese Regierungskoalition zu verantworten? Sie hat vorweggreifend einen Pensionsfonds, einen Versorgungsfonds, eingerichtet und ihn mit Aktien der HSH Nordbank ausgestattet. Und was ist nun? Sie müssen 1 Milliarde Euro abschreiben und stehen jetzt vor der Notwendigkeit, den Beamten auch noch zu verkünden, dass Sie ihnen irgendwann auch die Altersversorgung anknabbern werden. Das ist Ihre soziale Ader, das ist Chaos, was Sie hier machen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie sollten endlich den Mut finden, die Stadt von dieser Regierung zu befreien. Das können Sie eigentlich nur durch Neuwahlen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Senator Frigge.

Senator Carsten Frigge: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bischoff, ich freue mich, dass Sie sich so engagieren in dieser Frage.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Er ist Beamter!)

Ich hätte mich noch mehr gefreut, wenn Sie sich auch in der Diskussion konstruktiv stärker eingebracht hätten und der Situation, dass wir eine Trendwende eingeleitet haben und einen neuen Weg in diesen Fragen beschreiten, mehr Rechnung getragen hätten.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Dr. Monika Schaal SPD: Das Echo ist ja mager!)

Herr Tschentscher, Sie haben gesagt, Sie möchten Zahlen nachtragen. Dann will ich auch nicht verhehlen, dass es noch einige Zahlen gibt, die hier ausgesprochen werden müssen in dem Zusammenhang, und zwar insbesondere zur Frage der Verschuldung. Wir haben 1990 umgerechnet 10 Milliarden Euro Schulden gehabt, das war das Ergebnis einer langen Zeit der SPD-Regierung. Das sind 130 Prozent des Haushaltsvolumens. Wir haben im Jahr 2000 17 Milliarden Euro Schulden gehabt, das sind 185 Prozent des Haushaltsvolumens. Und wir haben heute 200 Prozent des

Haushaltsvolumens als Verschuldung. Natürlich ist das mehr, aber schauen Sie sich einmal diese 15 Prozent Aufwuchs in der Zeit, verglichen mit all dem, was wir geerbt haben, an. Wir haben eine sehr schwere Last zu tragen und stellen uns dem.

(Ingo Egloff SPD: Dann rechnen Sie einmal dagegen, was Sie verkauft haben!)

Wir haben Schulden in dieser Stadt, das ist gar keine Frage und davor verschließen wir auch nicht die Augen. Wir sind immer noch in einer Situation, in der wir 1,5 Millionen Euro pro Tag mehr ausgeben, als wir einnehmen. Aber ich darf darauf hinweisen, dass Bürgermeister Runde 2,2 Millionen Euro jeden einzelnen Tag mehr ausgegeben hat, als er eingenommen hat.

(Ingo Egloff SPD: Das ist schon traurig, dass man sich nach zehn Jahren noch auf so etwas beziehen muss! – Dr. Andreas Dressel SPD: Wen interessieren solche Zahlenspiele?)

Das sind 42 Prozent mehr als heute. Und in der letzten Legislaturperiode von Herrn Voscherau waren es 2,8 Millionen Euro pro Tag mehr, also mehr als 80 Prozent gegenüber der heutigen Situation.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Wir haben 556 Millionen Euro mehr Anmeldungen zur Haushaltsaufstellung 2011/2012 gehabt, als wir in der Drucksache 19/4919 dargestellt haben. Wir haben uns im Mai dieses Jahres das Ziel gesetzt, diese Summe nicht zu überschreiten, sondern genau diesen Betrag einzusparen, und exakt das haben wir getan.

(Michael Neumann SPD: Das ist doch lächerlich!)

Wir haben einen Haushalt vorgelegt, der sich exakt in den Eckwerten unserer mittelfristigen Finanzplanung bewegt, und insofern, lieber Herr Tschentscher, ist es auch in der Tat keine so große Überraschung, dass die beiden Werte übereinstimmen.

(Ingo Egloff SPD: Gut, dass Sie noch einmal sagen, dass Sie eigentlich nicht sparen!)

Das war unser Ziel, das haben wir erreicht und das war ein schweres Stück Arbeit. Wir haben es in einer Art und Weise erreicht, in der wir sehr viele törichte Maßnahmen, die von den verschiedensten Seiten vorgeschlagen worden sind, eben gerade nicht verwirklicht haben, in der wir nicht in die sozialen Netze eingeschnitten haben, in der wir nicht in die Kita-Versorgung eingeschnitten haben, in der wir viele dieser Dinge nicht getan haben, sondern sehr ausgewogen agiert haben und auch viele Themen angegangen sind, die man nicht mit einem schnellen Fingerschnipsen in Hamburg umsetzen kann. Natürlich hätte es auch Konsolidierungsmaßnahmen gegeben, die man schneller hät-

(Senator Carsten Frigge)

te umsetzen können, aber es ist eben so, dass die schnelle Haushaltswirkung alleine nicht unser Kriterium ist. Wer den Haushalt um große Summen verantwortlich konsolidieren will, der muss auch den Mut haben, dicke Bretter zu bohren und Maßnahmen in Angriff nehmen, für die Zeit und sicher auch eine Menge Schweiß investiert werden muss.

(Michael Neumann SPD: Wir leben in einer Parallelwelt!)

Genau diesen Weg werden wir gehen. Wir haben einen ausgewogenen Haushalt vorgelegt, was die Anforderungen und die Einschnitte angeht. Wir sind damit auf einem sehr guten Weg. Er ist noch nicht zu Ende, das ist gar keine Frage. Wir müssen ihn weitergehen und wir sind fest entschlossen, das zu tun.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn die Opposition ein paar Maßnahmen nicht explizit erwähnt hat, möchte ich doch noch einmal erläutern, warum wir uns genötigt gesehen haben, auch im kulturellen Bereich zu sparen, wenngleich uns das sehr schwerfällt. Man muss erklären, warum im kulturellen Bereich gespart werden muss, wenn wir doch über eine Kulturtaxe 7,5 Millionen Euro zusätzliche Mittel bereitstellen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

Und da sind Sie, Herr Bischoff, genau beim richtigen Punkt. Die Finanzen dieser Stadt sind unterfinanziert, weil schon seit vielen Jahren Steuereinnahmen fehlen. Leider ist das im kulturellen Bereich auch seit vielen Jahren so. Viele Projekte, die in dieser Stadt verkündet und versprochen wurden, waren bisher noch nicht ausfinanziert und die Summe dieser noch nicht finanzierten Projekte überschreitet die Summe von 7,5 Millionen Euro deutlich, sodass wir, obwohl wir 7,5 Millionen Euro zusätzlich durch Abschöpfung ungerechtfertigter Gewinne von Hoteliers in die Kultur umleiten, trotzdem um Sparmaßnahmen in dem Bereich nicht herumkommen.

Warum jetzt gerade das Schauspielhaus? Das ist nicht nur das Schauspielhaus, sondern es ist das Deutsche Schauspielhaus mit dem Anspruch, eine in Deutschland bedeutende Bühne mit einer langen Tradition zu sein.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ich denke, man kann die Intendanz aufteilen?)

Wir alle wissen – jedenfalls diejenigen von uns, die zu Premieren gehen –, dass viel zu oft Premieren stattfinden, wo schon ein paar hundert Plätze nicht besetzt sind und die Zuschauer sich in der Folge-

zeit in den großen Rängen dann doch sehr einsam vorkommen und das, obwohl das Schauspielhaus deutlich mehr Zuwendungen von der Stadt bekommt als andere Theater, gleichzeitig mehr Plätze hat und wenn diese ausgenutzt würden, das Defizit geringer wäre als bei anderen.

(Ingo Egloff SPD: Diese Argumentation hat zuletzt Karl-Heinz Ehlers gebracht!)

Wir wissen alle, dass diese Situation leider seit viel zu vielen Jahren besteht. Wenn jetzt davon die Rede ist, dass dort 1,2 Millionen Euro fehlen, dann glauben wir, dass durch Einnahmeverbesserungen noch viel Luft nach oben ist, und darum muss man dort nicht unbedingt einsparen. Die Vorschläge, den kulturellen Etat zu beschneiden, wären das Falscheste, was man machen kann. Uns geht es darum, dieses Haus wieder seiner alten Bedeutung zuzuführen. Natürlich werden wir Grüne als Erfinder der Kulturtaxe sehr darauf achten, dass dieses zusätzliche Geld nicht in neue Events gesteckt wird, während in der Substanz gekürzt wird, sondern dass auch das Schauspielhaus seinen Anteil daraus bekommen kann, damit sie neue Projekte auf die Beine stellen, um diese Einnahmelücke auszugleichen.

Dass es nicht darum geht, dieses Haus kaputtzusparen, zeigt doch eines sehr deutlich, was gar nicht erwähnt wird, dass wir nämlich 16,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen, damit die Bühnenanlage in einen Zustand versetzt wird, dass dieses Haus weiterhin und langfristig spielfähig ist. Das ist kein Kaputtsparen, das ist der Versuch, diesem Haus mit der langen Tradition wieder die Bedeutung und die Chancen zu geben, die seiner Bedeutung entspricht. Das ist das Gegenteil von Sparpolitik.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Auch zur Schließung des Altonaer Museums – mit Sicherheit ein schwerer Eingriff in die Struktur der Kulturlandschaft dieser Stadt – muss man doch eines sagen: Es wird dort ein Gebäude geschlossen, die Sammlung wird nicht bei eBay verhökert und es ist nicht so, dass es keinen Ort mehr in Hamburg geben wird, wo die Geschichte dieser Stadt dargestellt wird. Hamburg hat bei der Stiftung Historische Museen vier Haupthäuser und sechs Außenstellen, zehn Orte in dieser Stadt, wo die Geschichte dieser Stadt dargestellt wird. Das Altonaer Museum ist ein Museum mit drei Sammlungsschwerpunkten und für jeden dieser Sammlungsschwerpunkte gibt es an einem anderen Ort in der Stadt ein großes Museum.

Die Konsequenz ist, dass sich sehr wenige Besucher nach Altona verloren haben und zwei Außenstellen des Altonaer Museums, das Rieck Haus und das Jenisch Haus fast genauso viel Besucher haben wie das Haupthaus. In meinem Wahlkreis liegt das Rieck Haus und ich kann Ihnen sagen,

(Jens Kerstan)

dass mitten in den Vier- und Marschlanden keine Völkerwanderungen unterwegs sind.

(Wolfgang Rose SPD: Was haben Sie eigentlich für einen Kulturbegriff?)

– Unser Kulturbegriff ist, die Häuser so auszustatten, dass man dort vernünftig die Geschichte dieser Stadt darstellen kann. Das werden in Zukunft neun Orte sein. Die Alternative wäre gewesen, bei allen anderen Häusern etwas wegzunehmen, so dass alle zu wenig zum Leben, aber zu viel zum Sterben haben.

(Wilfried Buss SPD: Die Alternative wäre gewesen, gar nicht zu sparen im Bereich Kultur!)

Das wäre keine verantwortliche Kulturpolitik und deshalb ist dieser Schnitt hart, eröffnet aber auch Perspektiven.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Und letztendlich zeigt die Schwerpunktsetzung dieses Senats sehr deutlich, dass im sozialen Bereich weniger gespart wird als anderswo und Kultur die Summen behält, die sie vorher hatte. Auch das ist verantwortliche Zukunftsgestaltung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Heintze.

Roland Heintze CDU:* Bei der Opposition ist augenscheinlich kurzfristig die große Sprachlosigkeit zum Sparprogramm ausgebrochen. Vielleicht mag es auch daran liegen, dass, wenn man sich dieses Programm genau anschaut, die Kritik gar nicht so berechtigt ist, sondern die Regierung etwas Gutes vorgelegt hat und es einfach nur schwerfällt, das einzugestehen. Geben Sie sich einen Ruck, tun Sie es, das vorliegende Programm ist gut und die Stadt wird es sehen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Nichtsdestotrotz gibt es noch drei Aspekte, die ich nachtragen möchte, zum einen zum Kollegen Tschentscher, aber auch zu Dr. Bischoff.

Es ist langsam wirklich nervend

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, Ihre Regierung, das stimmt!)

– und das kommt hoffentlich irgendwann einmal an –, dass Herr Tschentscher es einfach nicht hinbekommt, mittelfristige Finanzplanung und eingebrachten Haushaltsplan-Entwurf auseinanderzuhalten. Er verwechselt dies permanent und versucht in der Öffentlichkeit auch noch, darüber hinwegzutäuschen, indem er über einen Haushaltsplan-Entwurf fabuliert, der überhaupt noch nicht vorliegt,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist ja das Schlimme, dass er nicht vorliegt!)

weil er genau weiß, dass das erst im November eingebracht wird. Herr Tschentscher, das ist nicht löblich und alle, die sich mit Haushalt befassen, müssen sich da beleidigt fühlen; das tut mir leid.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Noch viel wichtiger ist aber, dass er gemeinsame Beschlüsse kontinuierlich ignoriert. Natürlich gab es nach der mittelfristigen Finanzplanung Ende 2009 noch drei wesentliche Haushaltsbeschlüsse. Daran mögen Sie sich nicht erinnern, obwohl Sie sie mitgetragen haben. Das war zum einen Schulfrieden, das ist das Thema Kita und das sind die gestiegenen Sozialausgaben. Es ist eine Frechheit, wenn Sie die Beschlüsse dieses Hauses missachten und behaupten, dass das, was Ende 2009 gültig war, jetzt noch Bestand hätte und einfach ignorieren, dass dieses Parlament zwischenzeitlich erhebliche Mehrausgaben beschlossen hat; das ist unredlich.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich kann Ihnen nur eine Einrichtung unter dem Dach der Schulbehörde empfehlen, die mit Mitteln des Haushalts gefördert wird, das sogenannte FidZ.

(Ties Rabe SPD: Das schaffen Sie gerade ab, seien Sie vorsichtig!)

Dort lernen Schulklassen im Normannenweg auf eine sehr schöne Art und Weise den Umgang mit Haushalt, das Aufstellen eines Haushalts und die Debatten über Haushalt. Ich habe mir das mehrfach angeschaut und muss feststellen, dass die das inzwischen besser können als Sie, Herr Tschentscher.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Ingo Egloff SPD: Wenn Sie keine Argumente mehr haben, dann werden Sie persönlich!)

Kommen wir zu Ihren Sparvorschlägen. Thies Goldberg hat dazu schon einiges gesagt und ich denke, da muss man noch etwas ergänzen. Auch hier empfehle ich das FidZ, dann würden Sie es vielleicht endlich einmal einstellen, den Betriebshaushalt mit dem Investitionshaushalt zu verwechseln. Wenn wir über 510 Millionen Euro reden, dann reden wir über Einsparungen im Betriebshaushalt. Ich habe mir Ihre Präsentation angeschaut, die Betriebshaushaltseinsparungsvorschläge der SPD. Es stehen dort 12 Maßnahmen, addiert sind das 47 Millionen Euro. Das ist Kleinsparerei und hilft dieser Stadt überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Ein letzter relevanter Punkt, auf den ich noch kurz eingehen möchte, ist die große Mär von Herrn Dr. Bischoff. Der erzählt tagein, tagaus, man

(Roland Heintze)

bräuchte jetzt so und so viel mehr Steuerfahnder, dann multiplizieren wir das mit Faktor X und dann ist der Haushalt saniert.

Herr Dr. Bischoff, auch Sie müssten wissen, dass es einen Grenznutzen gibt, auch Sie müssten wissen, dass das eine große Mär ist und Sie müssten wissen, dass man so nicht Haushalte saniert, es sei denn, man will sie nicht sanieren. Das könnten auch die Positionen der LINKEN sein, es wäre auch nicht ganz so weit weg vom ideologischen Sachstand her. Seien Sie dann aber zumindest ehrlich und sagen, dass Sie nicht sparen wollen, anstatt Ammenmärchen in die Welt zu setzen.

(Beifall bei der CDU – *Dora Heyenn DIE LINKE*: So eine Arroganz!)

Ein Satz zu unserer grundsätzlichen Intention: Dieses Sparprogramm ist eine Umverteilung, es ist eine Umverteilung zugunsten kommender Generationen, dass die nämlich nicht die Schulden bezahlen müssen, die wir heute machen. Ich kann Sie nur auffordern, dem zu folgen oder vernünftige Alternativvorschläge zu machen. Das würde uns in der Debatte deutlich weiterbringen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch *DIE LINKE*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei Anmerkungen zu Ihnen, Herr Heintze.

Erstens: Immer wieder die gleichen Sachen zu wiederholen, ansonsten aber keine Argumente zu nennen und vor allem nichts zu den Auswirkungen Ihrer Sparpolitik zu sagen, gehört sich nicht. Man muss ehrlich diskutieren, was Sie dort anrichten und das werde ich auch gleich tun.

Zweitens: Mit dieser Regierung haben wir einen deutlichen Rückschritt im Gegensatz zu dem, was die Vorgängerregierung, also der vorherige Finanzsenator und der vorherige Bürgermeister, an kreativer Buchführung zugegeben haben und wie viele Luftbuchungen dort insgesamt stattfinden. Man redet im Allgemeinen über Sparen und bekommt es dann in der Realität doch im Wesentlichen nicht hin. Das ist zum Teil gar nicht so schlimm, im Bereich der Kultur richten Sie aber ein Desaster an.

Darüber will ich vor allen Dingen reden und Ihnen sagen, was das Desaster ist. Das ist nicht nur unsere Meinung, sondern so wurde es in der Presse, auch in der überregionalen Presse, dargestellt und dementsprechend bedeutet es für den Kulturstandort Hamburg eine absolute Katastrophe. Sie haben eben genannt, was alles gut sei, zum Beispiel die 16,5 Millionen Euro für das Bühnenwerk im Schauspielhaus. Sie müssen das einfach machen, der TÜV würde Ihnen die Bühne sonst gar nicht

mehr abnehmen. Man müsste das Schauspielhaus sofort schließen, wenn man das nicht macht. Das kann man natürlich nicht und deshalb ist es Unsinn zu sagen, das wäre ein Zeichen für die Zukunftsinvestition.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Herr Stuth hat heute in der Betriebsversammlung dargestellt, warum er nicht in den verschiedenen Häusern spart. Er hat gesagt, er könne doch nicht, wenn er diesen Bereich auf drei Theater aufteile, drei Theater in existenzielle Schwierigkeiten bringen. Das war seine Aussage. Jetzt bringt er die dreifache Summe in einem Theater unter und nennt das keine existenzielle Krise. Bitte diskutieren Sie das einmal ernsthaft und reden Sie nicht so einen allgemeinen Unsinn.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie wissen ganz genau, dass Sie hiermit nicht irgendetwas Elitäres treffen, sondern die einzige Einsparmöglichkeit des Schauspielhauses ist, das Kinder- und Jugendtheater, das Junge Schauspielhaus, zu schließen. Eine erfolgreiche Jugendarbeit zu sparen wäre die Auswirkung und das werden wir nicht akzeptieren und nicht zulassen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Und was diesen etwas lächerlichen Hinweis der Erhöhung der Einnahmen betrifft, so haben wir diese Diskussion schon immer. Frau Dr. Gümbel sagt völlig richtig, dass wir mit den Preisen in den Theatern eher heruntergehen müssten und Sie sagen, das löse man schon irgendwie. Das ist unernst und gehört sich nicht für Sie.

Das Altonaer Museum ist natürlich zugegebenermaßen besonderes Herzblut von mir als Altonaer. Sie sagen, es gebe nicht nur vier, sondern zehn Orte für Geschichte in Hamburg, damit sich das alles nicht mehr so dramatisch anhört; das ist schon der erste Taschenspielertrick.

Zweitens ist dieses Museum extra als ein Museum für Altonaer Geschichte gebaut worden, das in gewisser Weise auch die Geschichte zwischen Stadt, Land und dem Fluss darstellt. Dafür gibt es dort viele Exponate. Die Sammlung, von der Sie sagen, die würde irgendwo anders untergebracht werden, kann man woanders gar nicht unterbringen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Nee, geht auch nicht!)

Die Stiftung Historische Museen Hamburg hat gar keine Chance, das unterzubringen und dementsprechend wird das irgendwo versteckt werden, etwas anderes geht nicht. Sie schneiden in die Existenz der Museumslandschaft in diesem Land und in dieser Stadt hinein, und zwar richtig dramatisch. Das werden und wollen wir nicht akzeptieren. Die 3,4 Millionen Euro werden Sie nur dann realisieren

(Norbert Hackbusch)

können, wenn Sie dieses Haus verkaufen. Wir werden in Altona nicht zulassen, dass dieses wichtige öffentliche Gebäude in Altona einfach an irgendwelche Immobilienspekulanten verkauft wird, was die einzige Möglichkeit wäre, Ihre Sache zu realisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Das werden wir verhindern und das wird hoffentlich ganz Altona zusammen mit uns verhindern, denn Ihre Kulturpolitik drückt eines dramatisch aus: Sie finanzieren diesen Beschluss zur Elbphilharmonie, wo man meinte, man mache zusätzlich etwas für Hamburgs Kultur. Und jetzt merken wir, dass wir das in dem Moment finanzieren sollen, wo wir Fundamente der gegenwärtigen Hamburger Kultur mit abreißen, um dort irgendetwas Neues zu bauen. Das ist ein Weg, den wir nicht mitgehen, der völlig falsch ist und den Ihre Basis auch nicht mehr trägt.

An die GAL gerichtet: Sie versuchen mit der Hamburger Kultur die 120 Millionen Euro einzusparen, die in Berlin für die Wachstumsbeschleunigungsgesetze ausgegeben werden, und das geht nicht. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Herr Abgeordneter, darf ich darum bitten, dass Sie sich keine demonstrativen äußeren Merkmale anstecken wie Sticker und dergleichen. – Das Wort hat Herr Dr. Tschentscher.

Dr. Peter Tschentscher SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Vielleicht darf ich noch ein paar Worte zu den Zahlen sagen, die der Finanzsenator genannt hat und vor allem zu denen, die er nicht genannt hat. Er sagt – und das stimmt –, dass Sie im Kernhaushalt 2000 17 Milliarden Euro Schulden übernommen haben. Das ist in der Tat nicht gut, aber das sind 17 Milliarden Euro gewesen, die in den Jahrzehnten nach dem Krieg entstanden sind,

(Zurufe von der CDU)

in denen Hamburg mit starken öffentlichen Unternehmen aufgebaut wurde wie zum Beispiel der HHLA, die Sie mal eben für 1,3 Milliarden Euro verkaufen, um das Geld in Ihrem Haushalt zu verfrühen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist alles kein Grund, in zehn Regierungsjahren den Schuldenstand von 17 Milliarden Euro auf 27 Milliarden Euro zu erhöhen. Ihre Prozentrechnung in Ehren, das sind die absoluten Zahlen. 27 Milliarden Euro werden Sie 2012 hinterlassen plus einen Vermögensverkauf von Grund und Boden, von Hafen, von Krankenhäusern. Das ist Ihre finanzpolitische Bilanz.

(Jörg Hamann CDU: Jetzt Kommen Sie doch mal zu Ihrem Einsparprogramm!)

Wenn Sie dann vorrechnen, Herr Frigge, dass Herr Ortwin Runde 2,2 Millionen Euro pro Tag mehr ausgegeben als eingenommen hat, dann ist das für einen bestimmten Zeitraum richtig. Für den Zeitraum, Herr Senator, in dem Sie voraussichtlich im Amt sind, ab heute bis voraussichtlich 2012, werden es 4 Millionen Euro pro Tag sein, die dieser Senat mehr ausgibt als er einnimmt. Zu behaupten, der Haushalt stehe nicht auf tönernen, sondern auf festen Füßen, ist eine schlichte finanzpolitische Sorglosigkeit und es ist geradezu eine Fahrlässigkeit, der Öffentlichkeit zu signalisieren, dass wir damit zukunftsfähig seien.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und wenn der Betriebshaushalt in zwei Jahren – Beschlüsse über die Schulreform hin oder her – um 750 Milliarden Euro gegenüber dem abgerechneten Haushaltsjahr 2009 ausgeweitet wird, dann buche ich da noch 50 Millionen Euro gesetzliche Leistungen hinein, auch die Sozialhilfe ist gestiegen, meinetwegen noch ein bis zwei Prozent allgemeine Kostensteigerung, dann bleiben 300 bis 400 Millionen Euro, die Sie in den Betriebshaushalt ausweiten. Das ist keine Konsolidierung, sondern das Gegenteil. Das ist auch kein 500-Millionen-Euro-Sparprogramm. Es ist schlicht nicht wahr, was Sie der Öffentlichkeit auf Ihrer Pressekonferenz versucht haben, darzustellen.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Ich gebe allen Recht, die sagen, Sparen sei immer etwas, womit man keinen Beifall auslöse. Aber liebe Abgeordnete von CDU und GAL, fragen Sie sich doch einmal, warum Ihre Kürzungen so heftige Proteste und Kopfschütteln auch bei Leuten auslösen, die eigentlich gar nicht unmittelbar betroffen sind.

Der erste Grund liegt darin, dass Sie in den vergangenen Jahren so viel Geld verschwendet haben – von der HSH Nordbank über die Elbphilharmonie bis hin zu Ihren Lieblingsprojekten Zug der Ideen, Arbeitsstelle Vielfalt und Reiterstaffel der Polizei –, dass sich die Leute fragen, warum soll ich denn dafür bezahlen, wenn die so viele Millionen aus dem Fenster werfen.

Der zweite Grund besteht darin, dass es mit dem Geldverschwenden auch nicht aufhört. Sie subventionieren doch weiter den Büroflächenleerstand in der HafenCity, lassen den Zug der Ideen durch Europa rollen und bauen eine Umweltbehörde, die schlecht geplant ist und uns jedes Jahr 12 Millionen Euro kosten wird.

(Wilfried Buss SPD: Was?)

Drittens tun Sie so, als wäre das alles gar nicht schlimm. Der Bürgermeister sagt in seiner Regie-

(Dr. Peter Tschentscher)

rungserklärung, die Mehrkosten der Elbphilharmonie seien Nebensache, das ginge bei jedem Autobahnba so. Das sagt man nicht, wenn es um harte Einsparungen in der Stadt geht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Viertens ist man als Senat verpflichtet, Einsparungen sorgfältig darzulegen. Was ich über die Schließung des Altonaer Museums höre, wirkt alles andere als seriös und zu Ende gerechnet.

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

Das wirkt hemdsärmelig und provokant. Auf diese Art und Weise kann man Einschnitte in wichtigen Politikfeldern der Stadt nicht durchsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Fünftens muss ein Konsolidierungsprogramm auch insgesamt einer Prüfung standhalten. Die meisten Beiträge der Senatsmitglieder sind aber grobe Daumenpeilungen, rechtlich fragwürdig und von Entscheidungen Dritter abhängig; also vermutlich so, dass die Summen gar nicht zusammenkommen. Die Justizbehörde hat gleich mehrere Bundesratsinitiativen angekündigt. Die einzige Bundesratsinitiative, die uns derzeit helfen würde, wäre eine für die Vermögensteuer und die Anhebung der Spitzensteuersätze.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Als Letztes sei gesagt, dass man für eine Konsolidierung des Haushalts über alles reden muss, vielleicht auch über Einsparungen beim Personal und über Einsparungen im Kulturhaushalt. Aber es muss erkennbar werden, dass dieses dem Ziel der Haushaltskonsolidierung dient und nicht dem Spielraum einer Regierung, die schon zu viele ihrer Kompromisse mit dem Geld der Steuerzahler bezahlt hat und dieses Spiel noch zwei Jahre fortsetzen will.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal kurz auf die beiden Wortmeldungen von Herrn Dr. Tschentscher eingehen.

Zur Tragödie erster Teil, dem Vorwurf der Umverteilung: Sie haben recht, es findet eine Umverteilung statt. Es findet eine Umverteilung in den Bereichen statt, wo Ausgabenerhöhungen geplant und durchgeführt werden. Es findet zum Beispiel eine Umverteilung aus der Kasse der Steuerzahler in die Erhöhung an Kita-Aufwendungen, die wir aus dem Stadtsäckel bezahlen, statt. Es findet eine weitere Umverteilung aus der Kasse der Steuerzahler für die erhöhten Aufwendungen im Be-

reich Kosten der Unterkunft im Bereich Sozialbehörde statt. Es findet eine weitere Umverteilung statt zugunsten der Schulen, zur Reduzierung der Klassenfrequenzen, zur Erhöhung der Lehrerzahlen – dem haben Sie übrigens auch zugestimmt. Und es findet noch eine Umverteilung statt, nämlich in der Kulturabgabe aus der Kasse der Hoteliers für die Kultur, für die Stadt.

Der Tragödie zweiter Teil war Ihre zweite Wortmeldung. Es ist gut, dass die SPD dazu steht, dass auch sie Schulden gemacht hat – keiner hat es bisher geahnt –, und zwar vor allen Dingen in den ersten fünf Jahren nach dem Krieg zum Wiederaufbau; so klang das gerade. Dramatisch, Herr Dr. Tschentscher, wirklich dramatisch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Die SPD-Regierungen haben angefangen, Schulden zu machen, als die Wähler anfangen, ihnen wegzulaufen und Wahlgeschenke verteilt werden mussten.

(Jan Quast SPD: Ach, deswegen machen Sie das!)

Die Schuldenspirale hat Anfang der Siebzigerjahre angefangen, da war der Krieg ungefähr 25 Jahre vorbei und damit kommen Sie heute an. Was soll das, Herr Dr. Tschentscher?

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich werfe Ihnen gar nicht vor, dass die SPD Schulden gemacht hat, Herr Dr. Tschentscher, sondern dass Sie so tun, als trügen Sie für die Verschuldung der Stadt keine Verantwortung. Noch einmal: Sie sind Teil des Problems, wie wir alle, aber Sie sind kein Teil der Lösung. Sie haben nicht einen einzigen Vorschlag, der substanziell zur Einsparung beitragen könnte. Das werfe ich Ihnen vor. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass. Sie tragen keine Verantwortung.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Drei Bemerkungen möchte ich doch noch zu dieser Debatte machen.

Erstens, Herr Frigge, und auch Herr Goldberg, Sie haben ja völlig Recht. Wir haben sicherlich strategisch-ideologische Differenzen zwischen Regierung und Opposition.

(Beifall bei der CDU – Dora Heyenn DIE LINKE: Das ist auch gut so!)

Das können Sie rauf- und runterdeklamieren, das würde keiner von uns in Frage stellen. Aber wir führen – und das werfe ich Ihnen und auch dem

(Dr. Joachim Bischoff)

Bürgermeister vor – hier keine popelige Finanzdebatte, wir diskutieren über Hamburgs Zukunft. Sie können sagen, wir seien Teil des Problems und nicht der Lösung, das ist aber nicht wahr. Wir haben Hamburgs Zukunft genauso im Auge wie Sie und der entscheidende Punkt ist, dass Sie großen Schaden in vielen gesellschaftlichen Bereichen anrichten und – das ist für mich noch viel schlimmer – damit die Parteienverdrossenheit und die Distanz zur demokratischen Willensbildung fördern.

Herr Kerstan, ich kann mir gar nicht vorstellen, dass Sie Herrn Frigge nicht widersprechen können. Natürlich ist diese Stadt, wie München, wie Köln, wie Frankfurt, wie im Übrigen 70 Prozent aller Kommunen, unterfinanziert und wir lösen dieses Problem nicht. Herr Ude aus München, auch nicht meine politische Kragenweite, sagt, das, was jetzt gemacht wird und wo Sie Hamburg in meinen Augen blamieren, sei schlechteste Strohhalmpolitik. Wir können diese Not der Kommunen und der großen Städte nicht damit lösen, was Sie uns hier präsentieren. Das ist keine Antwort auf die Zukunftsherausforderungen; um dieses Problem geht es.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Kerstan, wir sind uns einig, dass wir verrottete Schulen hatten. Herr Tschentscher, Sie müssen nicht nur die 27 Milliarden Euro, sondern auch die 3 Milliarden Euro, die wir im sogenannten Schattenhaushalt haben, dazurechnen. Auch die Universitäten waren unterfinanziert, die Straßen – das war doch nicht der Winter –, die Grünflächen, alles unterfinanziert. Und dann, Herr Buss, war auch die Kultur strategisch unterfinanziert. Wir wehren uns natürlich mit Händen und Füßen erst gegen Frau von Welck, dann gegen Herrn Stuth, dass man anfängt, herumzulaborieren indem man sagt, die Galerie der Gegenwart kann man vielleicht zumachen oder auch Bestände verkaufen. Das geht nicht und das lösen Sie auch nicht mit einer Kulturtaxe. Wenn Sie zu einer strategischen Diskussion bereit sind, dann haben Sie uns doch an Ihrer Seite, das können wir doch zusammen machen.

(Farid Müller GAL: Das Problem Ihrer Diskussion ist, dass da nichts bei rauskommt!)

Drittes Argument, warum ich den Eindruck habe – Herr Müller, der kann ja falsch sein –, dass Sie unglaublich werden zum Beispiel beim Altonaer Museum. Das renovieren Sie vorher in einem aufwendigen Prozess – das haben Sie offensichtlich nicht durchdacht – und dann machen Sie die Bude zu. Das ist Blödsinn, das versteht keiner.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Genau dasselbe – Herr Tschentscher hat es gesagt – bei der HCU. Die wollten wir nicht, wir haben gesagt, wir sehen überall die Löcher, da scheint der Boden durch. Wir müssen das wenige Geld, das wir haben, anders anlegen. Sie haben

das alles in die Tonne getreten. Bleiben wir doch ehrlich: Sie mieten 50 000 Quadratmeter an und veranstalten einen Umzugszirkus mit Bezirksämtern und sonst etwas. Das wird niemand in der Stadt verstehen, das ist keine solide Politik unter den Bedingungen knapper Finanzen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Es liegen mir zum ersten Thema der Aktuellen Stunde keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zum zweiten Thema:

Flüchtlingsunterkunft Horst schließen
– Flüchtlinge in Hamburg menschenwürdig unterbringen!

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Herr Yildiz hat das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Stunde möchte ich dazu nutzen, um auf die menschenunwürdige Praxis der Flüchtlingsunterbringung aufmerksam zu machen. Letzte Woche habe ich die Zentrale Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Nothof/Horst besucht.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Die Zustände sind unerträglich. Die Zimmer sind mit vier bis acht Menschen überbelegt, Privatsphäre gibt es nicht. Schwangere Frauen schlafen in eingesackten Betten mit sehr dünnen Matratzen, starke Rückenschmerzen sind die Folge. Minderjährige werden durch Altersfiktivsetzung zu Erwachsenen gemacht und mit Erwachsenen zusammen untergebracht. Familien mit Kindern werden entgegen der Zusage im Koalitionsvertrag weiterhin in Horst untergebracht. Den Kindern wird damit die Möglichkeit des Schulbesuchs genommen. Die sanitären Anlagen lassen zu wünschen übrig. Es gibt zu wenig Duschen und die Duschen haben noch nicht einmal einen Vorhang. Kulturelle Ernährungsgewohnheiten werden kaum berücksichtigt. Die Menschen haben nicht die Möglichkeit, für sich selbst zu kochen. Die medizinische Versorgung ist mangelhaft. Menschen, die eigentlich ins Krankenhaus müssen, bekommen vom Arzt lediglich Schmerzmittel. Frauen, die im fünften, sechsten oder achten Monat schwanger sind, werden weder vom normalen Arzt noch von einem Frauenarzt betreut. Die Menschen leben isoliert im Nirgendwo zwischen Lauenburg und Boizenburg, abgeschnitten von sozialen Kontakten sowie rechtlicher Betreuung für ihre Asylverfahren.

Diese Zustände sind nicht länger hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

(Mehmet Yildiz)

Ich appelliere an den Senat, die Unterbringung für Hamburger Flüchtlinge in Horst sofort zu beenden und Flüchtlinge in Hamburg angemessen unterzubringen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Bitte führen Sie sich vor Augen, was diese Menschen alles durchgemacht haben. Sie haben Schlimmes erlebt. Sie sind vor Krieg, Verfolgung, Hunger und Umweltkatastrophen geflohen. Viele dieser Menschen sind traumatisiert, sie sind nach Europa geflohen, um ihr Leben zu retten. Sie haben die Hoffnung auf eine bessere Zukunft in Deutschland. Und was bieten wir ihnen hier in Hamburg an? Wie heißen wir diese Menschen in Not willkommen? Statt über die Probleme zu reden und ihnen Hilfe anzubieten, werden diese Menschen in Polizeiwachen durchsucht und müssen sich nackt ausziehen. Anschließend pferchen wir sie in Lager weitab von der Zivilisation ein. Ihren Geschichten von Flucht und Vertreibung schenken wir keinen Glauben und bedrohen sie gleichzeitig mit der Abschiebung in die Kriegsgebiete und die schlechten Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern.

Sieht so eine humane Flüchtlingspolitik aus? Meiner Ansicht nach nein. Wären nicht zahlreiche Flüchtlinge in Hungerstreik getreten, hätte niemand von den Zuständen in Horst Notiz genommen. Ich fordere den Senat auf, sich endlich seiner Verantwortung für Flüchtlinge in Horst zu stellen und die Forderungen der Hungerstreikenden ernst zu nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Forderungen lauten: bessere Verpflegung, medizinische Versorgung und schnellere Umverteilung. Das Mindeste ist, endlich die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag durchzusetzen, dort keine Familien mit Kindern und Kranke unterzubringen. Kinder, die aufgrund fiktiver Altersfestsetzungen als erwachsen eingestuft, umverteilt und gemeinsam mit Erwachsenen untergebracht wurden, müssen sofort nach Hamburg gebracht werden. Auch das Besuchsverbot, das seit Beginn des Hungerstreiks gilt, muss sofort aufgehoben werden. Ich fordere den Senat auf, den Vertrag mit Mecklenburg-Vorpommern umgehend aufzulösen und sich für die Schließung der Unterkunft Nostorf/Horst einzusetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Begriff "menschenverachtende Zustände" ist viel beschworen worden. Dazu möchte ich eines deutlich hervorheben: Nicht nur Hamburg, sondern ganz

Deutschland bemüht sich, den Menschen, die hierher gekommen sind, eine menschenwürdige Unterkunft zu bieten, und damit sind wir auch sehr erfolgreich. Keiner würde auch nur annähernd auf die Idee kommen, Flüchtlingen menschenunwürdige Zustände zuzumuten.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht sollten wir noch einmal die Realitäten betonen. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir aus der Außenstelle Horst aussteigen wollen. Das können wir nicht so einfach nebenbei tun, denn wir sind vertraglich gebunden und haben die erste Kündigungsoption im Herbst des nächsten Jahres. Wenn wir uns daran nicht hielten, müssten wir weiter zahlen

(Christiane Schneider *DIE LINKE*: Sie brauchen aber keinen hinschicken!)

und Herr Bischoff würde lange Reden darüber halten, dass und wo wir Geld umsonst ausgeben würden. Wir kommen aus diesem Vertrag nicht früher heraus, haben in den letzten Wochen und Monaten unser Kontingent in Nostorf aber zum Teil erheblich heruntergefahren und zeitweise nur noch bis zu 15 Menschen in einzelnen Monaten dort untergebracht. Wir haben aber einen enormen Anstieg an Erstaufnahmen, dem die Kapazitäten unserer eigenen Einrichtungen in der Sportallee bei weitem nicht gerecht werden. Nur aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, kurzfristig auch wieder Familien in Nostorf unterzubringen, bis wir andere Möglichkeiten gefunden haben. Das ist nicht schön, aber es ist die einzige Möglichkeit, diesen neuen Zahlen – und die sind sehr, sehr hoch – gerecht zu werden.

Wir brauchen eine Lösung für dieses Problem. Der entscheidende Punkt ist, dass wir mit Nostorf und der Sportallee über Erstaufnahmeeinrichtungen reden, in denen die Menschen nicht dauerhaft bleiben sollen. Das eigentliche Problem ist, dass der Abfluss der Menschen aus diesen Erstaufnahmeeinrichtungen in die darauf folgende dezentrale Unterbringung nicht ausreichend funktioniert und nicht schnell genug erfolgt. Daran müssen wir arbeiten. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Menschen möglichst schnell aus den Erstaufnahmeeinrichtungen herauskommen, damit wir dort wieder die Plätze haben, die wir brauchen. Das ist der Lösungsansatz, über den wir in den nächsten Wochen und Monaten in der Regierungskoalition werden reden müssen.

Aber noch einmal ganz deutlich: Wir haben keine menschenunwürdigen Zustände. Wir haben ein Problem, das wir gemeinsam lösen, und wir werden die Zusammenarbeit mit Nostorf im nächsten Jahr beenden, weil wir unseren Koalitionsvertrag entsprechend gestaltet haben, aber Nostorf ist nicht menschenunwürdig.

(Kai Voet van Vormizeele)

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hakverdi.

Metin Hakverdi SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr van Vormizeele, ich kann es Ihnen nach Ihrer Rede nicht ersparen, aus dem Koalitionsvertrag zu zitieren, was Sie und Ihr Koalitionspartner vorhatten, was die Unterbringung in Horst angeht. Ich zitiere:

"Die Unterbringung neu eingereister Flüchtlinge soll in Zukunft in Hamburg erfolgen. Hamburg strebt die vorzeitige Beendigung der Beteiligung an der Aufnahmeeinrichtung an und wird darüber mit Mecklenburg-Vorpommern in Verhandlungen eintreten."

Das sagten Sie eben auch.

"Bis zum Ende der Beteiligung Hamburgs an der Aufnahmeeinrichtung in Nostorf/Horst"

– und das ist der entscheidende Punkt –

"soll nur noch die vertraglich vereinbarte Mindestbelegung genutzt werden. Familien mit Kindern sollen grundsätzlich in Hamburg in familiengerechtem Standard untergebracht werden."

Sie selbst haben die Aufnahmeeinrichtung in der Sportallee erwähnt. Wir haben, ein glücklicher Umstand, heute die Senatsantwort auf eine kleine Anfrage der Kollegin Bekeris erhalten. Sie haben sich eben erdreistet zu sagen, die Flüchtlingszahlen in Horst würden heruntergefahren. Ich habe hier die aktuellen Zahlen: Mitte Juni waren dort 37 Flüchtlinge untergebracht, Ende Juni 33; tatsächlich ein Minus von vier. Im Juli waren es 30 Flüchtlinge, also noch einmal drei weniger. Dann geht es hoch auf 34, 36, 58, 59, 73, 77 bis, Stand 16. September 2010, 128 Flüchtlinge. Ich weiß nicht, was Sie unter herunterfahren verstehen, aber ein Vervielfachen ist es üblicherweise nicht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – *Kai Voet van Vormizeele CDU:* Haben Sie eben nicht zugehört?)

Kommen wir zu Ihren Bemühungen, Menschen kurzfristig menschenwürdig unterzubringen. Ich will das Kriterium menschenwürdig nicht zu sehr strapazieren. Ich selber war in Horst nicht dabei, denn ich habe erst 17 Stunden vor dem Termin von ihm erfahren. Die SPD-Fraktion hat sich bemüht, von der Behörde für Inneres alsbald einen neuen Termin zu bekommen. Anfangs habe ich mich schon geärgert, weil ich vor einer solchen Debatte natürlich gern vor Ort gewesen wäre. Wenn ich mir allerdings die Berichte von Herrn Yildiz und von meiner Fraktionskollegin aus Schwerin anhöre, dann bin ich vielleicht sogar froh, das nicht gesehen zu

haben. Aber andererseits darf sich Politik nicht davor drücken, sich das anzugucken.

(*Wolfgang Beuß CDU:* Was soll das denn heißen! – *Olaf Ohlsen CDU:* Lass mal die Luft raus!)

Wenn wir es uns leisten wollen, Menschen, die in unserem Land Aufnahme finden, so zu behandeln, dass wir davon ausgehen, dass sie niemals Teil unserer Gesellschaft sein werden und wir deswegen andere Kriterien für sie anwenden, dann mag das zwar formell in Ordnung sein, aber Sie wissen doch selber, dass ein Teil dieser Menschen langfristig in Deutschland bleiben wird.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang einen Fall, der zurzeit durch die Presse geht, dass eine äußerst talentierte junge Hamburgerin, die in Afrika geboren wurde, nun formalrechtlich korrekt abgeschoben werden soll. Nach Recht und Gesetz ist alles in Ordnung, doch mittlerweile setzt sich mehr oder weniger jeder für sie ein, selbst der Wirtschaftssenator.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Auch die Fraktionen setzen sich ein! – *Frank Schira CDU:* Auch die Fraktion!)

Ich gehe davon aus, dass wir morgen in der Härtefallkommission die Kuh vom Eis bekommen werden. Ich zitiere den Wirtschaftssenator. Er frage sich, warum im Ausland um talentierte Menschen geworben werde, wo doch hier im Lande Talente vorhanden seien, die wir nur entdecken müssten. Das ist der eigentliche Skandal.

(*Viviane Spethmann CDU:* Zum Thema!)

– Ich komme gleich zum Thema.

(*Frank Schira CDU:* Sie müssen jetzt mal zum Thema kommen!)

Wenn wir eine sehr begabte Zwanzigjährige haben, eine hoch talentierte junge Frau, und alle, einschließlich der Zeitungen aller politischen Couleur, sich für sie einsetzen – das habe ich schon Ihrer Kollegin Ahrons gesagt, ich komme gleich zum Thema –,

(*Viviane Spethmann CDU:* Das hat doch damit überhaupt nichts zu tun!)

dann ist dieses Talent sehr leicht zu entdecken. Das ist, wenn jemand erst einmal eine Abiturnote erzielt hat, die für das Chemiestudium qualifiziert, und am Ende nur noch formelle Gründe ein Hinderungsgrund sind, kein Problem. Aber jetzt frage ich Sie, Herr Schira, und Ihre Kollegen: Was ist denn mit diesem kleinen Jungen, der in Nostorf von meiner Fraktionskollegin aus Schwerin befragt wurde und der ganz offensichtlich keine Sprachförderung erhält, so wie er sie, wenn er ganz normal eine Hamburger Schule besuchen würde, selbstverständlich erhielte? Der Skandal ist doch, Herr Schira, dass wir in Nostorf ein Talent, wenn es dort ei-

(Metin Hakverdi)

nes gäbe, wegen der Umstände, die Sie zu verantworten haben, gar nicht entdecken würden. Das ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der SPD und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Die Evidenzfälle mit hoch talentierten Schülerinnen – ich hoffe, dass wir das morgen in der Härtefallkommission regeln können – sind kein Problem.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Das ist ja Kraut und Rüben, was Sie hier von sich geben!)

Die eigene Benotung Ihrer Behörde, was die Zustände der Unterbringung in der Sportallee angeht, lautet:

"Die zuständige Behörde bewertet zurzeit die Platzkapazitäten aufgrund der aktuellen Belegungssituation als nicht ausreichend."

Mit anderen Worten: mangelhaft. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heitmann.

Linda Heitmann GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht löst es Verwunderung aus, dass ich nach vorne trete und nicht Frau Möller, unsere flüchtlingspolitische Sprecherin, aber in meiner Funktion als Mitglied im Eingabenausschuss – den momentan jeder zu kennen scheint, auch wenn er nicht drinnen sitzt –

(*Jörn Frommann CDU*: Die können alle mal mitarbeiten!)

war ich auf Einladung Mecklenburg-Vorpommerns letzte Woche auch in Nostorf. Da Sie, Herr Yildiz, Ihre Forderungen sehr stark auf das stützen, was Sie dort gesehen haben, möchte ich darauf noch einmal eingehen.

Sie sprechen von unzumutbaren Zuständen und haben nun schon in mehreren Pressemitteilungen die sofortige Schließung der Unterkunft gefordert. Bei Nostorf handelt es sich um eine Einrichtung Mecklenburg-Vorpommerns. Wir haben dort lediglich Plätze angemietet, aber ob diese Einrichtung langfristig geschlossen wird oder nicht, liegt nun wirklich außerhalb unserer Kompetenz.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart – das hat Herr Hakverdi auch richtig zitiert –, die Unterbringung von Flüchtlingen, für die Hamburg zuständig ist, in Nostorf zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beenden. Das bedeutet, Herr Voet van Vormizeele hat es schon gesagt, dass wir den entsprechenden Vertrag im September 2011 kündigen werden, und daran halten wir auch fest.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Aber wir haben leider keinen Einfluss darauf, wie Mecklenburg-Vorpommern die Flüchtlinge, für die dieses Bundesland zuständig ist, in Nostorf unterbringt. Hamburg hat die Zuständigkeit für ein gewisses Kontingent an Flüchtlingen und für diese Flüchtlingsgruppe haben wir unter anderem die Vereinbarung, dass Frauen im letzten Drittel der Schwangerschaft dort nicht mehr untergebracht werden sollen und kein Flüchtling dort länger als drei Monate verbringt. Ich habe in Nostorf gesehen, dass Mecklenburg-Vorpommern das für seine Flüchtlinge durchaus anders handhabt. Die Flüchtlinge aus dem mecklenburg-vorpommerschen Kontingent sind bis zu einem Jahr dort und es sind auch hochschwängere Frauen unter ihnen, aber ich habe mich mit vielen Flüchtlingen unterhalten und gezielt nach Flüchtlingen gefragt, die über das Hamburger Kontingent untergebracht sind, und keinen einzigen Fall entdeckt, bei dem gegen diese Regelung verstoßen worden wäre.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Liegt das an Ihnen oder an der Situation?)

Das heißt konkret: Ich habe in der Hamburger Zuständigkeit keine hochschwängere Frau angetroffen und ich habe auch keinen Flüchtling angetroffen, der länger als drei Monate untergebracht worden wäre.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Herr Yildiz, wenn Sie Hinweise darauf haben, dass das anders ist, dann können Sie uns die gerne zur Kenntnis geben. Ich habe gezielt nachgefragt und mir ist dort nichts dergleichen begegnet. Die uns gezeigten Räumlichkeiten habe ich zwar als schlicht empfunden, aber schon als sauber und ordentlich. Natürlich habe ich nur einen Ausschnitt gesehen und auch hier gilt: Wenn Sie Hinweise darauf haben, dass es in anderen Räumen anders aussieht, dann können wir dem gern nachgehen. Aber nach dem, was ich gesehen habe, kann ich nicht sagen, dass ich chaotische Zustände vorgefunden hätte.

Allerdings sind auch mir während des Besuchs einige Ungereimtheiten und Unzulänglichkeiten im Bereich der medizinischen Versorgung aufgefallen. Die medizinische Versorgung muss dringend ausgebaut werden, es müssen regelmäßig Dolmetscher vor Ort sein und die Patienten müssen, wenn es notwendig ist, auch zu Fachärzten überwiesen werden. Es gibt Hinweise darauf – der Flüchtlingsrat hat sie immer wieder vorgeführt –, dass das möglicherweise in Einzelfällen nicht passiert ist. Das ist zur Anzeige gebracht worden und das ist auch richtig so, aber ich kann aus der Distanz nicht beurteilen, ob diese Vorwürfe zutreffen oder nicht.

Meine Redezeit ist zu Ende. Ich hätte noch vieles zu sagen. Vielleicht nur noch soviel: Auch wir sind an der Aufdeckung von Missständen interessiert.

(Linda Heitmann)

Wir wollen gemeinsam nach Verbesserungen suchen, aber populistische Forderungen außerhalb unseres Zuständigkeitsbereiches sind hier einfach fehl am Platze. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Heitmann, Sie haben sich ähnlich verhalten wie bei der Atomdebatte, wir kaufen zwar Atomstrom bei den Kraftwerken der Nachbarschaft ein, die Kraftwerke selber interessieren uns aber nicht, denn das sind nicht unsere Vertragspartner.

Ich würde gern wissen, wie der Vertrag aussieht, den Sie mit Mecklenburg-Vorpommern über die Flüchtlingsunterkunft abgeschlossen haben. Ich fordere Sie auf, diesen Vertrag der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit jeder weiß, worum es geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde es traurig und verlogen – Sie werden mich mahnen, Frau Präsidentin –, wie hier vorgegangen wird. In Nostorf wurde uns eine Route vorgegeben, an die wir uns halten sollten, aber die Flüchtlinge haben mich danach mit auf ihre Zimmer genommen und da sah es ganz anders aus. Ich möchte Ihnen ein Foto zeigen, wo das Bett einer Frau regelrecht zusammengebrochen ist. Die arme Frau hat eine Pappe darunter gelegt. Sie ist hochschwanger im achten Monat und muss in einem solchen Bett schlafen. Das ist nicht hinnehmbar.

(Zuruf von der CDU: Ist das eine Hamburger Frau oder nicht?)

– Das sind Hamburger Fälle.

(Jörn Frommann CDU: Das ist eine unfaire Debatte, die Sie hier führen!)

Ich bin dreimal in Nostorf gewesen und habe mit fast 100 Flüchtlingen gesprochen, ich habe extra Dolmetscher dafür besorgt.

(Olaf Ohlsen CDU: Du brauchst doch gar keinen Dolmetscher!)

Ich wurde nicht hereingelassen. Das ist doch aber kein Gefängnis, sondern eine öffentliche Unterkunft, verdammt noch mal.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Yildiz, wir haben uns auf ein parlamentarisch angemessenes Verhalten geeinigt und das gehört nicht dazu.

(Michael Neumann SPD: Haben Sie gehört, was Ohlsen gesagt hat? Schämen sollten Sie sich! Das war fast rassistisch! Sarrazin lässt grüßen!)

Mehmet Yildiz (fortfahrend): Entschuldigung.

Zweites Beispiel, eine Familie aus Hamburg. Die Frau lag hochschwanger eine Woche lang in einem Hamburger Krankenhaus. Dann wurde sie entlassen und sofort nach Nostorf/Horst verlegt. Sie hat ihr Kind dort zur Welt gebracht und ist nun seit fast sieben Monaten in dieser Unterkunft. Die Vereinbarung ist: Erstaufnahme, Verweildauer nicht über drei Monate. Es muss aufhören, dass sich die Grünen vom Innensenator über den Tisch ziehen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittes Beispiel: Ich habe mit Familien aus Hamburg gesprochen, die schulpflichtige Kinder haben. Ich weiß, dass Frau Goetsch in diesem Punkt sehr sensibel ist, was mich freut. Sie wurden vom Flüchtlingsrat angeschrieben. Ich habe alle Daten und wenn Ihnen Daten fehlen sollten, stelle ich sie Ihnen gern zur Verfügung, ich werde nächste Woche auch noch einmal nach Nostorf fahren. Ich bitte Sie, sich dafür einzusetzen, dass diese Kinder mit ihren Familien schnell nach Hamburg kommen können, damit sie die Möglichkeit haben, eine Schule zu besuchen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieser Ort liegt so fernab, dass sich sogar das Navigationssystem verläuft. Die Menschen haben keine Möglichkeit, von dort wegzukommen. Sie haben nicht einmal 40 Euro Taschengeld und können keine Fahrgelegenheit nutzen. Ihre einzige Unterstützung ist der Flüchtlingsrat. Eigentlich sollte Staatssekretär Lenz sich beim Flüchtlingsrat bedanken, stattdessen wird ihm und uns vorgeworfen, es würden Probleme nach Nostorf hineingetragen. Frau Heitmann, Sie haben selber gesehen, dass unsere Vertreter nicht einmal mit den Flüchtlingen sprechen wollten, obwohl die Flüchtlinge auf uns zukamen und von ihren Problemen erzählten.

(Linda Heitmann GAL: Ich habe mit ihnen gesprochen!)

Wir waren, Frau Heitmann, die einzigen Hamburger, die sich mit diesen Menschen unterhalten haben. Dabei ist herausgekommen, dass viele Flüchtlinge seit Monaten weder Kleidung noch Taschengeld bekommen haben. Das geht nicht. Diese Menschen sind hilfebedürftig und traumatisiert zu uns gekommen. Diese Zustände müssen endlich ein Ende haben. Diese Menschen gehören zu uns nach Hamburg, wo auch über ihr Schicksal entschieden wird, und nicht nach Horst, wo, wie ich heute telefonisch erfahren habe, ein Flüchtling von

(Mehmet Yildiz)

den Neofaschisten angegriffen wurde. Ich hoffe, dass sich das nicht bestätigt.

Ich bitte Sie darum, diesen Vertrag schnellstmöglich zu beenden und diese Familien zurück nach Hamburg zu holen. In Hamburg sind Möglichkeiten, man muss nur wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Möller bekommt das Wort für den Rest der Aktuellen Stunde, für zwei Minuten.

(Wolfgang Beuß CDU: Das schafft sie dicke!)

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das schaffe ich nicht, weil das Thema noch lange nicht beendet ist.

(Olaf Ohlsen CDU: Machen wir morgen weiter!)

Was ich versuchen werde, in zwei Minuten zu sagen, ist, dass wir den Mut der Flüchtlinge, sich öffentlich zu äußern und sich dagegen zu wehren, wie sie untergebracht und behandelt werden, nur begrüßen können und uns dafür bedanken müssen, dass sie sich der Öffentlichkeit stellen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN und bei Uwe Grund SPD)

Wir sehen doch an dieser Debatte, dass sich niemand von den Flüchtlingen, die ihre Situation geschildert haben, dagegen zur Wehr setzen kann, wie mit dem, was sie gesagt haben, öffentlich umgegangen wird.

Ich kann Sie nur eines fragen, Kollege Hakverdi von der SPD: Zu welcher Partei gehört der Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern noch einmal?

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan und Andreas Waldowsky, beide GAL)

Für diese Unterkunft ist das Land Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich. Wir haben uns, seit es die ersten Bestrebungen gab, diese Unterkünfte für öffentliche Unterbringungen zu nutzen und auch von Hamburg aus ein Kontingent zu belegen, vehement dagegen zur Wehr gesetzt. Die schon zitierte Passage steht nicht aus Spaß im Koalitionsvertrag, sondern weil es ein wichtiges politisches Thema für uns und die Stadt ist.

Was ich wirklich unerträglich finde, ist diese Mischung aus dem Anspruch, für diese Menschen einzutreten, und der Taktik, dabei in alle Richtungen, die einem gerade passend erscheinen, ein paar Breitseiten zu verteilen. In Wirklichkeit kämpfen kleine NGOs und all diejenigen, die sich auf den Rechtsweg einlassen, für die Rechte dieser Flüchtlinge und auch wir mit unserer parlamentari-

schen Kontrolle gegenüber dem Behördenhandeln. Da gehört diese Arbeit hin und da wünsche ich mir Unterstützung.

Es gibt an einzelnen Handlungen der Ausländerbehörde viel zu kritisieren, vor allem daran, dass es diese Dschungellager – jetzt nehme ich einmal dieses böse Wort – immer noch gibt,

(Michael Neumann SPD: Aber Sie regieren schon?)

die nicht die Integration, sondern die Isolation fördern. Da müssen sich alle Bundesländer an ihre eigene Nase fassen,

(Michael Neumann SPD: Sie mieten das doch an! Das ist doch lächerlich! Unverschämt! Wer regiert denn in Hamburg?)

und in diesem Fall vor allem der sozialdemokratische Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Weil Frau Möller sich so beeilt hat, bekommt Frau Bekeris das Wort für eine Minute.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte Frau Heitmann korrigieren, die gesagt hat, es seien keine Flüchtlinge aus Hamburg länger als drei Monate in Nostorf untergebracht. Wir haben auf eine Schriftliche Kleine Anfrage die Antwort bekommen, dass mehrere dieser Flüchtlinge dort seit März untergebracht sind, und wenn Sie rechnen können, sind das mehr als drei Monate.

Zudem sind die Unterkünfte in der Sportallee seit Sommer 2009 massiv überbelegt. Wir haben eine Überbelegung von bis zu 150 Prozent. Nach letztem Stand sind dort 103 Personen untergebracht, ausgelegt ist diese Unterkunft eigentlich für 70 Personen.

(Wilfried Buss SPD: Das hat der Bürgermeister zugelassen!)

Rechnen wir das einmal um. Normalerweise stehen 6 Quadratmeter pro Person zur Verfügung, zurzeit sind es aber 4 Quadratmeter. Zehn Personen müssen sich eine Dusche teilen, eigentlich sollten es nur sieben sein. Gleiches gilt für die Toiletten. 4,1 Personen sollten eine gemeinsame Toilette nutzen, zurzeit sind es sechs. Sie sollten schnell handeln. Diese Zustände sind unwürdig und sollten nicht länger hingenommen werden.

(Wolfgang Beuß CDU: Sagen Sie das mal Ihrem SPD-Ministerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern!)

(Ksenija Bekeris)

Wir fordern mehr Unterbringungsmöglichkeiten in Hamburg für Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Wir kommen zu den Punkten 5 bis 7 und 7a der heutigen Tagesordnung, den Drucksachen 19/7243, 19/7244, 19/7252 und 19/7326: Wahl je einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres, der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und der Behörde für Kultur, Sport und Medien sowie Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres
– Drs 19/7243 –]**

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft und Arbeit
– Drs 19/7244 –]**

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission
– Drs 19/7252 –]**

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Kultur, Sport und Medien
– Drs 19/7326 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass alle vier Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können.

Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils Felder für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte, die Stimmzettel jeweils nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig. Ich bitte Sie, nun Ihre Wahlentscheidung vorzunehmen.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Ich bitte Frau Thomas und Herrn Hakverdi, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt und ich werde sie Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.

Wir kommen zu Punkt 42 der Tagesordnung, Drucksache 19/7284, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Begrenzung des Zinssatzes bei Überziehungskrediten und Anspruch auf Girokonto für jedermann bei der Hamburger Sparkasse.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Begrenzung des Zinssatzes bei Überziehungskrediten und Anspruch auf Girokonto für jedermann bei der Haspa (Hamburger Sparkasse)
– Drs 19/7284 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 19/7427 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Girokonto für alle und Zinsrückgänge an Verbraucherinnen und Verbraucher weiterreichen
– Drs 19/7427 –]**

Beide Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss überweisen. Zur Drucksache 19/7427 liegt außerdem ein Antrag der GAL-Fraktion auf Überweisung an den Wirtschaftsausschuss vor.

Wird das Wort gewünscht? – Herr Hackbusch, bitte.

Es wäre nett, wenn die verbliebenen Abgeordneten so leise wären, dass Sie Herrn Hackbusch auch verstehen können.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch Herr Ohlsen muss bezahlen, nämlich 12,1 Prozent Dispo-Kredit, wenn er sein Konto bei der HASPA über sein normales Budget hinaus beansprucht. 12,1 Prozent zahlt jeder, der sein Girokonto überzieht. Wenn er dabei über den von seiner Bank eingeräumten Dispositionsrahmen hinausgeht, sind es sogar 16,1 Prozent. Die HASPA selber kann sich, wie alle anderen Banken auch, je nachdem, wie geschickt sie ist, mit 0,75 bis 0,95 Prozent refinanzieren. Das bedeutet so nebenbei einen Gewinn von 11 Prozent. Ich halte das für eine Abzocke und meine, dass die Politik sich darum kümmern und sich dazu etwas überlegen muss.

(Beifall bei der LINKEN und bei Ksenija Bekeris SPD)

Der Leitzins liegt zwischen 0,75 und 1 Prozent, vor zwei Jahren waren es fast 5 Prozent. Damals mussten die Banken also 5 Prozent aufbringen, um in der Lage zu sein, etwas zu refinanzieren. Der Dispokredit ist in dieser Zeit allerdings praktisch nicht

(Norbert Hackbusch)

verändert worden. Wir haben also die politische Konstellation, dass wir, auch von der Bürgerschaft aus, die Banken – ich bin nicht der Meinung, dass die HASPA besonders böse wäre, sie ist typisch böse wie alle anderen Banken auch – gerettet und mit unheimlich viel Geld dafür gesorgt haben, dass sie nicht in eine systemische Krise kommen. Und die Banken bedanken sich mit einer organisierten Abzocke von 11 bis 12 Prozent beziehungsweise bei überzogenem Kreditrahmen von 13 bis 14 Prozent. Wir als Politiker müssen etwas tun, damit so etwas verhindert werden kann.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Auf Bundesebene wurde ein Gesetz verabschiedet, um das in irgendeiner Form in den Griff zu bekommen. Ich selber will das gar nicht groß kritisieren, das überlasse ich der Stiftung Warentest, die ich für kompetent halte. Stiftung Warentest kritisiert, dass es in dieser Situation nichts bringe, den Dispo an den Marktzins zu koppeln. Der Zins ist zurzeit weit unten und Veränderungen werden erst dann eintreten können, wenn er wieder steigt. Die Abzocke wird durch dieses Gesetz von Bundesebene aus akzeptiert und aufrechterhalten. Das kann nicht in unserem Sinne sein. Wir sind der Meinung, dass man durchaus etwas auf Bundesebene machen kann und auch machen müsste. Das ist aber nicht die Ebene, auf der wir arbeiten. Wir haben andere Möglichkeiten.

Ich will aber noch darauf eingehen, was daran besonders böse ist. Wir sind in einer Situation, in der es natürlich richtig ist, die Menschen darauf hinzuweisen, dass es einige Banken gibt, die einen besseren Dispokredit anbieten; nicht viel besser, aber doch um einiges besser. Aber zu denen, die in den Dispo oder sogar in den Überziehungskredit rutschen, gehören doch insbesondere auch die Schwachen unserer Gesellschaft, die gelegentlich den Überblick über ihre finanzielle Situation verlieren und die nicht marktkompetent sind, weil sie nicht jeden Tag überlegen, wohin sie ihre Zinseinnahmen nun gerade bewegen sollten. Gerade dieser Personenkreis ist am stärksten betroffen und es bedeutet eine besondere Verantwortung der Politik, diese Menschen vor der Abzocke durch die Banken zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber was können wir in Hamburg machen? Wir haben hier eine interessante Institution, die Hamburger Sparkasse. Laut ihrer Satzung hat sie eine besondere Verantwortung dafür, dass es den Menschen in dieser Stadt und den Sparern gut geht und dass ihre Ersparnisse zum Wohle der Hamburger ausgegeben werden. Aufgrund dieser Satzung hat die Hamburger Sparkasse das Privileg bekommen, sich in Hamburg regional verbreiten zu können und andere Sparkassen sich in dieser Stadt praktisch nicht ausweiten konnten. Wir müssen uns gemeinsam überlegen, wie diese Satzung

der Haspa, für die sie Privilegien bekommen hat, mit Leben gefüllt werden kann. Das würde auch bedeuten, dass sich die Haspa an der Abzocke, wie sie die anderen Banken betreiben, nicht beteiligen darf und die Dispo-Zinsen beschränkt werden müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dabei geht es natürlich auch noch um andere Fragen, unter anderem um das Konto für jedermann. Auch das wird von der Haspa gegenwärtig nicht ermöglicht. Jeder Mensch muss ein Recht haben, ein Girokonto einrichten zu können, denn das ist die Voraussetzung dafür, einen vernünftigen Job zu bekommen und einen Mietvertrag abzuschließen. Dementsprechend sollte eine Sparkasse, die eine solche Satzung hat, allen Menschen das Recht einräumen, ein Girokonto zu eröffnen. Diese beiden wichtigen Dinge sollten wir von der Hamburger Sparkasse einfordern.

Das Beste wäre natürlich, wenn die Haspa selbst mit gutem Beispiel vorangehe und aufgrund des Appells, den wir heute hoffentlich gemeinsam an sie richten, diese Forderungen umsetzen würde. Die Haspa wäre auch gut beraten, das freiwillig zu machen, denn im Zusammenhang mit ihren Beratungen zu Lehman-Brothers-Papieren in etlichen Fällen hat sich ihr Ruf in Hamburg stark verschlechtert. Es täte ihr sicherlich gut, ihren Ruf wieder zu verbessern.

Für den Fall, dass sie aus irgendwelchen Gründen doch nicht freiwillig dazu bereit ist, müssen wir uns in der Politik gemeinsam Schritte überlegen, wie wir sie dazu bringen können. Wir haben dafür einen vorsichtigen Antrag vorbereitet, wie man das Problem wirkungsvoll lösen kann. Damit könnte sich der Senat dieser Frage auf einfache Weise annehmen und sich um das Wohlergehen – der Senat ist gerade nicht so richtig interessiert – vieler Schwacher in dieser Gesellschaft kümmern. Ich hoffe, dass wir dafür eine Mehrheit finden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Goldberg.

Thies Goldberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Hackbusch, die in der Tat zum Teil nicht mehr nachvollziehbaren Zinssätze für Dispositionskredite und geduldete Überziehungen sind vor zwei Wochen auf der Verbraucherschutzministerkonferenz zum Anlass genommen worden, die Banken aufzufordern, eine freiwillige Zinsbegrenzung auf den Weg zu bringen. Dies ist mit den Stimmen Hamburgs geschehen; Sie wissen möglicherweise davon. Sollten die Banken dieser Aufforderung nicht nachkommen, ist ihnen, wie

(Thies Goldberg)

bei den sonstigen privaten Krediten, bereits eine gesetzliche Regelung angedroht worden.

(Barbara Ahrons CDU: Auf Bundesebene im Auge behalten! – Christiane Schneider DIE LINKE: Im Auge ist gut! Da nützt es nichts!)

Wir reden hier aber von einer Bundesregelung, nicht von einer Hamburger Regelung.

Im Übrigen ist das Thema Wucher sowohl im bürgerlichen Gesetzbuch als auch im Strafgesetzbuch geregelt. Ob es sich hier um Wucherzinsen handelt, sprich um Abzocke, ist noch die Frage, denn eines muss man den Banken natürlich zugestehen: Ein Dispositionskredit, der ohne Sicherheiten gewährt wird, was in der Regel der Fall ist, ist von den Banken zu 100 Prozent mit Eigenkapital zu unterlegen. Das heißt, die Banken müssen für diese Kredite das teuerste Geld, nämlich das Eigenkapital, einsetzen und eben nicht die Kreditmittel, die sie sich zu 0,5 oder 1 oder 1,25 Prozent im Interbankenmarkt oder vielleicht von den Zentralbanken besorgen können. Insofern stimmt Ihre Rechnung mit diesen Zinsmargen nicht; sie brauchen dafür zu 100 Prozent Eigenkapital und das ist ein bisschen teurer.

Außerdem wissen Sie sicherlich auch, dass solche Kredite aufgrund der hohen Flexibilität, die von den Kunden erwartet wird, aufgrund der besonders großen Ausfallrisiken und des besonders hohen Verwaltungsaufwandes zwangsläufig teurer sind als regelhafte Abzahlungsdarlehen. Dies sollte man auch berücksichtigen, wenn man den Banken hier einen Vorwurf macht. Wenn in einer Industrie ein bestimmtes Produkt oder eine bestimmte Produktgruppe hochpreisig sind und das auch aus unserer Sicht verdient, besondere Beachtung durch die Politik zu finden, muss man nicht zwangsläufig gleich pauschal von Abzocke sprechen.

Wir haben im Übrigen bis heute kein Grundrecht auf Kredit und das werden wir auch nicht bekommen. Insofern ist die Formulierung "wenn jemand in die Überziehung hineinrutscht" nicht gerechtfertigt. Das ist sicherlich in vielen Fällen zutreffend und teilweise stehen dahinter auch schwere Einzelschicksale; da haben Sie recht. Aber dafür gibt es öffentliche Hilfen, die mit dem Thema Zinssatz oder Jedermannkonto oder Haspa nichts zu tun haben. Deshalb halte ich es nicht für richtig, wenn Sie das in einen Topf werfen.

Die Haspa ist in der Tat eine der am besten geführten und erfolgreichsten Banken, die wir im Land haben. Sie ist nicht nur gut durch die Krise gekommen, sondern trägt seit vielen Jahrzehnten in Hamburg eine besondere soziale Verantwortung, der sie an vielen Stellen mit mehr als pflichtgemäßen Leistungen gerecht wird. Ich halte es nicht für richtig, dass Sie – aus meiner Sicht wieder einmal ideologisch geprägt – für eine Bank, die erkennbar soziale Verantwortung trägt und am Wirt-

schaftsstandort Hamburg eine integrale Kraft ist, die Eigentumsverhältnisse neu ordnen wollen, weil es Ihnen nicht beliebt, dass, wie Sie es nennen, die Politik keinen Einfluss darauf hat. Das halten wir nicht für gerechtfertigt und das werden wir nicht unterstützen. Allerdings werden wir selbstverständlich das Thema Zinsen im Auge behalten, auch das Thema Jedermannkonto, deshalb befürworten wir zusammen mit der GAL die Überweisung des SPD-Zusatzantrags. Aber Ihren Antrag, Herr Hackbusch, werden wir leider ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Bekeris.

Ksenija Bekeris SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE bietet uns den Anlass, noch einmal an ein wichtiges politisches Ziel zu erinnern, das eigentlich unser aller gemeinsames Ziel ist. Das ist nämlich das Girokonto für jedermann. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll ein Konto auf Guthabenbasis erhalten; das haben wir im Januar des vergangenen Jahres einstimmig beschlossen. Die Forderung der LINKEN – ein Prüfantrag und dieser nur auf die Haspa beschränkt – ist also ein Rückschritt. Der Beschluss war damals einstimmig und auch der Senat hat sich dieses Ziel zu eigen gemacht, wie wir durch die Drucksache 19/2656 erfahren haben. Trotzdem gibt es auch heute noch nicht das Girokonto für jede Bürgerin und jeden Bürger. Immer noch gibt es Hamburgerinnen und Hamburger, die nicht am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilnehmen können. Miete zahlen ohne Girokonto, Wasser- und Stromrechnungen begleichen ohne Girokonto, das ist fast ein Ding der Unmöglichkeit. Und haben Sie Ihren Arbeitgeber schon einmal darum gebeten, Ihnen das Geld bar auszubezahlen? Er wird es für einen schlechten Scherz halten. In vollem Ernst frage ich Sie auf der Senatsbank: Was haben Sie bisher dafür getan, dass das Girokonto für jedermann durchgesetzt wird?

(Dirk Kienscherf SPD: Nichts! – Christiane Schneider DIE LINKE: Es interessiert nicht mal!)

Eine Bundesratsinitiative des Landes Bremen, die zum Ziel hat, mit wenigen Ausnahmen einen Rechtsanspruch auf ein Girokonto einzuführen, ist immer noch nicht verabschiedet. Unterstützung hat diese Initiative bisher nur von Rheinland-Pfalz. Was ist mit Hamburg? Wir verlangen hier und heute eine Antwort darauf. Das Ganze ist nicht langweilig, meine lieben Damen und Herren der CDU, sondern es geht um eine sehr wichtige Forderung, die wir für Leute stellen, die kein Konto haben und nicht am Zahlungsverkehr teilnehmen können.

(Ksenija Bekeris)

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der LINKEN)

Für die CDU wird es jetzt vielleicht noch langweiliger,

(Stephan Müller CDU: Das ist nicht mehr zu toppen!)

denn ich möchte noch einmal darauf anspielen, dass wir inzwischen ein pfändungssicheres Konto haben, eine Errungenschaft noch der Großen Koalition, die aber auch nur zum Tragen kommt, wenn überhaupt schon ein Konto besteht. Das P-Konto wird bisher nicht sehr gut angenommen und ich möchte den Senat auffordern, eine Informationskampagne zum P-Konto zu starten, denn sonst wird dieses wichtige Instrument auch weiterhin nicht genutzt werden können.

Auf die Dispokredite sind meine beiden Vorredner schon eingegangen. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir den Senat auffordern, mit den Banken und Sparkassen Gespräche zu führen, um das Zinsniveau bei Dispokrediten auf ein angemessenes Niveau zu senken, denn der hohe Zinssatz, der im Moment bei Dispokrediten erhoben wird, ist verantwortungslos. Wer einmal im Minus ist und dann die hohen Zinsen zahlen muss, kommt nicht mehr aus den roten Zahlen heraus. Das ist gerade für Klein- und Kleinstunternehmer ein besonderes Problem, denn wenn Zahlungen verspätet eingehen, wie es hier immer wieder vorkommt, droht schnell die Überziehung des Kontos.

Die Möglichkeiten der Stadt, über die Aufsichtsgremien Einfluss auf die Haspa auszuüben, sind gering. Die LINKE fordert allerdings auch Transparenz und die sollte auch im Interesse des Senats sein, denn wohin intransparente Finanzinstitutionen führen, haben wir im Zuge der Finanzkrise deutlich zu spüren bekommen. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass städtischer Einfluss nicht automatisch zu mehr Gemeinnutz führt; die HSH Nordbank ist dafür ein eindrückliches Beispiel.

Zum Abschluss möchte ich aber noch einmal ganz konkrete Maßnahmen einfordern. Setzen Sie sich glaubwürdig für ein Girokonto für jedermann ein. Ein solches Konto würde für viele Hamburgerinnen und Hamburger eine spürbare Verbesserung bringen. Sie haben jetzt im Wirtschaftsausschuss Gelegenheit, darauf noch einmal einzugehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Norbert Hackbusch, ich

habe selten einen Antrag erlebt, in dem ein Problem so zutreffend beschrieben wird und dann der Lösungsansatz völlig an der Problemlösung vorbeigeht.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Was ist denn Ihre Lösung?)

Natürlich ist es ein Problem, dass es kein Girokonto für jedermann gibt, insbesondere auch nicht bei Sparkassen. Das gilt übrigens in allen anderen Bundesländern, wo Sparkassen öffentlich-rechtliche Anstalten sind, in gleicher Form. Insofern habe ich mir schon die Frage gestellt, warum eigentlich euer Ansatz, die jetzige besondere Rechtsform der Haspa aufzuheben und sie in eine Anstalt öffentlichen Rechts umzuwandeln, das Problem lösen soll, wenn es in allen anderen Bundesländern, wo die Sparkassen diese Rechtsform bereits haben, auch kein Girokonto für jedermann gibt, auch nicht auf Guthabenbasis. Insofern habt ihr das Problem erkannt, die genannte Lösung geht aber vollkommen am Problem vorbei

(Beifall bei der GAL und der CDU)

und das angesichts der Tatsache – die Kollegin von der SPD hat darauf hingewiesen –, dass wir schon im Januar gemeinsam einen Ansatz beschlossen haben, der dem abhelfen soll. Der Antrag der SPD-Fraktion ist da natürlich wesentlich zielführender, indem er auf die Initiative des Bundeslandes Bremen verweist. Allerdings ist diese schon seit einer ganzen Weile im Bundesrat anhängig, weil Bremen angekündigt hat, diesen Antrag zu überarbeiten, was aber bisher noch nicht passiert ist. Daher kann man dieser Initiative zum jetzigen Zeitpunkt schwer beitreten, weil man die genauen Formulierungen gar nicht kennt; aber vielleicht kommt da noch einmal etwas.

Natürlich kann man auf freiwilliger Basis mit den anderen Akteuren am Standort Hamburg darüber reden, aber wir alle wissen, dass Gespräche mit Banken und Sparkassen auf freiwilliger Basis bisher nicht so wahnsinnig erfolgreich waren. Insofern haben wir dieses Problem bislang noch nicht gelöst. Ich möchte den Analysen der Kollegen von der LINKEN und auch von der SPD gar nichts hinzufügen, da ist eigentlich schon alles gesagt worden.

Man kann im Ausschuss noch weiter darüber reden, ob die beiden Maßnahmen, die die SPD vorgeschlagen hat, zum jetzigen Zeitpunkt wirklich weiterhelfen. Ich habe da gewisse Zweifel, weil ich einfach nicht glaube, dass freiwillige Maßnahmen in diesem Sektor sonderlich weiterführen; das wird schon seit vielen Jahren versucht. Aber es ist in der Tat eine Diskussion im Ausschuss wert und da wir uns Anfang Januar in diesem Punkt alle einig waren, sollte man diese Diskussion führen und sich über den Stand der Dinge klar werden. Vielleicht braucht es aber auch noch ein bisschen Zeit,

(Jens Kerstan)

bis man wirklich den Königsweg gefunden hat. Darum werden wir den Antrag der LINKEN ablehnen und den Zusatzantrag der SPD an den Wirtschaftsausschuss überweisen. – Vielen Dank.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Begründung dafür, unseren Antrag abzulehnen, ist mir völlig unklar geblieben.

(Olaf Ohlsen CDU: Das glaub' ich!)

– So ist das manchmal, Herr Ohlsen, ich habe manchmal Verständigungsprobleme.

Versuchen wir jetzt einmal, das für uns kurz zu sortieren, damit wir gemeinsam als Bürgerschaft dazu etwas sagen können. Ich denke, dass man eine Sache, die letztendlich doch zu refinanzieren ist – und das gilt für diesen Bereich mit 1 Prozent und 12,1 Prozent Dispokredit –, als Abzocke bezeichnen kann und wir sollten das auch gemeinsam so bezeichnen und als Problem benennen. Wenn es unsicher ist und die Banken sich darüber selbst im Unklaren sind, inwieweit das rückfinanziert werden kann, dann liegt das sogar außerhalb des Dispo-bereichs, das heißt im Bereich von 16,1 Prozent. Und uns allen ist klar, dass 16,1 Prozent doch ein riesiges Problem sein müssen und dementsprechend sollte man sich damit beschäftigen.

Frau Bekeris hat gesagt, unser Antrag sei ein Rückschritt. Wir finden den Antrag der SPD und den Versuch, das auf Bundesratsebene zu machen, völlig richtig. Ich selber bin etwas unruhig, weil der Antrag schon so lange dort vorliegt und so wenig passiert ist. Dementsprechend haben wir das Gefühl, es muss noch ein bisschen mehr geschehen, und da kommt die Rolle der Hamburger Sparkasse ins Spiel. Auch dazu sollte man eine einvernehmliche Regelung finden. Ist die Aussage von Herrn Goldberg richtig, die Hamburger Sparkasse sei schon jetzt sozial? Herr Kerstan, das müssten Sie uns auch beantworten. Ist die Hamburger Sparkasse nun wirklich sozial und sind wir dementsprechend völlig zufrieden damit oder müssen wir nicht auch die Hamburger Sparkasse an diesem Punkt kritisieren? Sie haben in gewisser Weise doch zugestanden, dass man das eigentlich kritisieren müsste.

Sie kritisieren unsere Position, dass sich die Politik mit der Satzung der Hamburger Sparkasse, die aufgrund ihrer Satzung Privilegien in dieser Stadt hat, befassen sollte. Und damit ist ein bisschen mehr gemeint, als nur mit Vertretern der Haspa zu diskutieren. Wir wollen als Politiker sagen: Ihr habt in dieser Stadt Privilegien bekommen und von daher eine gute Geschäftsgrundlage. Und wir verlangen, dass Ihr aus diesem Grund sozialer aufge-

stellt seid als andere Einrichtungen; das ist ein Äquivalent zu den Privilegien, die wir euch gegeben haben.

Das wäre ein normaler, guter Weg, den die Politik einschlagen könnte. Dementsprechend wäre es genau das Richtige, das zu prüfen und darüber im Ausschuss gemeinsam zu diskutieren. Wir werden natürlich diese Idee trotz allem einbringen, auch wenn Sie unseren Antrag ablehnen. Aber ich halte es nur für eine ideologische Finte von Ihnen zu sagen, die LINKEN sind unrealistisch. Das ist ein einfacher, solider Schritt, das bringt noch keine großen Fortschritte, aber kleine und auch dafür sind wir da. – Tschüss.

(Beifall bei der LINKEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, sodass wir zur Abstimmung kommen können. Bevor wir in die Abstimmung eintreten, möchte ich bekanntgeben, dass Herr Grund sich an dieser Abstimmung nicht beteiligt.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/7284 und 19/7427 federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Wer die Drucksache 19/7427 an den Wirtschaftsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist angenommen.

Dann lasse ich über die Drucksache 19/7284 in der Sache abstimmen. Wer den darin enthaltenen Antrag der Fraktion DIE LINKE annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 37 der Tagesordnung, dem gemeinsamen Antrag der CDU- und der GAL-Fraktion, Drucksache 19/7130: Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg.

**[Antrag der Fraktionen der CDU und GAL:
Änderung der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg
– Drs 19/7130 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Verfassungs- und Bezirksausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Heinemann, Sie bekommen es.

Robert Heinemann CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der heutige Antrag ist eigentlich eine direkte Folge der vom Volk initiierten Wahlrechtsänderung, die wir im letzten Jahr beschlossen haben. Bekanntlich werden ab 2014 die

(Robert Heinemann)

Bezirksversammlungen nur noch alle fünf Jahre gewählt. Die Bürgerschaft hingegen wird nach dem bisherigen Gesetz weiterhin alle vier Jahre gewählt. Die Folgen kann man sich mathematisch recht einfach ausrechnen. Wir würden schon 2019/2020 zwei Jahre lang direkt hintereinander Wahlkampf führen müssen und im Jahr 2024 hätten wir in Hamburg sogar zwei Wahlkämpfe in einem Jahr, einmal für die Bezirksversammlungen und einmal für die Bürgerschaft. Ich glaube, das würde dazu führen, dass wir vor lauter Wahlkampf kaum noch zum Politikmachen kommen würden.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Kommen Sie ja auch so nicht!)

Nun kann man natürlich einwenden, dass es immer auch zu vorzeitigen Neuwahlen kommen kann. Das ist richtig und alle Rechenspiele könnten von daher auch immer obsolet werden. Ich möchte Ihnen daher heute noch vier weitere Gründe dafür nennen, weshalb wir aus meiner Sicht die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängern sollten.

Zum einen gelten mittlerweile in allen Bundesländern mit Ausnahme von Bremen und Hamburg fünfjährige Legislaturperioden, auch im Stadtstaat Berlin. Es war zum Zweiten "Mehr Demokratie!", eine erfolgreiche Volksinitiative, die eine Verlängerung der Wahlperiode der Bezirksversammlung auf fünf Jahre gefordert und durchgesetzt hat, nicht die Parteien. Herr Dr. Brandt von "Mehr Demokratie!" befürwortet nach meiner Kenntnis auch für die Bürgerschaft eine fünfjährige Wahlperiode. Also das allgemeine Vorurteil, die Parteien würden möglichst selten wählen lassen wollen, vor allem, wenn sie an der Regierung sind, und das Volk wolle möglichst oft wählen, trifft offensichtlich hier nicht zu.

Wenn man sich drittens einmal die wissenschaftliche Diskussion ansieht, dann heißt es dort, man könne dann eine Wahlperiode verlängern, wenn parallel dazu die direkte Demokratie gestärkt werde. Wie wir heute gerade wieder im "Hamburger Abendblatt" lesen konnten, sind wir selbst nach Ansicht von "Mehr Demokratie!" mittlerweile Spitzenreiter in Deutschland. Also spricht auch von dieser Seite nichts gegen eine Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Viertens – und ich glaube, das wird noch ein ganz entscheidendes Thema sein, mit Frau Ernst habe ich viel darüber diskutiert – werden alle Parteien künftig viel Zeit und vor allem auch viel Geld für eigenständige Bezirkswahlkämpfe aufwenden müssen, ohne dass es dazu irgendeine zusätzliche Wahlkampfkostenerstattung geben wird, jedenfalls nach unserem bisherigen Stand. Auch aus diesem Grunde, aus Verantwortung für die Parteifinanzen, aber auch für unsere zeitlichen Ressourcen, wäre es klug, den Abstand zwischen zwei Bürger-

schaftswahlen zu vergrößern, um diese Ressourcen nicht überzustrapazieren – man könnte vielleicht ergänzen, um auch die Geduld der Bürger und die Widerstandsfähigkeit unserer Straßenbäume nicht überzustrapazieren.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen jetzt vier aus meiner Sicht gute Gründe genannt – es gibt noch viele weitere –, warum wir aus meiner Sicht die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängern sollten. Nun weiß ich, dass es in der SPD viele gibt, die das genauso sehen; Johannes Kahrs ist einer von ihnen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Der ist jetzt nicht mehr hier!)

Aber es gibt auch viele in der SPD, die diesem Thema noch kritisch gegenüber stehen. Ich respektiere diese Bedenken durchaus, denn die Vor- und Nachteile einer solch gravierenden Entscheidung sollte man in der Tat sehr sorgfältig abwägen. Wir wollen der SPD gerne die notwendige Zeit geben, das intern zu diskutieren, gemeinsam mit den Kreisverbänden und mit der Landespartei die Vor- und Nachteile zu prüfen und am Ende zu einer Entscheidung zu kommen. Von daher wollen wir unseren Antrag erst einmal an den Verfassungsausschuss überweisen; vielleicht macht man dort auch noch eine Anhörung. Aber ich appelliere heute an die SPD, sich nicht schon vorab festzulegen, denn, liebe Sozialdemokraten, was Ihr Pressesprecher den Medien gegenüber gesagt hat, als er unseren Antrag kommentierte, klang doch ein bisschen zu sehr nach dem klassischen Oppositionsreflex, nach dem man die jeweilige Regierung immer möglichst schnell loswerden möchte. Vielleicht war die Bürgermeisterwahl, die kurz vorher stattgefunden hatte, ein bisschen schuld daran, dass die Oppositionsreflexe hoch kamen. Ich hatte bis dahin nicht gedacht, dass Sie schon jegliche Hoffnung aufgegeben hätten, irgendwann selbst wieder an die Regierung zu kommen. Von daher bitten wir Sie, noch einmal darüber nachzudenken und unserem Antrag dann zu einem späteren Zeitpunkt zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Steinbiß.

Olaf Steinbiß SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Regierungskoalition möchte also gern unsere Verfassung ändern,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Ja!)

dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger künftig nicht mehr nur alle vier Jahre, sondern alle fünf Jahre an die Urne gerufen werden. Offensichtlich teilen Sie die Einschätzung, dass dieses im Hinblick auf die Interessen der Hamburgerinnen

(Olaf Steinbiß)

und Hamburger eine etwas unpopuläre Entscheidung ist, die auf Unverständnis stoßen wird, denn ganz im Gegensatz zu anderen Themen haben Sie bei diesem Vorhaben kaum Lärm im Vorfeld gemacht, wie wir es sonst kennen. Man hat doch sehr den Eindruck, dass hier etwas durch die kalte Küche eingeführt werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Zutreffend ist, dass es in vielen Bundesländern, aber auch im Bundestag den entsprechenden Trend gibt, die Wahlperiode zu verlängern. Aber kann das wissenschaftlich abgesicherte und gern genutzte Argument, das machen alle so, hier wieder einmal als Begründung herhalten? Ich glaube nicht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Sehen Sie mir doch bitte nach, dass ich die Frage nach dem Sinn dieser Verfassungsänderung aufwerfe. Was bedeutet das für Hamburg? Unabhängig davon, dass andere Parlamente strukturell nicht mit der Hamburger Bürgerschaft vergleichbar sind, macht es grundsätzlich Sinn, sich zu überlegen, welche Vor- oder Nachteile eine solche Verlängerung mit sich bringen würde, außer natürlich, dass die Gewählten länger in ihrem Amt bleiben. Tatsache ist, wie Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der Regierungskoalition, hinreichend bekannt sein wird, dass die Akzeptanz einer gewählten Regierung bei der Bevölkerung Jahr für Jahr sinkt. Schon vor diesem Hintergrund ist es kein richtiger Schritt, wenn die Zeit noch um ein Jahr verlängert wird. Ich befürchte, wenn man heute die Hamburgerinnen und Hamburger fragen würde,

(Vizepräsident Wolfhard Ploog übernimmt den Vorsitz.)

würden viele von ihnen sagen, dass die vier Jahre eigentlich schon ausreichen.

(Beifall bei der SPD)

Glaubt man jedenfalls den Umfragen, dann haben Sie es mit Ihren bisherigen schwarz-grünen Glanzleistungen geschafft, dass die Mehrheit in Hamburg sich eine andere Regierung wünscht. Unabhängig davon ist festzuhalten, dass keine Hamburgerin und kein Hamburger diesen Bürgermeister, der jetzt leider nicht da ist, gewählt haben. Trotz der nur vierjährigen Periode müssen wir noch fast zwei Jahre mit einem nicht vom Wähler legitimierten Bürgermeister leben; das ist doch furchtbar.

(Beifall bei der SPD)

Aber keine Sorge, Sie sind nicht die schlechtesten, die Bundesregierung hat es sogar geschafft, innerhalb von zwei Monaten jegliche Akzeptanz zu verspielen. Ich kann natürlich nicht für eine Verlängerung sein, ganz und gar nicht. Gesetzesänderungen brauchen Zeit, aber vier Jahre sind meines Erachtens genug.

(Hjalmar Stemann CDU: Ortwin Runde hat vier Jahre ganz ohne Legitimation regiert!)

Sehr beachtlich ist auch der Wandel in der GAL. Noch in der letzten Legislaturperiode waren Sie Opposition und als solche strikt gegen eine Verlängerung. Nunmehr besteht dort plötzlich der Wunsch nach einer Verlängerung und von der GAL ist zu hören, bei Großprojekten seien vier Jahre häufig nicht ausreichend. Da fragt man sich, welche Großprojekte überhaupt gemeint sein sollen, für die dringend noch ein Jahr mehr benötigt wird. Wenn man sich zum Beispiel ansieht, wie von der Regierungskoalition das Großprojekt Schulreform angepackt wurde, dann wären fünf Jahre auch nicht ausreichend gewesen, um das zu schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Eigentlich ist es gang und gäbe, dass nach einem Regierungswechsel die begonnenen Großprojekte fortgeführt werden. Bekanntlich wurden in Hamburg auch die Großprojekte Moorburg und Elbvertiefung fortgeführt. Lediglich die jetzige Bundesregierung hat es geschafft, das Großprojekt "Ausstieg aus der Atomkraft" nicht fortzuführen, eine sehr unrühmliche Ausnahme. Aber das vermeintliche Argument der Großprojekte verfängt beim genaueren Hinsehen nicht. Eine Verlängerung der Legislaturperiode kann auch nicht mit dem Argument legitimiert werden, wie Sie es taten, verehrter Kollege Heinemann, dass heute Volksentscheide die Einflussnahme der Bürger auch zwischen den Wahlen ermöglichen. Ja, die direkte Demokratie boomt in Hamburg, anhand des Schulentscheids ist dies wieder einmal deutlich geworden. Es gibt also verstärkt den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, bei wichtigen und großen politischen Entscheidungen mit eingebunden zu werden.

(Michael Neumann SPD: Wenn der Senat Mist macht!)

Und dieses Verlangen soll nun zurückgestoßen werden? Ich möchte in diesem Zusammenhang an die schwammigen Andeutungen des Bürgermeisters in seiner sogenannten Regierungserklärung erinnern. Danach ist zu befürchten, dass uns demnächst noch weitere Änderungswünsche im Hinblick auf Volks- und Bürgerentscheide ins Haus stehen. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Bitte bedenken Sie, das verstärkte Nutzen der direkten Demokratie ist auch immer eine deutliche Kritik des Souveräns an denen da oben.

(Beifall bei der SPD)

Volksentscheide sind weder eine bessere Form der Demokratie noch eine Alternative zum allgemeinen Wahlrecht. So lange wir in einer repräsentativen Demokratie leben, sind Wahlen das wichtigste Instrument zur Willensbildung der Bürgerinnen

(Olaf Steinbiß)

und Bürger und das höchste legitime Mittel für die Politik.

Trotz der von Ihnen gerühmten Vorteile, Herr Heinemann, muss man unter dem Strich sagen, dass die Verlängerung der Wahlperiode einen Demokratieverlust für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet.

(Beifall bei der SPD und bei *Kersten Artus* und *Christiane Schneider*, beide *DIE LINKE*)

Eine Entscheidung über die Verlängerung der Wahlperiode kann und darf gegen eine Mehrheit der Bevölkerung nicht beschlossen werden. Das Parlament muss die Bevölkerung bei dieser Entscheidung einbinden und mitnehmen. Wenn dies nicht geschieht, wird es nur zu einer weiteren Politikverdrossenheit kommen. Eine Verlängerung der Wahlperiode bedarf daher einer längeren Diskussion, auch in der Stadt. Eine solche Entscheidung muss von den Menschen mitgetragen werden, die von dieser Reform besonders betroffen sind. Das sind die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, denen ein Verlust von Demokratie droht; dies sollten Sie nicht vergessen. – Danke sehr.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider* *DIE LINKE* – Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es etwas schade, dass wir jetzt sehr viel Polemik gehört haben. Herr Heinemann hat sich doch sehr viel Mühe gegeben, Argumente vorzutragen, die dafür sprechen und die in den anderen 14 Bundesländern bisher auch zum Tragen gekommen sind,

(Beifall bei der GAL und der CDU)

auch mit einer sozialdemokratischen Regierung. Nun wollen Sie eben so auf dieses Angebot reagieren. Weil wir das nicht großartig in der Presse verkündet haben, unterstellen Sie uns gleich wieder niedere Motive. Ich habe es eher so verstanden, dass dieser Antrag ein Gesprächsangebot an die SPD sein sollte, bei dem wir extra keinen Druck im öffentlichen Raum für Sie produzieren wollten. Sie drehen dies wieder um, das finde ich schade.

(*Ingo Egloff SPD:* Sie sind so freundlich zu uns, Herr Müller!)

Möglicherweise sind Sie jedoch momentan gar nicht in der Lage, anders mit so einem Vorschlag umzugehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne zwei Gründe, warum ich persönlich und meine Fraktion uns nach sehr langer Diskussion diesem Vorschlag jetzt positiv zugewendet haben, weil wir uns nämlich in der vergangenen Legisla-

turperiode, als es die Debatte schon einmal in Hamburg gab, dagegen ausgesprochen hatten. Tatsächlich war eines der stärksten Argumente der Ausbau der direkten Demokratie in Hamburg. Das war unter dem Vorgängersénat, als wir in der Opposition waren, nicht der Fall. Dort wurden zwei Volksentscheide gekippt, es wurde auch am Gesetz herumgebastelt, sodass aus unserer Sicht damals die direkte Demokratie erschwert wurde. In einer solchen Situation haben wir Grüne damals gesagt, dass eine Verlängerung der Legislaturperiode nicht gerechtfertigt wäre, weil dann auf beiden Ebenen ein Demokratieverlust stattgefunden hätte.

Nun haben wir gemeinsam in diesem Haus, das erinnern Sie vielleicht noch, liebe Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Verfassung geändert. Wir haben eine politische Verbindlichkeit von Volksentscheiden in der Verfassung verankert. Wir haben uns alle zusammengesetzt, die Bürgerentscheide auf Bezirksebene zu verbessern und werden vermutlich noch in diesem Jahr die Bürgerschaft mit neuen Vorschlägen hierzu zu erreichen versuchen.

Wir haben auch gehört, dass sich Hamburg jetzt wohl an der Spitze der direkten Demokratie befindet. Aus unserer Sicht würde sich ein Jahr Verlängerung daher ableiten, dass man sagen kann, in diesen fünf Jahren haben die Bürgerinnen und Bürger durchaus die Möglichkeit, die Politik der Regierung zu korrigieren. Wir sehen übrigens die direkte Demokratie – das ist vielleicht auch ein kleiner Unterschied zur Sozialdemokratie – nicht als eine Generalkritik an denen da oben, sondern wir haben es immer so empfunden, dass einzelne Projekte durchaus kritisiert werden von den Bürgerinnen und Bürgern. Dies geht aber auch einher mit deren Zufriedenheit mit der Gesamtpolitik des Sénats. Als Beispiel dafür, dass dies einmal so war – daran können Sie sich erinnern, liebe SPD –: 2004 beim Volksentscheid über den Verkauf der Krankenhäuser sagten die Bürger, sie wollten den Verkauf nicht, gleichzeitig hat aber die CDU die absolute Mehrheit erhalten. Hier sieht man, dass die Bürger sehr wohl zwischen denen da oben und einzelnen Projekten unterscheiden können.

(Beifall bei der CDU)

Auch in Bayern hat die CSU sehr lange mit der direkten Demokratie ihre Regierung halten können. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass Ihre Einschätzung, werter Kollege, da nicht ganz greift.

Es gibt aber auch noch einen zweiten Punkt, den wir Grüne nach vorne bringen wollen in diesem Zusammenhang. Sie hatten das eben ein wenig polemisch Großprojekte genannt. Sie haben völlig recht, es gibt durchaus sinkende Wahlbeteiligung in den Ländern und im Bund. Das hat auch etwas damit zu tun, dass die Parteiendemokratie nicht mehr die Akzeptanz hat wie vielleicht vor zehn oder 20 Jahren. Daraus folgernd sagen wir aber im

(Farid Müller)

Gegensatz zu Ihnen nicht, dass wir unser Regierungsselbstverständnis so definieren wollen, dass wir das Gemeinwesen verwalten und nur die Schritte mitgehen an Veränderungen in der Gesellschaft, die auf möglichst wenig Widerstand stoßen. Wir Grüne haben ein dahingehendes politisches Selbstverständnis, dass wir in der repräsentativen Demokratie die Schritte nach vorne gehen wollen, um zukunftssichernd bestimmte Veränderungen auf den Weg zu bringen. Uns ist durchaus bewusst, dass diese Veränderungen am Anfang nicht immer auf einer Zweidrittelmehrheit und möglicherweise noch nicht einmal auf einer gesellschaftlichen Mehrheit fußen.

Nun kann man sagen, wenn dies so ist, dann lässt man lieber die Finger davon und macht nur das, worüber keiner schreit. Das kann man so machen, aber ob dann die Akzeptanz der Parteien wächst, wage ich allerdings zu bezweifeln, denn irgendwann wird der Reformstau auch den letzten Bürgerinnen und Bürgern bewusst werden. Wir werden auch dafür gewählt, mutige Sachen anzupacken, die sich im Nachhinein vielleicht einer breiteren Bevölkerung erst in der Einsicht zeigen. Dazu braucht man manchmal etwas mehr als vier Jahre. Man muss auch einmal sagen können, dass vielleicht nicht 60 oder 80 Prozent anfangs dafür waren, es aber der richtige Weg war und wir innerhalb einer Regierungszeit auch beweisen konnten, dass wir den richtigen Weg gegangen sind. Am Ende steht dann auch ein wenig mehr Akzeptanz für bestimmte politische Reformvorhaben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Mag sein, dass Ihnen das fremd ist, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Wenn wir aber über Glaubwürdigkeit in der Politik sprechen, ist das ein zentraler Punkt in einer schwieriger werdenden Gesellschaft, die von den Interessen her sehr auseinanderdriftet, sodass wir eigentlich mehr Zeit brauchen, um bestimmte Dinge auf den Weg zu bringen.

(Carola Veit SPD: Das hat man bei der Schulreform gesehen!)

Das ist bei Ihnen momentan offenbar noch nicht mehrheitsfähig. Ich finde deswegen den Vorschlag der CDU gut, dies erst einmal an den Verfassungsausschuss zu überweisen.

(Carola Veit SPD: Was soll man denn sonst machen!)

Ich würde mich sehr freuen, wenn wir dort noch weiter im Gespräch bleiben. Ich denke, dass wir über kurz oder lang dieses Thema in diesem Hause lösen werden müssen. Sie haben von Herrn Heinemann die Zahlen gehört, was uns in naher Zukunft hinsichtlich der Wahlkämpfe droht. Wir müssen darauf jetzt verantwortungsvoll reagieren. Ich würde mich freuen, wenn wir dazu im Verfas-

sungsausschuss weitere Gespräche führen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort hat Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Ich bin etwas verschluckt, hoffe aber durchzukommen.

(Zuruf von der LINKEN: Wir auch!)

Wir werden der Verfassungsänderung nicht zustimmen, und zwar aus folgenden Gründen: Das Hauptargument der Regierungsfaktionen für die Verlängerung der Wahlperiode lautet, dass eine fünfjährige Regierungszeit die Handlungsfähigkeit der Bürgerschaft und des Senats erhöhen könne. Das Argument sticht nicht, es ist angesichts der Handlungsunfähigkeit dieses Senats eher peinlich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Glauben Sie wirklich, Sie könnten Ihre Handlungsfähigkeit steigern, wenn Sie fünf Jahre Zeit bekämen statt der bisherigen vier?

(Michael Neumann SPD: Könnten Sie noch mal einen Bürgermeister auswechseln!)

Mir fällt es schwer, mir vorzustellen, dass dieses Elend noch ein Jahr verlängert würde.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Was die Handlungsfähigkeit der Bürgerschaft betrifft, da spreche ich die größte Fraktion an, nämlich die CDU: Glauben Sie wirklich, der CDU als größter Fraktion fiele dann mehr ein, was sie zur Debatte anmelden könnte?

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert würde, vielleicht in der Quantität,

(Hans-Detlef Roock CDU: Was ist denn das für ein merkwürdiger Beitrag!)

aber ich glaube und befürchte, dass die Wahrscheinlichkeit, dass der CDU in den fünf Jahren noch weniger einfällt als in vier Jahren, doch ziemlich groß ist.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Frau Kollegin Schneider, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder eine Zwischenbemerkung?

Christiane Schneider (fortfahrend): – Ich bin froh, so durchzukommen, Herr Müller, wir können uns

(Christiane Schneider)

hinterher austauschen oder vielleicht in der nächsten Runde.

Das Argument, man brauche mehr Zeit für eine kontinuierliche Arbeit für die Umsetzung politischer Ziele, die einen längeren Atem brauchen, ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Was aber vor allem nötig ist – Herr Müller, das sage ich an Ihre Adresse –, und zwar unabhängig von der Länge der Wahlperiode, ist mehr Argumentation, mehr Kommunikation, mehr Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Was Sie jedoch wollen, ist mehr Ruhe vor dem Wahlvolk. Das ist der falsche Weg.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – *Kai Voet van Vormizeele* CDU: Sehen die in Berlin ganz genauso!)

Gegen die Verlängerung der Wahlperiode gibt es in unseren Augen auch prinzipielle Einwände. Ich weiß, dass es in der LINKEN unterschiedliche Positionen gibt, ich gebe den Stand der Willens- und Meinungsbildung in unserer Fraktion wieder. Auch wenn Hamburg neben Bremen das letzte Landesparlament mit einer vierjährigen Wahlperiode ist, entspricht eine kürzere Wahlperiode dem demokratischen Prinzip in unseren Augen mehr als eine längere. Die Verlängerung der Wahlperiode bedeutet eine Einschränkung der Einflussmöglichkeiten der Wählerinnen und Wähler. Wir finden es ungut, dass ein solcher Antrag in Zeiten gestellt wird, in denen wir alle darum kämpfen müssen, dass Politikverdrossenheit und ein generelles Misstrauen in die Politik und in die Demokratie nicht weiter wuchern. Wir sollten alles unterlassen, was das demokratische Prinzip, was die Kontrolle des Parlaments durch die Wählerinnen und Wähler schwächt. Sonst könnte sich die Vertrauenskrise zu einer Legitimationskrise auswachsen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfhard Ploog (unterbrechend): Herr Heinemann, Frau Schneider hat schon zu erkennen gegeben, dass sie bereit ist, Ihnen eine Zwischenfrage zu gestatten. Bitte.

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU: – Danke für diese Gnade.

Frau Schneider, wie erklären Sie sich, dass ausgerechnet "Mehr Demokratie!" dafür gekämpft und erfolgreich eine Volksinitiative durchgesetzt hat, um die Wahlperiode der Bezirksversammlungen von vier auf fünf Jahre zu verlängern, wenn das so schädlich ist für das demokratische Miteinander?

Christiane Schneider (fortfahrend): Ich habe mich mit "Mehr Demokratie!" auseinandergesetzt und stelle gerade fest, dass es in Bremen dieselbe Diskussion gibt. In Bremen zum Beispiel hat sich "Mehr Demokratie!" vollständig positioniert gegen die Verlängerung.

(Zurufe von der LINKEN und der SPD – *Farid Müller* GAL: Das geht nicht in Hamburg! – *Jens Kerstan* GAL: Geht nicht!)

Da zählen für mich Argumente. Wenn ich einmal mit "Mehr Demokratie!" oder mit Herrn Brandt in einem Punkt nicht übereinstimme, finde ich das nicht schlimm, wir tauschen einfach Argumente aus.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Dass die Wahlperiode verlängert werden kann, weil die Volksgesetzgebung gestärkt wurde, vor einer solchen Argumentation, Herr Müller, sollten wir uns hüten. Es geht doch insgesamt um die Stärkung des demokratischen Einflusses der Wählerinnen und Wähler und nicht darum, auf der einen Seite das wegzustreichen, was auf der anderen Seite zugewachsen ist. Wenn Sie der Meinung sind, die Wahlperiode sollte unbedingt verlängert werden, gibt es unseres Erachtens nur einen Weg. Legen Sie einen solchen Antrag dem Wahlvolk zur Abstimmung vor. In eigener Sache zu entscheiden ist immer problematisch und ist eine Art von Selbstermächtigung, an der wir von der LINKEN uns nicht beteiligen wollen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 19/7130 an den Verfassungs- und Bezirksausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Bevor ich nun die Tagesordnungspunkte 9 und 50 aufrufe, gebe ich Ihnen die Wahlergebnisse bekannt. Zunächst das Wahlergebnis der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Inneres. Vorgeschlagen war Herr Dieter Grützmaker.

Bei 105 abgegebenen Stimmzetteln erhielt Herr Grützmaker 82 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 13 Stimmenthaltungen.

Das Wahlergebnis der Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wirtschaft und Arbeit sieht wie folgt aus. Vorgeschlagen ist Herr Manfred Frick.

Abgegebene Stimmzettel 104. Herr Frick erhielt 82 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen.

Das Wahlergebnis der Wahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Härtefallkommission hat folgendes Ergebnis. Vorgeschlagen wurde Herr Sören Schumacher.

92 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Insgesamt wurden 105 Stimmzettel abgegeben.

(Vizepräsident Wolfhard Ploog)

Schließlich das Wahlergebnis der Wahl einer oder eines Abgeordneten der Behörde für Kultur, Sport und Medien. Vorgeschlagen war Frau Dr. Jana Jentzsch.

Abgegebene Stimmen 105. Bei 10 Enthaltungen und 7 Nein-Stimmen ist Frau Dr. Jentzsch mit 88 Stimmen gewählt worden.

Damit sind alle Vorgeschlagenen mit der ausreichenden Anzahl der Stimmen gewählt.

Ich rufe nun die Punkte 9 und 50 der Tagesordnung auf, Große Anfrage der SPD-Fraktion, Drucksache 19/6495: Mietbetrug durch Vermieter bei SGB-II-Leistungsempfängern – was tut der Senat? Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 19/7292: SGB-II-Leistungsempfänger vor Mietbetrug durch Vermieter besser schützen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Mietbetrug durch Vermieter bei SGB-II-Leistungsempfängern – was tut der Senat?
– Drs 19/6495 –]**

**[Antrag der Fraktion der SPD:
SGB-II-Leistungsempfänger vor Mietbetrug
durch Vermieter besser schützen
– Drs 19/7292 –]**

Beide Drucksachen möchte die GAL-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Herr Kienscherf, Sie haben das Wort.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wo ist eigentlich Herr Wersich?)

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Genau heute vor einem Jahr, am 29. September 2009, berichtete das Straßenmagazin "Hinz & Kunzt"

(Ingo Egloff SPD: Wo ist Herr Wersich?)

erstmals über die Machenschaften des Vermieters Kuhlmann. Wir alle konnten dort nachlesen, was man zu diesem Zeitpunkt kaum noch für möglich gehalten hat, dass es in unserer Stadt Menschen gibt, die in Kellerräumen hausen müssen, dass es Menschen gibt, die Gesundheitsgefährdungen in großem Maße ausgesetzt sind, dass es Menschen gibt, mit deren Not Geschäfte gemacht werden, dass es skrupellose Vermieter gibt, die die Not dieser Menschen ausnutzen, die Gesellschaft letztendlich betrügen und damit Millionen Euro einnehmen. Uns als Sozialdemokraten hat das damals sehr schockiert und wir sagten damals und auch heute sehr deutlich: Dieses ist durch nichts zu rechtfertigen, wir als Gesellschaft müssen alles dafür tun, dass es dazu nicht weiter kommt.

(Beifall bei der SPD und bei Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE] – Michael Neumann SPD: Sehr richtig!)

Deswegen war unsere Erwartung, aber auch die der Stadt insgesamt, dass sich von den zuständigen Stellen in Hamburg darum gekümmert wird, die Menschen aus ihrem Elend herauszuholen und man alles tut, um diesen skrupellosen Vermietern das Handwerk zu legen. Heute, ein Jahr nach dieser ersten schockierenden Berichterstattung, müssen wir feststellen, dass es noch immer große Probleme in diesem Bereich gibt,

(Michael Neumann SPD: Nix passiert!)

dass noch immer viele Fragen ungeklärt sind, dass wir noch immer nicht wissen, wie viele Millionen Euro diese Abzockmieter letztendlich von uns, von den Steuerzahlern, zu Unrecht erhalten haben. Aber vor allem, und das finde ich besonders schockierend, müssen wir auch heute noch im Straßenmagazin "Hinz & Kunzt" nachlesen, dass die Probleme, die es damals gab, heute nach wie vor existieren und es noch immer Menschen gibt, die in unerträglichen Zuständen leben müssen – ein Jahr nach der Aufdeckung dieses Skandals. Es ist weiterhin unerträglich, dass nichts passiert ist.

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Schäbig ist das, schäbig! Wo ist Herr Wersich?)

Nun will ich aber nicht sagen, dass das alles nur unerträglich und unglaublich ist, wobei ich die Menschen in dieser Stadt verstehe, die fragen, warum sich eigentlich in den letzten zwölf Monaten der zuständige Fachsenator nicht einmal zu diesem Thema geäußert habe.

(Michael Neumann SPD: Herr Wersich, wo ist der überhaupt?)

Ich verstehe die Menschen, die heute zu Recht erbost darüber sind, dass anlässlich dieser Debatte der zuständige Fachsenator nicht da ist. Noch stärker kann man es nicht ausdrücken, wie ernst man als Senator dieses Thema nimmt oder welche Angst man vor den Fragen des Parlaments oder der Öffentlichkeit hat.

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Zu Recht!)

Trotzdem, das möchte ich besonders in Richtung GAL sagen,

(Michael Neumann SPD: Könnt ihr mal zuhören, Jens?)

haben wir natürlich erleichtert aufgenommen, dass sich die GAL mit diesem Thema ernsthaft im Sozialausschuss befassen will; das ist direkt einmal etwas Positives, das kommt selten vor. Ich muss auch Herrn von Frankenberg loben, dass er diese Diskussion im Fachausschuss ermöglichen will. Wir als Parlament sind in diesem Bereich gefordert, genauso wie beim Thema Heimgesetz oder Einzelförderung. Hier haben wir nicht all das er-

(Dirk Kienscherf)

reicht, was wir als Sozialdemokraten erreichen wollten, aber wir sind sehr selbstbewusst gegenüber der Fachbehörde aufgetreten und haben das eine oder andere erreicht. Wenn wir zusammenstehen, wenn wir alle gemeinsam wollen, dass sich die Zustände ändern, dann ist es der richtige Weg und dafür bedanken wir uns bei Ihnen, dass Sie diesen Weg mit der Überweisung an den Ausschuss ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl möchte ich zu dieser Angelegenheit mit einer gewissen Zurückhaltung ein paar Anmerkungen machen. Man muss an dieser Stelle sehr wohl kritisch anmerken oder nachfragen, wie es eigentlich der Senat oder die Fachbehörde bei diesem wichtigen Thema mit der Wahrheit halten. Ich will nicht irgendetwas behaupten, sondern ich will nur aus den Antworten vortragen, die uns der Senat gegeben hat. Ich sagte, dass Ende September in "Hinz & Kunzt" in einem langen Bericht darüber geschrieben wurde, wie unerträglich die Zustände sind und dass es in Hamburg möglich ist, für ein Kellerloch eine Quadratmetermiete von 25 Euro zu erhalten, wie es sonst nur in Uhlenhorst oder Winterhude möglich ist. Es wurde deutlich darauf hingewiesen, dass der Vermieter Kuhlmann letztendlich dafür die Verantwortung trage. Die SPD-Fraktion hat gefragt, ob dem Senat bekannt sei, dass es Probleme gibt, und der Senat hat am 3. November geantwortet. Auf die Frage, ob dem Senat Probleme derartiger Art, wie in "Hinz & Kunzt" berichtet, mit Kuhlmann und der Grundstücksverwaltung bekannt seien, hat der Senat ganz eindeutig mit Nein geantwortet. Aber es gäbe Hinweise, dass der ARGE oder team.arbeit.hamburg ein Pressebericht vorliege. Das war alles. Wir Sozialdemokraten haben natürlich dem Senat geglaubt beziehungsweise nach ein oder zwei Monaten festgestellt, dass dies nicht wahr sein kann. Nach weiteren Nachfragen räumte der Senat sieben Monate später ein, wiederum auf die Frage, wann ihm das Problem mit dem Vermieter Kuhlmann bekannt gewesen sei, dass ihm die grundsätzliche Problematik im Oktober bekannt gewesen wäre.

(Michael Neumann SPD: Hat er also das Parlament angelogen! So was, das gibt es doch nicht!)

Im November haben Sie noch behauptet, Ihnen sei nichts bekannt, sieben Monate später war es dem Senat bekannt. Auf eine weitere Anfrage hin hat der Senat dann auch noch eingeräumt, es habe sogar rege Kommunikation im Oktober 2009 gegeben.

Meine Damen und Herren! Wenn man dieses Thema ernst nimmt und wenn man wirklich, wie Herr Ahlhaus sagt, zum Wohle der Menschen zusammenarbeiten will,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Nachbarschaft verbindet!)

dann muss man auch den Menschen gegenüber die Wahrheit sagen; das erwarten wir zu Recht.

(Beifall bei der SPD)

Ebenfalls war es keine Erfolgsgeschichte, wie man mit diesen ersten Verdachtsfällen umging. Es gibt ein beeindruckendes Interview vom ZDF mit einer Pressesprecherin, die anscheinend vorgeschickt wurde – die Frau tat einem richtig leid.

(Michael Neumann SPD: Die kriegt Geld dafür!)

Es wurde gefragt, wie damit umgegangen worden wäre. Es wurde daraufhin gesagt, man hätte mit dem Vermieter gesprochen und er hätte gesagt, es tue ihm leid, das sei ein Einzelfall gewesen und sei ein wenig unglücklich gelaufen. Das ZDF fragte dann nach, ob bei dem Vermieter nicht nachgefragt wurde. Es wurde geantwortet, das hätte man getan, aber der Vermieter hätte versichert, dass es keine weiteren Fälle gäbe.

Wenn es um Kindeswohlgefährdung oder ähnliche Dinge geht, spricht der Senator immer vom worst case. Hier ist man anscheinend von dem best case ausgegangen und meinte wohl, bevor man noch näher nachfragen würde, sollte man dem Ganzen lieber glauben. Wenn man hier verantwortungsvolle Politik machen will, dann muss man nachfragen und sich die Wohnungen anschauen. "Hinz & Kunzt" hatte im Oktober 110 Wohnungen benannt; das hätte die Aufgabe der Behörde sein müssen. Auch diese Frage muss geklärt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Behörde hat lange Zeit darauf hingewiesen, dass man nichts machen könne und die Mieter allein verantwortlich dafür seien. Das ist so, es gibt ein Stück Privatautonomie und es ist auch so, dass der Mieter der Vertragspartner des Vermieters ist und das wollten wir auch alle. Aber man muss sich einmal anschauen, worauf die Behörde und die Stadt verwiesen haben: Die Mieter sollten sich an den Mieterverein wenden und dann werde alles gut. Man weiß aber, dass dies ein Großteil der Mieter überhaupt nicht tut, weil sie Angst haben, dann irgendwo anders unterkommen zu müssen und es vergleichbare Wohnungen vielleicht gar nicht gibt. Wenn man sich dann anschaut, was mit den Mietern passiert ist, die sich tatsächlich an den Mieterverein gewandt haben und versucht haben, gegen diesen Vermieter vorzugehen – 50 Prozent von ihnen, in einigen Objekten bis zu 100 Prozent, ist gekündigt worden –, dann zeigt dies doch, dass die Sorge der Mieter berechtigt war und die Stadt mehr Verantwortung auf sich hätte nehmen und den aktiven Part hätte ergreifen müssen.

(Beifall bei der SPD)

(Dirk Kienscherf)

Es ist auch verwunderlich, wenn es letzten Freitag heißt, man hätte sich mit dem einen Vermieter geeinigt und erhielte 110 000 Euro zurück. Was sind hier 110 000 Euro? Für den Vermieter Kuhlmann ist das eine Monatsmiete. Der Vermieter Kuhlmann hat aber auch allen gegenüber erklärt, dass er seit vielen Jahren Wohnungen an ALG-II-Empfänger vermietet. Von daher ist diese Summe doch ein Tropfen auf den heißen Stein. Hier geht es nicht um 110 000 Euro, sondern es geht um Millionen Euro und die Stadt ist gefordert, alles zu tun und sich das Geld zurückzuholen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht natürlich auch um die Frage, warum monatelang nichts getan wurde. Es geht auch um die besondere Rolle von Herrn Kuhlmann als Vermieter und Deputierter. Es ist schon ein besonderes Erlebnis, wenn dann geantwortet wird, dass der Behörde im Oktober diese Tatbestände bekannt gewesen wären, dass man aber keinen Anlass gehabt hätte, um mit dem Kollegen und Deputierten Kuhlmann zu reden. Auf unsere Nachfrage hin, ob dieser Deputierte noch weitergewirkt hätte – zum Beispiel im Bereich Kosten der Unterkunft, aus denen er seine Mieten erhalten hat, wo es um Fachanweisungen und andere Dinge geht –, hat uns die Behörde bestätigt, dass der Vermieter Kuhlmann in diesem Bereich weiterhin tätig gewesen ist und auch weiterhin Informationen von der Behörde abgefragt habe. Da kann man nicht sagen, der Vermieter Kuhlmann habe die Straftat begangen, der Deputierte Kuhlmann jedoch nicht. In solch einem Fall muss man mit etwas mehr Fingerspitzengefühl handeln, ich formuliere das einmal vorsichtig.

(Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: Der hat keine Straftat begangen!)

Und man muss dafür sorgen, dass wegen der schon damals bekannt gewordenen Fälle, bei denen er zugegeben hat, dass etwas falsch gelaufen sei, dieser Mann aus der Deputation herausgenommen wird. Da hilft es auch nicht, auf die Bürgerschaft zu verweisen. Wir ernennen zwar die Deputierten, aber Sie wissen alle, dass die Deputierten zur Verschwiegenheit verpflichtet sind und wir im Einzelnen nicht beurteilen können, was sie entsprechend in der Behörde tun. Auch da hätte sich die SPD-Fraktion von der Behörde eine klare und deutliche Entscheidung gewünscht; das ist leider unterblieben.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least zeigt das Ganze – das ist besonders schockierend –, dass die Stadt heute mit diesen Vermietern, auch mit dem Vermieter Kuhlmann, nach wie vor Geschäfte macht. Nach wie vor ist es so, dass die Stadt für ALG-II-Empfänger Wohnungen von Kuhlmann anmietet. Warum ist das so? Der Mieterverein zu Hamburg, der von der

Behörde selber beauftragt worden ist, sich um diesen Bereich zu kümmern, spricht davon, dass die Stadt erpressbar geworden und dass es kein Wunder sei, wenn Herr Weise von der Arbeitsagentur sagt, er wäre froh gewesen, die Menschen überhaupt irgendwie unterbringen zu können.

Der Wohnungsbau in dieser Stadt ist jahrelang reduziert worden. Die öffentliche Unterbringung wurde um 7000 Plätze reduziert, öffentliche Förderungen und Bindungen sind weggefallen und die Leerstandsquote liegt bei einem Prozent. Das heißt natürlich, dass kaum noch Wohnraum für diese Menschen zur Verfügung steht. Wir als Parlament sind deswegen gefordert, uns nicht mit der Situation abzufinden, sondern zum einen gegen diese kriminellen Machenschaften von Vermietern vorzugehen und zum anderen dafür zu sorgen, neue Rahmenbedingungen festzulegen, die es ermöglichen, dass alle Menschen in Hamburg menschenwürdig wohnen können. Das muss unser Ziel sein im Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen freuen wir uns auf die Diskussion im Ausschuss – noch einmal unser Dank an GAL und CDU – und hoffen, dass wir diese gemeinsam und vielleicht auch mit dem einen oder anderen politisch Verantwortlichen führen können. Das sind wir der Stadt schuldig. Es wurde viel zu lange damit gewartet, dieses Problem wirksam anzupacken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine klare Aussage am Anfang: Wir dulden keinen Mietwucher und keinen Mietbetrug in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es wird von uns nicht geduldet, wenn sich Vermieter auf Kosten von Menschen in Not bereichern wollen – das geht nicht. Jedem Verdacht wird nachgegangen und nichts wird vertuscht, erst recht nicht, wenn ein Mitglied unserer Partei unter Verdacht gerät. Da schauen wir besonders genau hin, das ist doch klar.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der GAL)

Was Ihren Vorwurf betrifft, so ist das eine unseriöse Verquickung, um etwas zu skandalisieren, das so nicht stimmt.

(Michael Neumann SPD: Der Senat hat uns nicht die Wahrheit gesagt!)

Sie können auch nicht für jedes Mitglied Ihrer Partei die Hand ins Feuer legen. Es gehört wohl dazu,

(Egbert von Frankenberg)

dass man auch einmal Leute dabei hat, die sich nicht so benehmen, wie man sich das vorstellt.

(Michael Neumann SPD: Absolut, aber dass der Senat nicht die Wahrheit sagt, das gehört nicht dazu!)

Wir haben einerseits Hamburg als wachsende Stadt mit einer steigenden Anzahl von Einwohnern, mehr Einpersonenhaushalten und mehr Quadratmetern pro Kopf; das ist die Lage auf dem Wohnungsmarkt. Auf der anderen Seite haben wir das Wohnungsbauprogramm des Senats. Es ist in den letzten Jahren viel in die Sanierung von bestehendem Wohnraum investiert worden, auch das ist wichtig, damit der Wohnraum in der Stadt sich nicht verschlechtert. Wir haben im Bestand sehr viel verbessert. Das Problem liegt in meinen Augen darin, dass wir zu wenige kleine Wohneinheiten haben. Deswegen müssen wir darüber nachdenken, wie wir in diesem besonders nachgefragten Segment zusätzlich Wohnraum schaffen. Ich halte es zum Beispiel für eine gute Idee, geeignete Gebäude in Wohnheime für Lehrlinge umzuwandeln. Das würde auch dazu führen, dass sich die Situation in diesem Segment des Marktes entspannen würde.

Insgesamt haben wir 130 000 Haushalte, die Kosten der Unterkunft bezahlt bekommen. Das sind 193 000 Empfänger, für die 517 Millionen Euro werden aufgewendet werden. Diesen Hintergrund muss man sehen. Wir haben insgesamt ein vertrauensvolles Miteinander und sprechen hier über Einzelfälle, das muss man erst einmal klar machen. Es ist nicht zielführend, wenn wir alle Vermieter unter einen Pauschalverdacht stellen, die in einem bestimmten Bereich Wohnungen vermieten. Wir haben ein vertrauensvolles Miteinander und ich lege Wert darauf, das zu betonen. Man muss erst einmal vom Normalfall ausgehen und dann können wir über die Probleme sprechen.

Es gibt in Hamburg eine Fachanweisung zu den Kosten der Unterkunft, insofern sind Höchstwerte festgelegt. Außerdem beabsichtigt die Bundesregierung, den Bundesländern im Rahmen einer Verordnungsermächtigung lokale Regelungen zu ermöglichen. Hamburg ist entschlossen, diese rechtliche Möglichkeit zu nutzen, sodass wir dadurch wirksam überhöhten Mieten in kleinen Wohnungen entgegenwirken können. Das wird im Übrigen auch der Preissteigerung entgegenwirken. Wenn wir das im nächsten Jahr umsetzen, dann haben wir schon einmal ein wirkungsvolles Mittel.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es ist mir wichtig, noch einmal den rechtlichen Rahmen zu betonen. Es gilt die Privatautonomie. Das heißt, der Berechtigte entscheidet selber, was er für eine Wohnung haben möchte. Er entscheidet, wo er wohnen möchte und er kann auch über-

legen, welchen Standard er bevorzugt, ob er also eine etwas größere Wohnung mit einem etwas niedrigerem Standard wählt oder eine kleinere mit höherem Standard. Im Rahmen der Privatautonomie hat der Mieter eine Wahlfreiheit und keine staatliche Zuweisung. Das ist von uns ausdrücklich erwünscht – ich vermute, von Ihnen auch – und das ist auch sinnvoll. Wir wollen dort keine staatliche Bevormundung mit Zuweisungen oder Ähnlichem.

(Beifall bei der CDU und bei Jens Kerstan GAL)

Wenn Mängel auftreten, gibt es ein geordnetes Verfahren. Verdachtsfällen wird konsequent nachgegangen und es gibt gegebenenfalls Nachmessungen. Im Übrigen gibt es auch eine enge Zusammenarbeit mit den Mietervereinen. Es kommt zu Mietminderungen und zivilrechtlichen Verfahren, wobei in meinen Augen auch ein Vergleich Sinn machen kann, weil man dann relativ schnell zu einem Ergebnis kommt. Wenn wirklich Anhaltspunkte für einen Betrug vorliegen – wir haben über diesen Fall gesprochen –, kann es auch zu einem strafrechtlichen Verfahren kommen.

Der Senat hat die Vorkommnisse genutzt, Aufklärung zu betreiben und die Betroffenen zu informieren. Die Kooperationen mit dem Mieterverein zu Hamburg von 1890 und mit MIETER HELFEN MIETERN wurden intensiviert. Wenn ein Mieter Mängel feststellt, können die Kosten für das Verfahren durch die Mietervereine übernommen werden. Ich will insofern ausdrücklich dem Vorwurf entgegentreten, es sei ein Jahr vergangen und nicht gehandelt worden. So ist es nicht gewesen. In einem geordneten Verfahren ist allen Verdachtsfällen nachgegangen worden und sie sind auch abgearbeitet worden; das will ich ausdrücklich festhalten.

Zum Fall Kuhlmann. Auch in diesem Fall ist den Vorwürfen selbstverständlich nachgegangen worden. Zu dem freischwebenden Vorwurf, bei einem Parteimitglied werde nicht so genau hingeschaut, Stichwort Filz, ist natürlich genau das Gegenteil der Fall – man schaut besonders genau hin. Herr Kuhlmann ist kein Deputierter mehr, er hat das Mandat zurückgegeben. Es ist ein Strafverfahren eingeleitet worden und wir überwachen sehr genau, was dort weiter passiert. Auch in diesem Fall wurden die Mieter, von denen man angenommen hat, dass sie betroffen sind, angeschrieben, es gab Hausbesuche und Nachmessungen und dann ist Anzeige erstattet worden. Anschließend gab es die allgemeine Informationskampagne. Sie können also wirklich nicht den Vorwurf erheben, hier sei ein Jahr lang nicht gehandelt worden; das ist schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

(Egbert von Frankenberg)

Die Behörde, team.arbeit.hamburg und die betroffenen Bezirksämter, in denen auch der eine oder andere Sozialdemokrat ein Wörtchen mitzureden hat, haben richtig und angemessen gehandelt. Insofern sind die erhobenen Vorwürfe wirklich völlig haltlos. Im Übrigen hat es mit Herrn Kuhlmann nach einer genauen Überprüfung eine Übereinkunft gegeben. 110 000 Euro werden zurückbezahlt und Mängel werden beseitigt. Noch eines ist wichtig. Es wurde vorwurfsvoll gefragt, wie denn mit diesem Mann noch Geschäfte gemacht werden könnten. Dabei geht es um die Mieter, die in einer von ihm gemieteten Wohnung leben. Wollen Sie, dass die alle auf der Straße sitzen? Das geht doch gar nicht.

(Dirk Kienscherf SPD und Michael Neumann SPD: Neue, zusätzliche, Herr von Frankenberg!)

Insofern machen Ihre Vorwürfe keinen Sinn.

Ich sage ganz klar: Wir schauen genau hin, was passiert. Was das weitere Verfahren angeht, so haben wir einen Antrag und eine Große Anfrage von Ihnen vorliegen. Den Antrag finde ich nicht wirklich zielführend und die Große Anfrage ist ausreichend beantwortet. Ich will aber deutlich sagen, dass wir auf volle Transparenz setzen, damit nicht der Vorwurf im Raum stehen bleibt, es werde etwas vertuscht. Dieses Thema ist wichtig und wir sollten uns darüber austauschen, keine Frage. Deswegen sind wir für eine Überweisung. Wir haben keine Angst, diese Diskussion zu führen. Ich habe dargestellt, dass vernünftig gehandelt worden ist. Abschließend möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen: Hamburg duldet keinen Mietwucher und keinen Betrug. Verdachtsfällen wird sofort und unverzüglich nachgegangen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es darf keinen Mietwucher auf Kosten sozial Schwacher geben;

(Michael Neumann SPD: Überhaupt gar nicht!)

es muss alles getan werden, um dies zu verhindern. Ich denke, dass sieht niemand in diesem Hause anders.

Herr von Frankenberg hat deutlich gemacht, welche Dimension die Kosten der Unterkunft für eine Stadt wie Hamburg haben: 130 000 Haushalte werden von der Stadt finanziert, dafür werden 517 Millionen Euro aufgewendet. Das ist ein erheblicher Batzen im Hamburger Haushalt und diese Kosten steigen immer weiter an. Das ist auch eine

strukturelle Frage, wir haben eine Situation, in der kleine Wohnungen Mangelware sind.

Die Rahmenbedingungen sind bekannt: eine wachsende Zahl von Haushalten, Zuzug nach Hamburg und stagnierende Einkommen in den unteren Lohnsegmenten. Das Ergebnis ist ein erheblicher Nachfrageüberhang nach günstigen Wohnungen. Das führt dazu, dass die Anbieter die Preise und zunehmend auch die Konditionen bestimmen. Vor allem bei den Nachfragegruppen, die die schwächste Position haben, nutzen das einige schamlos aus und dem muss man einen Riegel vorschieben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

In Hamburg gab es zu dieser speziellen Problemlage im Oktober 2009 erste Berichte. Damals vertrat man bei t.a.h. und den Behörden offensichtlich die Auffassung, dass es sich im Wesentlichen um Einzelfälle handele und nicht um eine systematische "Abzocke". Im Februar 2010 war man da schon deutlich weiter. t.a.h. und BSG sind gemeinsam zu der Einschätzung gekommen, dass dies ein größeres Problem sei, und haben wichtige, entschlossene und tiefgreifende Gegenmaßnahmen eingeleitet, nämlich eine großangelegte Überprüfungsaktion durch die t.a.h., die bis Mai 2010 107 Verdachtsfälle auf Mietwucher und Mietbetrug ergeben hat. Gegen drei Vermieter wurde Strafanzeige erstattet. Es wurden drei Zivilklagen eingereicht. Herr Kuhlmann, der schon früh in der Kritik stand, hat im Februar sein Mandat niedergelegt und Anfang März wurde Strafanzeige gegen ihn eingereicht. Auch die Bezirke sind tätig geworden und haben Mieter befragt, Bauakten verglichen und Kontrollmessungen durchgeführt und so über 20 Fälle aufgeklärt. Losgegangen ist dies mit ein wenig zeitlicher Verzögerung, um die Anzahl der Fälle und die Strukturen wirklich aufdecken und klar benennen zu können, welche Vermieter beteiligt sind. Das ist der Status, an dem wir heute angelangt sind. Herr Kuhlmann hat eine Sicherungsleistung von zunächst 110 000 Euro zugesagt. Wenn die Überprüfung ergibt, dass höhere Rückzahlungsforderungen an ihn zu richten sind, dann sind – so verstehe ich das – diese 110 000 Euro möglicherweise auch nicht auskömmlich.

Entscheidend ist, was jetzt weiter geschieht und wie künftig seitens t.a.h. und BSG mit Vermietern umgegangen wird, die Wohnungen an ALG-II-Empfänger vermieten, denn die angespannte Situation in diesem Marktsegment wird sich, egal, was man tut, kurzfristig sicherlich nicht auflösen lassen. Die BSG hat bekanntgegeben, dass von Vermietern die Einhaltung eines Verhaltenskodexes erwartet wird, nach dem Vermieter, bei denen Anzeichen darauf hindeuten, dass sie mietrechtliche, strafrechtliche oder KdU-Regularien verletzen, sich bereiterklären, vollständige Trans-

(Claudius Lieven)

parenz über die Größe der vermieteten Flächen herbeizuführen und die in Rede stehenden Flächen von der Behörde und einem durch den Vermieter beauftragten Architekten nachmessen zu lassen. Gemäß dem Kodex verpflichten sich Vermieter, die Bezirksämter und t.a.h. bei dieser Zustandsprüfung nach Kräften zu unterstützen und die Miete anzupassen, wenn die vom Mieterverein festgestellte Wohnfläche um mehr als 10 Prozent von der im Mietvertrag angegebenen Fläche abweicht, und die überzahlten Beträge sofort und vollständig zurückzuzahlen. Unabhängig von diesem Verhaltenskodex laufen bereits eingeleitete Strafverfahren weiter.

Damit leistet der Senat, was Sie in Punkt 1 Ihres Antrags fordern:

"...ein verbessertes Verfahren zum Schutz und zur Unterstützung von SGB-II-Leistungsempfängern bei Verdacht auf Mietbetrug".

Das ist aber nicht alles. Wenn sich Vermieter auf diesen Kodex verpflichten und es klare Regelungen gibt, wie mit festgestellten Abweichungen umzugehen ist, ist das nur der erste Schritt. Wichtig ist, dass es bereits seit 2003 eine Vereinbarung mit den Mietervereinen gibt, nach der jeder ALG-II-Bezieher den Mitgliedsbeitrag erstattet bekommt, wenn er Hinweise glaubhaft machen kann, dass es eine Mietpreisüberhöhung oder Mängel an seiner Wohnung gibt. Darüber ist aufgeklärt worden. Im Frühjahr sind 10 000 Plakate und Flyer in den Job-Centern und Sozialämtern aufgehängt beziehungsweise verteilt worden, um die Betroffenen darüber zu informieren, dass sie das Recht haben, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Herr Kienscherf, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass Vermieter zum Teil mit Kündigungen reagieren, wenn Mieter Mietminderung geltend machen. Da ist natürlich das privatwirtschaftliche Vertragsverhältnis zu sehen, in dem Mieter und Vermieter stehen. Es ist eine unmögliche Reaktion, wenn Vermieter, denen Mängel an der Mietsache oder überhöhte Mieten nachgewiesen werden, ihre Mieter vor die Tür setzen, anstatt einzuschwenken und zu fairen Bedingungen zurückzukehren. Aber das kann vonseiten der Stadt zunächst nicht anders abgefangen werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt wird sein, zu einer besseren Vor-Ort-Kontrolle, einer Art aufsuchenden Überprüfung zu kommen. Im vergangenen Jahr hat das bereits stattgefunden. Der Betreuungsdienst der ARGE ist in Marsch gesetzt worden und hat Wohnungen kontrolliert, aber seine Kapazitäten sind begrenzt. Wenn man das in Zukunft ernsthaft und konsequent weiterführen und eine wirksame Kontrolldichte erreichen will, wird man zusätzlich etwas tun müssen. Die BSG erwägt offensichtlich, dies mit eigenen Kräften zu unterstützen. Das ist ein wichtiger Schritt. Hier sollte aber

auch die Wohnungspflege in den Bezirken eingebunden werden, schließlich ist dies zu einem guten Teil ihre Aufgabe. Wir sollten uns diesen Aspekt im Ausschuss noch einmal genau anschauen und erörtern, damit aus diesen drei Elementen – Vereinbarung mit den Vermietern, Unterstützungsangebot für Mieter und nachlaufende Kontrolle – ein wirksames Konzept wird. Damit kann man zuversichtlich sein, in Zukunft eine bessere Situation und eine Eindämmung zu erreichen. Dass sich die Probleme durch öffentliches Handeln komplett werden lösen lassen, erwarte ich nicht, und auch Sie werden realistischerweise nicht erwarten, dass nun alle Vermieter automatisch auf dem Pfad der Tugend wandeln. Wir müssen die Situation sehr genau im Auge behalten, weil sie strukturell so ist, wie ich es eingangs genannt habe.

Noch ein Wort zu der Causa Kuhlmann. Ganz sicher sind das äußerst unappetitliche und wahrscheinlich auch strafrechtlich belangbare Geschäftspraktiken und es war notwendig und völlig richtig, dass Herr Kuhlmann sein Deputationsmandat niedergelegt hat. Ich habe aber bisher keine Hinweise oder Anhaltspunkte für irgendeine Form der Protektion oder der langen Leine erkennen können, die wirklich dingfest oder belegbar gewesen wären. Deswegen geben diese Anwürfe nicht viel her.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es kommt jetzt darauf an, konsequent und effektiv zu handeln. Das ist das Interesse von CDU und GAL und ich denke, dass es auch Ihr Interesse ist. Wir werden uns im Sozialausschuss damit befassen. Dort schauen wir dann noch einmal auf Ihren Antrag, welche Dinge noch zu vereinbaren sind, die uns weiter voranbringen. Aber ich denke, die BSG ist bereits in Marsch und das ist auch gut und wichtig. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Joithe.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vorab will ich auf das eingehen, was Herr von Frankenberg gesagt hat, dass nämlich Mieter – in diesem Fall erwerbsfähige Hilfebedürftige – eine Wahlfreiheit hätten. Wie kommen Sie denn darauf? Haben Sie sich einmal mit der Praxis auseinandergesetzt? Wenn Sie innerhalb der Mietobergrenze umziehen wollen, dann wird Ihnen die ARGE das schon bei einer anderen Altersbauklasse nicht genehmigen. Das ist die Wahlfreiheit, die Sie verkünden. Und was die Mietervereine anbelangt, die sowohl Herr von Frankenberg als auch Herr Lieven angeführt haben, so sagte erst vor Kurzem ein Vertreter des Mietervereins zu Hamburg in einem Interview mit der "Hamburger Morgenpost", die Mitarbeiter der

(Wolfgang Joithe-von Krosigk)

ARGE wüssten nicht, dass ihre – in Anführungszeichen – Kunden das Recht haben, sich von Mietervereinen beraten zu lassen und die ARGE ihre Beitragskosten trägt. Das ist den zuständigen Mitarbeitern nicht einmal bekannt; soviel dazu.

Meine Fraktion DIE LINKE unterstützt den Antrag der SPD und wird einer Überweisung an den Sozialausschuss zustimmen. Allerdings geben wir zu bedenken – Herr Lieven hat den sogenannten Betreuungsdienst angeführt, wer immer da betreut werden soll –, dass diesem Außendienst, wie wir ihn nennen, von team.arbeit.hamburg keine weiteren Eintrittsbefugnisse wegen der Unverletzlichkeit der Wohnung eröffnet werden. Ortsbesichtigungen sind, auch wenn es im Fernsehen anders dargestellt wird, nur mit der Zustimmung des Mieters möglich. Auch für einen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen gilt nach wie vor die Unverletzlichkeit der Wohnung. Wir wissen allerdings aus Erfahrung, dass die ARGE sich häufig rechtswidrig verhält und Einlass begehrt, obwohl die Sachlage auch schriftlich zu klären wäre. Um beispielsweise festzustellen, ob es sich um eine Einstands- oder eine Bedarfsgemeinschaft handelt, muss man keine Wohnungsbesichtigung machen; man kann schriftlich Auskunft einfordern, wie die Parteien zueinander stehen. Eine Bettkuhle ist kein Beweismittel, zumindest keines, das vor Gericht Bestand hätte. Die verfassungsgemäße Garantie der Unverletzlichkeit der Wohnung bedeutet, dass diese nicht gegen den erklärten Willen des Wohnungsinhabers betreten werden kann; basta.

Mit Aufforderungen zur Mietkostensenkung ist die ARGE schon bei geringen Überschreitungen schnell bei der Hand, handelt es sich doch um Steuergelder, wie die Sachbearbeiter nicht müde werden, in jedem zweiten Satz ihrer Schreiben zu erklären. Wie verhält es sich da im Falle Kuhlmann? Gibt ein erwerbsfähiger Hilfebedürftiger geringfügige Einnahmen, zum Beispiel ein Geburtstagsgeschenk, nicht an, bezichtigt man ihn des Sozialbetrugs. Wie steht es da mit dem – nur aus juristischen Gründen vorgeblichen – Sozialbetrüger Kuhlmann, der als Deputierter der CDU unter Ausnutzung der Situation seiner Mieter für das Wohl seines Portemonnaies sorgen konnte? Hat die CDU eigentlich schon ein Parteiausschlussverfahren beantragt? Das entspräche wohl kaum einer Vorverurteilung, denn so weit reicht der Sachstand allemal aus, dass man sich mit diesem Herrn eigentlich nicht schmücken kann.

(Wolfgang Beuß CDU: Das lassen Sie mal unsere Sorge sein!)

Oder lässt man es damit bewenden, dass der Herr, wie ich einer Äußerung von Herrn Heinemann in der Presse entnehmen konnte, keine weiteren Ämter beantragen werde?

(Jörn Frommann CDU: Wie ist es denn mit Ihrem Parteivorsitzenden, fährt der immer noch Porsche?)

team.arbeit.hamburg wirft dem Abzocker und Miethai Kuhlmann weiterhin Steuergelder hinterher, das kritisiert auch der Mieterverein zu Hamburg. Dazu erklärt der Pressesprecher der ARGE, Herr Weise – Zitat –:

"Da die Obdachlosenheime überquellen, sind wir leider erpressbar."

Das sagt der Pressesprecher der ARGE so einfach dahin: Wir sind erpressbar, und deshalb schmeißen wir dem noch weiter die Steuergelder hinterher. Eindeutiger kann man eine verfehlte Wohnungspolitik und die Unterstützung von vorgeblichen Kriminellen kaum eingestehen. Auf der einen Seite Wuchermieten zahlen, auf der anderen Seite auf Teufel komm raus bei den Ärmsten der Armen einsparen. Man muss eben, wie Herr Kuhlmann, das richtige Parteibuch in der Tasche haben.

(Egbert von Frankenberg CDU: Das ist ja unverschäm!)

Es wird Zeit, dass dem Treiben dieser Miethaie ein Ende gesetzt wird und ebenso der Verfolgungsbetreuung der Hilfebedürftigen. Im Übrigen sind wir der Meinung, dass Hartz IV abgeschafft werden muss. – Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wolfhard Ploog: Das Wort bekommt Herr Senator Wersich.

Senator Dietrich Wersich: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Vermieter die Notlage von Menschen zur überbezahlten Vermietung kleiner und kleiner Wohnungen ausnutzen, dann ist das kein Kavaliersdelikt. Dieser Eigennutz verletzt einen der wichtigsten Grundsätze unseres Landes, nämlich Eigentum verpflichtet, und ist ein Angriff auf das Gemeinwohl unserer Stadt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Dieses Verhalten akzeptiert der schwarz-grüne Senat nicht und wir gehen mit allen Mitteln dagegen vor. In diesem Zusammenhang weise ich auch den Vorwurf der Untätigkeit gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entschieden zurück,

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Michael Neumann SPD: Der geht nur gegen Sie!)

denn die mühsame Kleinarbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von team.arbeit.hamburg, Sozialbehörde, Bezirksämtern und Mietervereinen geleistet haben, hat den Durchbruch im Fall Kuhlmann überhaupt erst ermöglicht.

(Senator Dietrich Wersich)

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Es ging dabei nicht nur um die Dinge, die Herr von Frankenberg und Herr Lieven aufgezählt haben. Ein sehr zentraler Punkt klang in dem Beitrag von Herrn Joithe an. Es ging darum, das Vertrauen der Mieter zu gewinnen, damit diese sich offenbaren, die Vermessung ihrer Wohnung zulassen und so eine Beweissicherung ermöglichen, ohne die eine Strafanzeige wegen Betrug und Wucher keinen Erfolg haben kann.

(*Michael Neumann SPD*: Und deswegen haben Sie ein Jahr lang im Parlament nicht die Wahrheit gesagt?)

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist dies gelungen. Damit haben sie die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Kuhlmann alle Forderungen der Sozialbehörde zu Transparenz, Rückzahlung überhöhter Mieten und Mieterschutz vorbehaltlos akzeptiert hat.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich will Ihnen den Katalog noch einmal im Einzelnen vorstellen, Herr Kienschurf, weil Sie ihn so verkürzt dargestellt haben.

(*Frank Schira CDU*: Macht der immer so!)

Der Vermieter hat sich verpflichtet, vollständige Transparenz hinsichtlich Größe und Zustand der Wohnungen zuzulassen; er hat die Pläne bereits an unsere Behörde übersandt. Er hat zugestimmt, dass alle Mietobjekte nach amtlichen Regeln gemeinsam von der BSG und einem von ihm beauftragten Architektenbüro vermessen werden und dass die Ergebnisse dieser Vermessung für verbindlich erklärt werden. Wurden falsche Größenangaben gemacht und weichen diese um mehr als 10 Prozent von der tatsächlichen Wohnfläche ab, werden neue, ortsübliche Mieten festgelegt, die sich am Hamburger Mietenspiegel und den ortsüblichen Vergleichsmieten orientieren. Alle Mietverträge werden hinsichtlich der tatsächlichen Mietfläche sowie der geminderten Mieten angepasst, damit auch in Zukunft niedrigere Mieten gelten. Der Vermieter hat sich verpflichtet, sofort und vollständig

(*Michael Neumann SPD*: Der wird bestimmt Vermieter des Jahres!)

alle überzahlten Beträge an team.arbeit.hamburg und die Bezirksämter zurückzahlen und darauf bereits eine Abschlagszahlung von 110 000 Euro überwiesen.

(*Thomas Böwer SPD*: Nobel!)

Damit kann der Vermieter die Strafanzeige wegen Betrug und Wucher nicht abwenden, aber wir haben erreicht, dass ein jahrelanges zivilrechtliches Verfahren, ausgetragen auf dem Rücken der Mieterinnen und Mieter, vermieden werden konnte.

Das war mir das Wichtige, dass die Mieter keine Angst um ihre Wohnung haben müssen.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Ich fordere alle verdächtigen Hamburger Vermieter auf, in gleicher Weise Transparenz zu schaffen und sich zur Rückzahlung überhöhter Mieten und Mieterschutz zu verpflichten.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD – *Michael Neumann SPD*: Allgemeine Heiterkeit! – Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Gleichzeitig sage ich aber auch: Wir warnen alle, wir werden nicht locker lassen, Betrug und Mietwucher werden von uns nicht hingegenommen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Das alles reicht uns aber nicht, denn es geht nicht nur um Betrug und Wucher, sondern wir haben unterhalb dieser strafrechtlich relevanten Schwelle in Hamburg die Situation, dass viele, insbesondere sehr kleine Wohnungen, teuer oder überteuert vermietet werden. Auch da wollen wir ran. Da geht es nicht nur darum, mehr Wohnungen zu bauen, sondern auch die Auswirkungen der bundesgesetzlichen Regelung zur KdU, der Sozialmiete, anzugehen, denn derzeit orientiert sich die Angemessenheit der Miete an einem Höchstwert.

Es ist richtig, dass der Mieter im Prinzip frei ist, im Rahmen dieser Höchstwerte eine große Wohnung mit kleinerem Quadratmeterpreis anzumieten oder eine sehr kleine Wohnung mit höherem Quadratmeterpreis. Diese Regelung, diese quasi staatlich garantierte Sozialmiete, wird von einigen Vermietern ausgenutzt, indem sie auch sehr kleine Wohnungen zu genau diesen Höchstwerten vermieten. In der Folge haben wir dann die überhöhten Quadratmeterpreise. Darunter leiden weniger die Sozialmieter, weil dort der Staat die vollen Kosten übernimmt, sondern alle Menschen mit wenig Einkommen, die auf kleine günstige Wohnungen angewiesen sind, die sie aus ihrem eigenen Einkommen finanzieren müssen. Das dürfen und können wir deshalb nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Phänomen, dass die staatlich garantierte Sozialmiete zur Preissteigerung von kleinen Wohnungen beiträgt, gibt es übrigens nicht nur in Hamburg, sondern auch in anderen Großstädten wie beispielsweise Berlin, wo die Wohnungssituation nicht so dramatisch ist wie bei uns. Wir haben bisher keine rechtliche Handhabe, dagegen in Hamburg vorzugehen, im Gegenteil. Regionale Höchstmietpreise sind derzeit nicht zulässig, das Bundessozialgericht hat dieses untersagt und grundsätzlich für unzulässig erklärt. Damit wollen wir uns nicht abfinden und deswegen begrüßen wir die Ankündigung der Bundesregierung, dass sie die Ver-

(Senator Dietrich Wersich)

ordnungsermächtigung in den Sozialgesetzbüchern schaffen will, damit wir regional die KdU regeln können. Diese neue Rechtsgrundlage können wir in Hamburg dann nutzen, um mit einer hamburgweiten Rechtsverordnung lokale Quadratmeterhöchstpreise festzulegen. Sobald wir diese Chance in 2011 haben, werden wir sie nutzen und dann auf der Basis dieser neuen Höchstwerte jeden einzelnen Mietvertrag ansehen, um gegen überhöhte Mieten vorzugehen.

(Michael Neumann SPD: Sie persönlich!)

Durch die Absenkung dieser überhöhten Mieten, insbesondere für kleine Wohnungen, können wir einerseits Einsparungen von mehreren Millionen Euro erzielen, aber wir würden gleichzeitig, das halte ich für genauso wichtig, dem preissteigernden Effekt der staatlich garantierten Sozialmiete für die anderen Menschen mit kleinem Einkommen entgegenwirken.

(Uwe Grund SPD: Es müssen genügend Wohnungen her, die bezahlbar sind, Herr Senator!)

Die SPD erkennt die Situation, denn diese Neuregelung ist noch nicht in trockenen Tüchern. Sie bedarf auch der Zustimmung des Bundesrates. Dort sitzen acht Sozialministerinnen und -minister der SPD und der Links-Partei und deswegen meine Aufforderung an Sie: Üben Sie Ihren Einfluss auf Ihre Minister aus zum Wohle unserer Stadt, damit diese Neuregelung kommt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der vorliegende Antrag der SPD wäre gegenüber dem von uns ergriffenen Maßnahmenkatalog ein Rückschritt für die Menschen, die auf faire Mieten angewiesen sind.

Meine Damen und Herren! Die Menschen in Hamburg können sich darauf verlassen, dass ein CDU-Sozialsenator nicht akzeptiert, wenn Eigennutz vor Gemeinwohl geht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Und die schwarz-grüne Koalition wird alles unternehmen, um Mietwucher, Betrug und überhöhte Mieten in der Stadt zu bekämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Meine Damen und Herren! Bevor ich Frau Badde das Wort erteile, möchte ich Sie um ein wenig mehr Ruhe bitten. – Frau Badde.

Elke Badde SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich wollte ich nur kurz Ausführungen machen zu der Regelung, wie wir sie vorschlagen, und welche Möglichkeiten sie enthält. Aber nach dieser Blut-und-Tränen-Rede des Senators

(Michael Neumann SPD: Schweiß! Schweiß!)

muss man doch noch einige Worte dazu verlieren, ob der Senat wirklich so schnell und unnachgiebig gehandelt hat. Wenn wir den Ablauf eines Jahres sehen und just am 24. September, das war letzten Freitag, kommt eine ellenlange Pressemitteilung zu Herrn Kuhlmann heraus, mit welchen Mitteln ihm jetzt zuleibe gerückt würde, dann ist es schon sehr seltsam, dass dies so zielgenau auf diesen Antrag hin erfolgt ist. Und dass ein Jahr vorher alles nicht ausgereicht hat, um an Herrn Kuhlmann heranzutreten, ganz zu schweigen von der nicht genutzten Möglichkeit, an die Mieter selbst heranzutreten, ist völlig unvorstellbar.

(Beifall bei der SPD)

Völlig unabhängig von dem Einzelfall besteht eine Diskrepanz zwischen dem, was eigentlich getan werden müsste und was hier bekannt wird und dem, was tatsächlich passiert. Diese Versäumnisse bestehen nicht nur gegenüber diesem einen CDU-Großvermieter, sondern es gibt erhebliche Versäumnisse im Verfahren der Mietüberprüfung insgesamt. Dem wollen wir hier mit dem Antrag begegnen und das aus zweierlei Gründen. Wir können nicht dulden, dass sich die Schwächsten unserer Gesellschaft nach wie vor nicht an die betreffenden Stellen wenden können. Teilweise geschieht dies auch aus eigenem Unvermögen beziehungsweise weil ihnen keine Beschwerdestellen zur Verfügung gestellt werden und sie unlauteren Vermietern wehrlos ausgesetzt sind. Das müsste auch mit Ihrem christlichen Selbstverständnis, wer te Kolleginnen und Kollegen der CDU, nicht vereinbar sein. Wir können es uns auch finanziell überhaupt nicht erlauben, unkontrollierte Mietzahlungen im Bereich des SGB II zu erbringen, von denen wir vermuten, dass etliche davon überhöht sind, immer schon an der Grenze zum Mietwucher und nicht an der Grenze der Anpassung der Miete, wie Sie es eben dargestellt haben.

Hier möchte ich den Unterschied deutlich machen zu dem, was wir vorschlagen, dass wir nämlich als Hamburger sehr wohl die Möglichkeit haben im Rahmen der Fachanweisung zu Paragraph 22 SGB II, das ist die Regelung zu den Kosten der Unterkunft. Wir haben durchaus auf Landesebene die Möglichkeit, Regelungen einzuziehen, wie mit Gesetzesverstößen umgegangen wird. Ein Gesetzesverstoß ist die Überschreitung der Mietwuchergrenze, aber auch die falsche Angabe von Quadratmetern. Dafür brauchen wir keine Bundesverordnung, die jetzt ohnehin gerade in weite Ferne geschoben wird.

Es gehört auch zu den Einsparblasen dieses Senats, dass er sich auf eine Verordnung stützt, die überhaupt noch nicht in Kraft tritt, aber bei der schon die Einsparungen für 2011 und 2012 fröhlich angesetzt werden. Das ist für mich völlig unbegreif-

(Elke Badde)

lich. Deshalb meine ich, dass wir in Hamburg überhaupt nicht auf die Bundesregelung angewiesen sind, sondern dies sehr wohl auf Landesebene im Rahmen der Fachanweisung diskutieren können. Ich bin sehr froh, dass wir diese Möglichkeit im Ausschuss erhalten. Wir als SPD wollen überhaupt keine bürokratische Aufblähung und standardmäßige Überprüfung eines jeden Mietverhältnisses, das haben wir in unserem Antrag auch deutlich gemacht. Aber bei einer Anlassüberprüfung muss völlig klar sein, wie von den Mitarbeitern zu verfahren ist. Deshalb brauchen wir die Regelungen, wir brauchen aber auch Ansprechpartner in den Behörden und deshalb muss eine Beschwerdestelle im SGB II vorgesehen werden. Eine "Erklärungsstelle" sollte schon eingerichtet werden. Absurderweise gibt es jetzt Erklärungsmenschen, die den SGB-II-Empfängern in den Jobcentern erklären, wie sie ihren Bescheid zu verstehen haben. Bei dieser Gelegenheit können sie auch durchaus geeignet sein, Beschwerden entgegenzunehmen. Dies läuft dann nicht auf so einem high level, gleich eine Kündigung der Wohnung riskieren zu müssen, sondern dann gibt es wirklich Ansprechpartner und die Menschen können bei den Mitarbeitern, mit denen sie in den Jobcentern ohnehin zu tun haben, auch ihre Beschwerden loswerden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben noch zwei weitere Vorschläge gemacht, um eine präventive Beratung stattfinden zu lassen. Es wurde auch von der GAL, der LINKEN und der CDU aufgenommen, dass wir im Ausschuss im Einzelnen beraten wollen, wie man präventiv tätig werden kann. Ich brauche also keine weiteren Erläuterungen zu diesen Punkten zu geben. Die Notwendigkeit, dass man präventive Möglichkeiten braucht, zeigt allein schon, wie wenig die Mieterberatung in Anspruch genommen wird.

Ich würde zwar gern für die Annahme des Antrags plädieren, aber ich bedanke mich immerhin für die Überweisung des Antrags an den Ausschuss und hoffe, dass wir dort gemeinsam Lösungen finden. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Joithe, Sie haben das Wort.

Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will die Gelegenheit nutzen, zumal heute Sozial- und Wirtschaftssenator anwesend sind, auf den Hamburger Mietenspiegel hinzuweisen, den Herr Wersich erwähnt hat. DIE LINKE hat eine Anfrage gestellt und der Senat hat erklärt, dass er den Hamburger Mietenspiegel 2009 bis zum Ende des dritten Quartals 2010 entsprechend verwenden will, um die Mietobergrenzen anzupassen. Ich darf daran erinnern, dass heute der 29. September ist. Ich bin

gespannt, was wir von Ihnen hören. Auf die Fensterrede oder Parteitage von Herrn Wersich will ich nicht näher eingehen,

(Zurufe von der CDU – *Michael Neumann SPD:* Auf Parteitage der CDU wird nicht geredet!)

aber auf eines schon, nämlich die Angst um die Wohnungen. Die wird nämlich nicht in erster Linie bei den Mietwucherern sein, sondern bei den Mietern, wenn die Möglichkeiten der Stadt, auf die Kosten der Unterkunft Einfluss zu nehmen, ab dem 1. Januar 2011 steigen werden. Wir wollen dann einmal sehen, inwieweit die Mieter Angst um ihre Wohnungen haben müssen, wenn sie weitere Mietkostensenkungsaufforderungen stellen. Das werden wir sehr genau beobachten.

Frau Badde, was Sie über die Bescheiderklärer sagten, ist richtig. Man muss sich einmal anschauen, was das eigentlich bedeutet. In diesem Land war es eigentlich sehr lange Zeit üblich, dass man, wenn man einen Bescheid vom Amt bekam, den entweder selbst verstanden hat oder zum Nachbarn gehen konnte. Jetzt gibt es auf den Ämtern Bescheiderklärer, weil die nicht mehr in der Lage ist, Bescheide so zu gestalten, dass der Bürger sie nachvollziehen kann. Wenn das nicht eine Bankrotterklärung ist – besonders auch aufseiten der ARGE, dass sie nicht einmal nach fünf Jahren in der Lage ist, vernünftige Bescheide zu erstellen –, dann weiß ich nicht, was eigentlich eine Bankrotterklärung ist. Das Amt dann selbst als Beschwerdestelle nutzen zu können, wage ich sehr zu bezweifeln bei dem Qualifizierungsstand, den die ARGE-Mitarbeiter haben, insbesondere auch unter dem Druck der geringen Personalressourcen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Lieven, Sie haben das Wort.

Claudius Lieven GAL: Meine Damen und Herren! Ich will noch einmal kurz auf das Thema Satzungsermächtigung in Paragraph 22 SGB II eingehen, nämlich das Thema, wie wir vielleicht zu Quadratmeterhöchstmieten kommen. Frau Badde, ich muss Ihnen widersprechen. Es ist durchaus nicht so, dass dies irgendwann einmal passiert, sondern es wird zur Stunde auch im Bundestag debattiert. Dann wird man sich bald weiter damit im Bundesrat und anderswo auseinandersetzen müssen. Es kann durchaus einen positiven Effekt haben, erst einmal eine Quadratmeterhöchstmiete einzuführen und tatsächlich an bestimmten Stellen das Limit zu setzen, das uns gegenwärtig fehlt. In dem Gesetzesentwurf, im Referentenentwurf steht leider auch, dass die Länder die Kommunen und kreisfreien Städte ermächtigen können, Pauschalen einzuführen, und zwar ganz generell für das Ge-

(Claudius Lieven)

biet ihrer Kommune oder der kreisfreien Stadt. Das ist äußerst schwierig. Ich gehe nicht davon aus, dass man in Hamburg daran denkt, so einen Weg zu gehen. Es gibt in Hamburg einen anerkannten und gut funktionierenden Mietenspiegel und ich kann mir nichts anderes vorstellen, als dass er auch weiterhin die Referenzgröße sein wird, wenn man hier über die KdU spricht.

Wenn nun im Zuge der Ausfüllung der Verordnungsermächtigung die KdU-Richtlinie überarbeitet wird, dann muss man natürlich noch einmal auf den Mietenspiegel 2009 schauen, denn auch das Bundesgesetz, so wie es vorliegt, verlangt eine regelmäßige Anpassung. Das ist dort normiert, es ist alles noch nicht beschlossen, aber der Gedanke macht durchaus Sinn.

Das sind positive Ausfüllungsmöglichkeiten, die Hamburg hat, aber der Gesetzesentwurf im Bereich KdU hat noch einige weitere Haken. Wie schon gesagt, sind 517 Millionen Euro für den Hamburger Haushalt ein großer Batzen. Das ist das Geld, das der Bund und das Land hereingeben. Der Bund hat seine Beteiligung limitiert auf 24,6 Prozent, auf 3,4 Milliarden Euro. Das ist äußerst negativ, weil die Landeskosten steigen und das auch wahrscheinlich in Zukunft, wenn man nicht jetzt noch andere Eingriffsmöglichkeiten aktiviert. Das ist ein Problem.

Es ist auch ein Problem, dass das Kinderwohngeld gestrichen werden soll und dass der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld gestrichen werden soll. Wir haben in Hamburg Möglichkeiten, die eingesetzt werden können, um bestimmte Dinge zu limitieren und Geld zu sparen, das ist richtig. Aber wenn auf der anderen Seite vom Bund Dinge beschlossen werden, die wiederum die KdU belasten, dann weiß ich nicht, wo wir dann am Ende landen werden. Man muss sich also sehr genau anschauen, wie man diese Verordnungsermächtigung ausfüllen kann und was getan werden muss, damit dies für die Länder tatsächlich hinterher ein Gewinn ist. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Kienscherf, Sie haben das Wort.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem der Senat nun hier hereingekommen ist, muss man noch das eine oder andere sagen. Herr Senator, Herr Kuhlmann ist schon fast zum Musterknaben eines kriminellen Vermieters geworden, so haben Sie ihn jedenfalls hier dargestellt,

(Michael Neumann SPD: Resozialisierung!)

der nun alles tut, um die Fälle aufzuklären. Ich finde es immer toll und bewundere Sie, wie Sie dies nach außen vertreten, PR-mäßig relativ geschult.

Ich finde nur erstaunlich, dass die ARGE im März schon angekündigt hat, alle 270 noch infrage kommenden Wohnungen zu vermessen und dies in den nächsten Wochen stattfinden zu lassen. Monate später verhandeln Sie immer noch mit Herrn Kuhlmann darüber, dass diese Vermessung stattfindet. Da kann doch von Erfolg keine Rede sein, Herr Senator.

(Beifall bei der SPD und bei Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE])

Eine Frage besteht noch, die ich vorhin schwerpunktmäßig nicht angesprochen habe, aber Herr von Frankenberg hat es zu einem Schwerpunkt gemacht, er hat von Filz gesprochen, und Sie haben den Deputierten Kuhlmann auch noch einmal angesprochen, aber eine Frage haben Sie bis heute nicht beantwortet. Im Oktober sind Sie von Ihren Mitarbeitern persönlich darüber informiert worden, dass der Deputierte Kuhlmann im Verdacht steht,

(Michael Neumann SPD: Herr Senator, nicht quatschen, zuhören!)

Mietbetrug zu begehen. Und im Oktober haben sich die Mitarbeiter an Sie gewandt und gesagt, Herr Kuhlmann ist nach wie vor dabei, uns hinsichtlich der Fachanweisung auszufragen und ist weiterhin hinsichtlich der Kosten der Unterkunft tätig. Die Mitarbeiter fragten Sie, was sie tun sollten, und Sie haben geantwortet, dass alles weiterhin so geschehen solle. Dabei wissen Sie, dass laut Geschäftsordnung der Deputation, Paragraph 12, Deputierte in eigener Angelegenheit nicht mitwirken dürfen. Dort, wo sie berufliches, privates oder wirtschaftliches Interesse haben, müssen sie ausgeschlossen werden. Sie haben aber nichts getan, um diesem Grundsatz gerecht zu werden. Sie haben Herrn Kuhlmann weiterhin wirken lassen. Die Antwort, warum Sie das taten, sind Sie hier schuldig geblieben, Herr Senator.

(Beifall bei der SPD und bei Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE])

Dass es überhaupt dazu kam, dass etwas passierte, liegt nicht an Ihnen, an der Behörde oder an der ARGE, es liegt allein daran, dass "Der Spiegel" im Februar 2010 die Story erneut aufgegriffen hat, dass die "Hamburger Morgenpost" und die "Bild"-Zeitung darüber berichtet haben. Wenn das nicht geschehen wäre, dann würden wir hier immer noch Jahr für Jahr Millionen Euro an Herrn Kuhlmann und Co. bezahlen und der Senator würde das weiterhin decken; das ist die bittere Realität.

(Beifall bei der SPD und bei Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE])

Wenn Sie am Freitag darauf hingewiesen haben, dass Sie nun hofften, dass der Bund endlich eingreife, dann wissen Sie doch ganz genau, dass es nach Paragraph 22 SGB zwar eine Höchstgrenze

(Dirk Kienscherf)

gibt, aber dass das Bundessozialgericht gesagt hat, dass sie angemessen sein müsse.

(Wolfgang Beuß CDU: Nun schrei doch nicht so!)

Sie wissen ebenso genau – dass sagte Ihnen auch der Mieterverein –, dass wir in dieser Stadt gegen Wuchermieten vorgehen können, dass die Stadt es aber nicht macht und dies gedeckt wird. Das wurde auch von Ihnen gedeckt, Herr Senator, das ist die bittere Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und bei Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE])

Lassen Sie diese PR-Aktionen, machen Sie Ihre eigenen Hausaufgaben und beantworten Sie endlich die Frage, warum Sie fünf Monate lang zugehört haben, wie der Vermieter Kuhlmann in Ihrer Behörde weiterhin aktiv war. Warum haben Sie das nicht verhindert? Diese Fragen müssen Sie endlich beantworten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Dora Heyenn [DIE LINKE] und Wolfgang Joithe-von Krosigk [DIE LINKE])

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Meine Damen und Herren! Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 19/6495 und 19/7292 an den Sozialausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dies einstimmig angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf, Drucksache 19/7233, Unterrichtung durch den Präsidenten: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Juni 2009 und Antworten des Senats zur Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg, Datenstand 15. August 2010.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Bürgerschaftliches Ersuchen vom 10. Juni 2009

Umsetzung der Konjunkturprogramme in Hamburg – Drs. 19/3177 –

und Antworten des Senats

– Drs. 19/4171, 19/4896, 19/5588, 19/6450 –

– Unterrichtungen durch den Präsidenten –

Datenstand 15. August 2010

– Drs 19/7233 –]

Wird das Wort gewünscht? – Frau Ahrons, bitte.

Barbara Ahrons CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und meine Herren! Der Senat berichtet uns in der vorliegenden Drucksache über den aktuellen Umsetzungsstand der Hamburger Konjunkturoffensive 2009/2010. Ich begrüße diesen auch von unserer eigenen Fraktion beantragten, halbjährlich

erscheinenden Bericht sehr, da er uns transparent und übersichtlich über die Maßnahmen und Investitionen im Rahmen der Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes in unserer Stadt informiert. Hamburg hat sich angesichts der Ende 2008 aufziehenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise dazu entschlossen, neben dem Bundesprogramm mit einem eigenen Konjunkturprogramm gegen den Abschwung anzugehen. Es wurden Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt entwickelt, zum Beispiel Qualifizierungsmöglichkeiten für Menschen, denen eine krisenbedingte Entlassung droht. Und es wurden Investitionen in unsere Infrastruktur in Höhe von 250 Millionen Euro vorgezogen, zum Beispiel für Investitionen in Krankenhäuser, Verkehrswege, Schulen, Sportanlagen, innovative Forschungsanlagen und vieles mehr. Zudem wurden Bürgerschafts- und Fondsprogramme aufgestockt, um Unternehmen bei Liquiditätsengpässen zu helfen.

Natürlich ist das sehr viel Geld, das hier zur Stabilisierung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in die Hand genommen wurde, Geld, so mag der eine denken, dass jetzt angesichts der Haushaltslage wieder eingespart werden muss. Der andere mag sich fragen, ob man deshalb nicht besser auf ein eigenes Programm hätte verzichten können. Nein, meine Damen und Herren, alle diese Maßnahmen unterstützten und unterstützen unsere Wirtschaft in der Krise und helfen dabei, Arbeitslosigkeit so gut wie möglich zu vermeiden. Es trägt dazu bei, dass die Menschen in unserer Stadt in ihren Jobs bleiben können beziehungsweise so schnell wie möglich in neue Jobs gebracht werden. Hätten wir dies nicht gemacht, dann würden uns die Folgekosten über die Jahre deutlich höher und teurer kommen.

Wenn wir uns vor Augen halten, vor welchen großen Problemen wir vor weniger als zwei Jahren standen und wenn wir jetzt die aktuellen, vergleichsweise erfreulichen Zahlen zum Wirtschaftswachstum und zum Arbeitsmarkt sehen, dann kann ich nur sagen, dass sich die Programme sich sehr positiv entwickeln, sich gelohnt haben und erfolgreich sind. Wir haben das Richtige getan.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Wir spüren in Hamburg eine deutliche konjunkturelle Erholung. Wir haben wieder wirtschaftliches Wachstum und eine sehr robuste Arbeitsmarktsituation. Hierzu nur ein paar Fakten: In der Krise war Hamburg neben Berlin das einzige Bundesland, das keinen Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen hatte. Die Zahl der Kurzarbeiter in der Hansestadt betrug auf dem Höhepunkt der Krise 16 000, mittlerweile ist sie auf 6000 gesunken. Aktuell liegt der Anstieg der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr bei 1,1 Prozent. Auch in der Zeitarbeitsbranche waren und sind die Schwankungen weniger stark ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass die

(Barbara Ahrons)

Hamburger Konjunkturoffensive sowie das Konjunkturprogramm II des Bundes zur Abfederung der Krise beigetragen haben. In Hamburg funktionierte es deshalb auch so gut, weil wir diese Programme in Absprache und Zusammenarbeit mit den Wirtschaftskammern herausgegeben haben.

Noch etwas ist eingetreten, was mir sehr am Herzen liegt. Die überwiegende Anzahl der Aufträge, die im Rahmen der Programme an Unternehmen vergeben werden, verbleibt in unserer Region. So ergab eine Anfrage der Handwerkskammer Hamburg, dass zum Beispiel Bauaufträge mit einem Auftragsvolumen von jeweils über 150 000 Euro zu rund 70 Prozent von Hamburger Unternehmen im Stadtgebiet abgewickelt werden können. Aber eines muss man auch wissen: In vorderster Linie haben zur Stabilisierung der konjunkturellen Lage vor allem die Unternehmen und ihre Mitarbeiter selbst beigetragen, indem die Firmen versucht haben, ihre Stammbeschaften zu halten, auch mithilfe der Möglichkeiten von Kurzarbeit, und die Betriebe ihre Investitionen zum Beispiel in Forschung und Entwicklung kaum zurückgefahren haben. Und die Arbeitnehmer haben dazu beigetragen, indem sie zu großer Flexibilität bereit gewesen sind und sich dazu noch fort- und weitergebildet haben. Jetzt, wo die Konjunktur wieder anzieht, wird sich dieses vorausschauende Verhalten mit Sicherheit auszahlen. In einer Krise muss man an einem Strang ziehen. Die Menschen in unserer Stadt haben gezeigt, dass sie das in Krisenzeiten können, und wir haben gezeigt, dass wir sie dabei nicht allein lassen, sondern tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Schwinke, Sie haben das Wort.

Karl Schwinke SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ahrons, bekanntlich hat der Erfolg viele Väter und auch Mütter.

(Martina Gregersen GAL: Stimmt!)

Was die CDU hier als Erfolgsstory verkauft, geht nicht zuletzt auch auf das umsichtige und entschiedene Handeln der damaligen SPD-Bundesminister zurück. Arbeitsminister Olaf Scholz hat mit der Verlängerung des Kurzarbeitergeldes einen entscheidenden Beitrag zur Verhinderung von Massenentlassungen geliefert. Finanzminister Peer Steinbrück hat die wichtigen Investitionsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Heute geht es mit den wirtschaftlichen Daten bergauf und wir können vorsichtig optimistisch davon ausgehen, dass die Krise weitgehend überstanden ist. Wenn dem so ist, dann hat das Kurzarbeitergeld zwei wichtige Auswirkungen: Die Arbeitnehmer konnten ihren Arbeitsplatz behalten und die Arbeitgeber können jetzt mit ihren bewährten Mitarbeitern durchstarten und müssen keine neuen Kräfte anlernen. Den-

noch hat diese Wirtschaftskrise Spuren hinterlassen und die Folgekosten werden wir noch lange spüren. Es muss deshalb weiterhin alles unternommen werden, um die Finanzmärkte zu regulieren.

Mit der Drucksache 19/7233 liegt uns ein weiterer 300 Seiten starker Bericht über die Umsetzung des Konjunkturprogramms vor. Es können hier nicht alle Einzelmaßnahmen besprochen werden. Dort, wo es Beratungsbedarf gibt, muss die Diskussion in den Fachausschüssen weiterhin stattfinden. Insgesamt kann jedoch festgestellt werden, dass es zu umfangreichen Umschichtungen gekommen ist, für die es sicher gute Gründe gibt, die wir aber noch hinterfragen werden.

Ich möchte dazu heute nur zwei Beispiele herausgreifen, die mir beim Umgang mit den Mitteln aus dem Konjunkturprogramm durchaus beachtenswert scheinen. Das historische Seezeichen der Insel Neuwerk, die sogenannte Ostbake, wurde 2007 durch einen Sturm zerstört. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit hat sich mit Erfolg dafür eingesetzt, dass der Neubau der Bake in das Bundeskonjunkturprogramm aufgenommen wurde. Kosten sollte das neue Bauwerk, das im Maßstab 1 : 2, also um die Hälfte verkleinert, erstellt werden sollte, 110 000 Euro. Dass am Ende eine 1 : 1-Lösung gewählt wurde, die nun 270 000 Euro gekostet hat, wirft die Frage auf, wer hier entschieden hat, wie mit den Steuergeldern umgegangen wird.

(Ingo Egloff SPD: Das hat die Konjunktur unwahrscheinlich gefördert!)

Dass die Regierungsparteien versuchen, auch aus dem Konjunkturprogramm politisches Kapital zu schlagen, ist ihr gutes Recht. Es ist aber nicht ihr Geld, sondern das Geld der Bürgerinnen und Bürger, die ihre Steuern zahlen.

Im März 2010 hat Herr Schira selbstbewusst angekündigt, dass die CDU ein Licht-Programm starte. Über 20 000 Grundschüler bekamen "dynamisches Licht". Böse Zungen könnten vermuten, dass es sich dabei um eine Maßnahme der CDU gehandelt hat, die ihre Schulpolitik in einem besseren Licht erscheinen lassen sollte. Schlimmer ist jedoch, dass es sich hierbei ganz offensichtlich um einen reinen PR-Gag handelte,

(Frank Schira CDU: Die wollten nicht!)

für den Herr Schira auch noch den Präsidenten der Handwerkskammer, einen ärztlichen Direktor des UKE sowie Schüler- und Elternvertreter einspannte. Wie dem hier vorliegenden Bericht zu entnehmen ist, wurden die versprochenen 4 Millionen Euro, die aus dem Konjunkturprogramm stammen und nicht aus der Parteischatulle der CDU, gar nicht ausgegeben. Statt der flächendeckenden Einführung des Licht-Programms hat man sich auf einen Modellversuch beschränkt und 1,3 Millionen Euro eingespart, die dann wiederum

(Karl Schwinke)

genutzt wurden, um das Defizit beim Bau der Aula der Jugendmusikschule zu decken.

Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über den Erfolg des Konjunkturprogramms,

(Glocke)

das dringend notwendig war, um Schlimmeres zu verhindern.

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Herr Schwinke, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Heinemann?

Karl Schwinke (fortfahrend): Nein, Sie können gleich noch einen eigenen Beitrag dazu abliefern. Ich bin auch gleich fertig.

Besser wäre es noch gewesen, diese Koalition hätte besser gehaushaltet und hätte dies nicht kreditfinanziert auf den Weg gebracht. Wir nehmen also heute von dieser Drucksache Kenntnis.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Kerstan, Sie haben das Wort.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es steht heute ein Thema zur Beratung, bei dem wir alle in diesem Parlament auf etwas zurückblicken können, das wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben und das wir Politiker, entgegen der Stimmung im Lande, einfach einmal gut gemacht haben. Gemeinsam mit dem Bund haben die Länder das geschafft, was die Politiker in den Zwanziger- und Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts nicht geschafft haben. Angesichts einer Weltwirtschaftskrise haben wir die richtigen Maßnahmen ergriffen und einen Absturz nicht nur der Wirtschaft, sondern auch des gesellschaftlichen Gemeinwesens verhindert. Wir haben damit verhindert, dass Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen Menschen in ihrer Existenz bedroht wurden und dass aus einer Weltwirtschaftskrise auch eine gesellschaftliche Krise wurde. Ich glaube, da können wir uns durchaus auch einmal selbst auf die Schulter klopfen und sagen, gut, dass wir durch das Zusammenwirken von Bundesregierung und Landesregierungen, nicht nur in Hamburg, das Schlimmste verhindern konnten. Diese Gemeinsamkeit kann man heute doch einfach einmal feststellen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Und was haben wir uns damals gestritten. Ich weiß noch, dass Herr Bischoff damals gesagt hat, das Hamburger Konjunkturprogramm sei doch gar kein richtiges Konjunkturprogramm; da würden nur ohnehin geplante Maßnahmen vorgezogen und man müsse doch eigentlich viel mehr Geld in die Hand nehmen.

(Wolfgang Rose SPD: Recht hat er!)

– Ich weiß nicht, Herr Rose. Wenn man sich ansieht, wie im Moment die Konjunktur läuft, muss man doch einfach sagen, viel mehr hätten wir gar nicht in die Hand nehmen müssen,

(Ingo Egloff SPD: Das hat zu dem Zeitpunkt nur keiner gewusst!)

denn dann hätten wir noch mehr Kredite aufnehmen oder Geld ausgeben müssen, was wir nicht haben. Insofern war es auch eine richtige Entscheidung, Investitionen vorzuziehen und nicht noch weiter in die Verschuldung zu gehen. Schließlich müssen zukünftige Generationen auch noch leben können, sie erben von uns schon genügend Belastungen. Vor dem Hintergrund der Situation, in der wir uns jetzt befinden, war auch das eine vernünftige Entscheidung.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Damals in der Krise war natürlich schon allein die Ankündigung eines solchen Programms wichtig. Da bin ich ganz bei Keynes – ich weiß, dass Keynes von Gewerkschaftern auch gern gelesen wird –,

(Ingo Egloff SPD: Bei uns auch!)

der unter anderem gesagt hat, die Hälfte der Wirtschaftspolitik sei Psychologie. In der Tat war in der Krise, als die Verunsicherung so groß war, schon allein das Bekenntnis der Hamburger Politiker, zusätzliche Mittel des Bundes in Anspruch zu nehmen, aber auch eigene Mittel aufzuwenden, genauso viel wert wie die eine oder andere Maßnahme, die man dann später auch getroffen hat.

(Wolfgang Rose SPD: Aber Ankündigungen allein reichen auch nicht!)

Es war eine kluge Politik, auch das einzubeziehen. Jetzt sehen wir, dass die Konjunktur anspringt, obwohl manche Maßnahmen, die wir uns vorgenommen hatten, noch gar nicht ins Laufen gekommen sind und manche auch länger dauern, als wir uns das gewünscht haben.

(Wolfgang Rose SPD: Trotz dieses Senats!)

Aber auch das war eine vernünftige Politik, vieles mit Augenmaß bereitzustellen.

Angesichts einer Unterfinanzierung der Investitionen war es dringend notwendig, dass wir auch Mittel des Bundes in Anspruch genommen haben. Auch wenn das in Hamburg vielfach die öffentliche Meinung zu sein scheint, hat diese Stadt in den letzten Jahrzehnten nicht zuviel investiert.

(Wolfgang Rose SPD: Viel zu wenig!)

Sie hat nicht zu viel Geld in die Schulen investiert, es gibt in Hamburg nicht zu viele Schulen, sondern zu wenige. Darum waren diese Bundesmittel nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Jens Kerstan)

(Wolfgang Rose SPD: Richtig!)

Und an der einen oder anderen Stelle ist eine notwendige Investition, die in den vergangenen Jahren eigentlich hätte getätigt werden müssen, für die aber kein Geld da war, endlich angestoßen worden, um einer Unterfinanzierung der öffentlichen Infrastruktur wenigstens ansatzweise entgegenzuwirken; auch damit haben wir gemeinsam etwas Gutes bewirkt.

(Wolfgang Rose SPD: Viel zu wenig!)

– Da gebe ich Ihnen durchaus Recht, Herr Rose, viel zu wenig, aber immerhin.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich das Ganze jetzt ansieht, muss man sagen, wir haben unseren Job gemacht, wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass die Wirtschaft nicht auch noch die Gesellschaft mit in den Abgrund gerissen hat. Natürlich gibt es in Zukunft noch viel zu tun und wir werden uns mit Sicherheit in den nächsten Jahren auch noch mit der Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors auseinandersetzen müssen, nicht nur in Hamburg, sondern auch im Bund. Ich hoffe, dass wir gemeinsam in der schwarz-grünen Koalition auch in den nächsten Monaten den einen oder anderen Beitrag dazu leisten können, in Zukunft in diesem Bereich die Lasten und notwendigen Investitionen gerechter zu finanzieren, als das bisher gelungen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Wolfgang Rose SPD: Nicht in den nächsten Jahren, jetzt schon!)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will zu Beginn sehr deutlich sagen, dass es richtig war, dass so etwas gemacht wurde. Wir haben damals, Herr Kerstan hat es erwähnt, darüber gestritten, ob man das nicht anders hätte dimensionieren und ausrichten müssen. Nehmen Sie mir bitte ab, dass ich diese Position aufrechterhalte, dass man das besser hätte anlegen können. Aber Hamburg hat in der Hinsicht sicherlich vorbildlich gewirkt und Sie haben sich jetzt auch mehrfach auf die Schulter geklopft.

(Jens Kerstan GAL: Uns allen!)

Trotzdem, Frau Ahrons und Herr Kerstan, ist es jetzt nicht Nörgelei, denn Sie sind ein bisschen vorschnell, indem Sie immer in der Vergangenheit reden. Das müssen Sie mir zubilligen, dass ich Ihnen da noch nicht beipflichte. Hamburg ist zwar im Vergleich zum Bundesdurchschnitt besser durch die Krise gekommen, die Schrumpfung betrug nur 3,5 Prozent. Wir sind auch mit dabei gewesen, als dieser Schrumpfungsprozess aufgeholt wurde.

Aber wir müssen heute zur Kenntnis nehmen, dass wir im Vergleich zu den 3 Prozent – im Verlauf dieses Jahres vielleicht sogar noch ein bisschen mehr – inzwischen nachhinken. Das heißt, wir haben nicht in diesem Umfang partizipiert. Dafür gibt es vielerlei Gründe, aber ich will daraus jetzt nur den Schluss ziehen – und darin sind wir uns wahrscheinlich einig –, dass Hamburg Strukturpolitik nach wie vor bitter nötig hat. Es ist nicht so, dass wir uns auf dem jetzigen Niveau ausruhen könnten.

Zweitens, Herr Kerstan, müssen wir uns doch das Ganze im Nachhinein noch einmal ansehen und uns fragen, ob wir nicht etwas hätten besser machen können.

(Jens Kerstan GAL: Das stimmt!)

Auch in der Hinsicht bin ich etwas zurückhaltend mit dem Schulterklopfen. Und wenn ich mir die zwei Programme, das Landesprogramm und das mit dem Bund, ansehe – Herr Schwinke, das beunruhigt mich eigentlich noch mehr als die Ostbake oder Herrn Schiras Lichterfest –, dann sind von dem Landesprogramm laut Bericht per 15. August 102 Millionen Euro ausgegeben worden und es sind bis zum Jahresende noch 190 Millionen Euro offen. Ich weiß, dass alles beplant ist, aber ich stelle mir schon die Frage, ob wir uns nicht genauer ansehen müssen, warum es so lange gedauert hat, bis das wirksam wurde.

Ich will dazu gar keine Vermutungen äußern. Mir geht es darum, dass das Gegensteuern eine so wichtige Sache ist und wir uns daher mit diesen langen Reaktionszeiten befassen müssen. Im Übrigen sieht das beim Bundesprogramm ähnlich aus, auch da sind bislang nur knapp 100 Millionen Euro abgefließen und bis zum Jahresende stehen noch weitere 240 Millionen zur Verfügung. Da bin ich allerdings ganz gelassen, denn die Programme laufen in den Jahren 2012 und 2013 weiter und bieten eine bestimmte Sicherheit; sie eröffnen die Chance für Hamburg, einiges weiterzuführen.

Herr Münster hat eben in seinem Zwischenruf schon darauf hingewiesen, dass man sich natürlich jetzt den Hafen ansehen und sagen kann, da sind wir mit einem blauen Auge davongekommen. Aber die Probleme sind nicht gelöst. Was den Ausbau der Infrastruktur im Hafen angeht, der Infrastruktur im Cluster Gesundheitswirtschaft oder der Logistik, so sind eine ganze Reihe von Aufgaben offen. Das eine ist die Unterfinanzierung des öffentlichen Sektors. Das macht aber nur dann Sinn – Sie wissen, dass ich gegenüber der Kreativwirtschaft immer einen gewissen Vorbehalt habe –, wenn wir auch die strukturellen Stärken der Hamburger Wirtschaft weiterentwickeln, und da gibt es reichlich Aufgaben. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD – Wolfgang Rose SPD: Damit hat

(Dr. Joachim Bischoff)

die GAL ein Problem! – *Jens Kerstan GAL:*
Nein, nein!)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Senator Karan, Sie haben das Wort.

Senator Ian Karan:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie Sie wissen, ist dies meine allererste Rede in der Bürgerschaft und ich bin gerührt und geehrt. Ich habe hier eine Rede, die vielleicht etwa eine Stunde dauern wird.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL – Heiterkeit im ganzen Hause)

Aber wenn ich auf die Uhr sehe, wollen Sie wohl nicht, dass ich so lange rede. Ich werde mich kurz fassen, wenn Sie mir versprechen, dass Sie auf den Plätzen bleiben und es keine Zwischenrufe gibt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Hamburg ist mitten in einer konjunkturellen Erholung. Herr Bischoff hat das gerade bestätigt, ich danke ihm. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Halbjahr um 2,3 Prozent. Die Beschäftigung übertrifft aktuell die im Vorjahr um 1 Prozent; die Arbeitslosenzahl liegt um 7 Prozent niedriger. Niemand hätte im letzten Jahr eine solche Entwicklung erwartet. Ohne das weltweite beherrzte Einschreiten aller Verantwortlichen, inklusive der CDU-SPD-Regierung in Berlin, würden wir heute die Folgen einer tiefen Rezession spüren.

Hamburg hat die Wirtschaftskrise besser als andere Regionen überwunden. Das Bruttosozialprodukt ging im Jahr 2009 um 3 Prozent zurück, im Bund sogar um 4,7 Prozent. Berlin und Hamburg waren die einzigen Bundesländer, die keinen Beschäftigungsrückgang hatten. In vielen Branchen ist das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Die Zahl der Kurzarbeiter, die mit 16 000 Mitte des letzten Jahres ihren Höhepunkt hatte, ist auf rund 6000 gesunken. Da gibt es immer noch Handlungsbedarf, dessen bin ich mir bewusst.

Hamburg war eines der ersten Bundesländer, das mit breiter Unterstützung in der Stadt zusätzlich zum Konjunkturprogramm des Bundes eine eigene Initiative entwickelte und in Kraft setzte. Wir investieren mit beiden Programmen in die Zukunftsfähigkeit der Stadt, in die Bildungsinfrastruktur, in die Forschungsinfrastruktur, in die Energieeffizienz, in die medizinische Versorgung, in die nachhaltige Stadtentwicklung und in die Verkehrsinfrastruktur.

Insgesamt werden 67 Hamburger Maßnahmen rein aus dem Hamburger Haushalt finanziert und haben ein Gesamtvolumen von 598 Millionen Euro. Von den 486,8 Millionen Euro, die ausgabewirksam sind, sind mit dem Stichtag 15. August 2010 insgesamt 149 Millionen Euro an Aufträgen erteilt und

davon 102 Millionen Euro ausgegeben worden. Neun Maßnahmen sind bereits abgeschlossen.

Das Konjunkturprogramm II des Bundes mit einem Gesamtvolumen von 309,2 Millionen Euro umfasst zurzeit 61 Vorhaben mit 158 Einzelmaßnahmen. Mit 304,7 Millionen Euro ist das Ausgabevolumen fast vollständig beplant.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Mit dem Stichtag 15. August 2010 sind 111 Millionen Euro an Aufträgen erteilt und 98 Millionen Euro ausgegeben worden. Fünf Maßnahmen sind bereits abgeschlossen.

Nach Berechnung der Prognos AG bewirken die Maßnahmen der Stadt und die Infrastrukturprogramme des Bundes in Hamburg unmittelbar einen Impuls von 0,4 Prozentpunkten. Über den temporären Effekt hinaus wurden nachhaltige positive Struktureffekte ausgelöst, die in den Folgejahren 2011 bis 2014 wirksam werden. Diese Effekte entsprechen jährlich 0,3 Prozentpunkten der Wirtschaftsleistung des Jahres 2008.

Trotz aller Euphorie müssen wir wachsam bleiben. Die Risiken sind unverkennbar, die Schuldenkrise bedeutender Euroländer, der sogenannten PIIGS-Staaten, der Zwang zur nachhaltigen Konsolidierung der Staatsfinanzen, ungelöste Probleme in den USA, Überhitzungen in China, Finanzierungsprobleme im Schiffbau und bei kleineren Unternehmen. Deshalb ist es besonders wichtig, dass durch die Konjunkturmaßnahmen der Stadt in den Jahren 2010 und 2011 bis zu 5000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert werden.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Programme der Europäischen Union und der Agentur für Arbeit kommen hinzu. Ein großer Teil des Ausgabevolumens entfällt auf Bauleistungen und davon wesentlich auf Ausbaumaßnahmen. Das Hamburger Bauhauptgewerbe verzeichnet im zweiten Halbjahr 2009 im öffentlichen Bau ein Umsatzplus von 29 Prozent, für das erste Halbjahr 2010 ist ein Plus bei den Auftragseingängen von 8,2 Prozent zu melden. Bekanntlich verzögerte sich die Arbeit witterungsbedingt. Das weniger witterungsanfällige Ausbaugewerbe, das vor allem von Sanierungsmaßnahmen profitiert, konnte im ersten Halbjahr 2010 ein Umsatzplus von 15,9 Prozent verzeichnen.

Unbestritten haben öffentliche Investitionsprogramme eine Vorlaufzeit von der Ausschreibung bis zur Vergabe und Realisierung. Aber es war immer unser Anspruch, erst dann mit den Maßnahmen im Markt zu sein, wenn die Aufträge aufgrund der Krise einbrechen; die Mittel sollten zuvor nicht verpuffen. Das haben wir geschafft. Vor dem Hintergrund der in Sicht stehenden Aufträge haben viele Unternehmer vorhandene Aufträge gestreckt und zum

(Senator Ian Karan)

Glück die Belegschaft gehalten. Ich möchte hier ausdrücklich auch der Arbeiterschaft danken.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ich hoffe, das ist in Ihrem Sinne, Herr Neumann.

(*Michael Neumann SPD*: Ja, immer!)

– Danke.

Im Gesamtergebnis sind die Schwerpunkte der Hamburger Konjunkturoffensive richtig gesetzt. Die Maßnahmen kommen zum richtigen Zeitpunkt. Über temporäre Effekte hinaus haben sie dauerhafte und nachhaltige Effekte auf Wachstum und Beschäftigung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 19/7233 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 14 auf, Drucksache 19/6980, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Elbphilharmonie: Fälliger Sachstandsbericht seit Mai/Juni 2010.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Elbphilharmonie: Fälliger Sachstandsbericht
seit Mai/Juni 2010
– Drs 19/6980 –]**

Frau Koeppen hat das Wort.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Elbphilharmonie ist ein Fass ohne Boden.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk übernimmt den Vorsitz.)

In der Großen Anfrage zum Sachstand der Elbphilharmonie sind insgesamt 212 Vertragsabschlüsse aufgelistet. Allein 52 dieser Verträge wurden bis heute mit dem Generalplaner Herzog & de Meuron und dem Büro Höhler+Partner abgeschlossen, 52 Verträge, in denen neben dem normalen Honorar auch die Mitarbeiterkosten, Kosten für Büromieten und Reisekosten geregelt wurden. Mit der Drucksache zum Nachtrag vier wurde dem Parlament und der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass sich das Honorar des Generalplaners auf 31,8 Millionen Euro belaufe. Tatsächlich beläuft sich das vereinbarte Gesamthonorar aber auf über 58 Millionen Euro, wovon bereits über 47 Millionen Euro ausgezahlt worden sind;

(*Uwe Grund SPD*: Das ist unglaublich!)

58 Millionen Euro plus Mitarbeiterkosten plus Reisekosten plus Büromieten für den Generalplaner.

Und in der neuen Drucksache werden vom Generalplaner sogar noch einmal 1,3 Millionen Euro Mehrkosten angemeldet. Insgesamt wird sich das Honorar für den Generalplaner wohl bei den 77 Millionen Euro einpendeln, die ursprünglich für den Bau der gesamten Elbphilharmonie angesetzt waren, denn sein Honorar richtet sich nach der HOAI, also nach den tatsächlich entstandenen Baukosten. Er hat gar kein Interesse daran, die Baukosten gering zu halten, denn je teurer die Elbphilharmonie wird, desto höher steigt auch sein Honorar.

Aber genau dieser Generalplaner hat den Senat mehrfach gewarnt, den Zeitpunkt der Ausschreibung zu verschieben, weil die Planungen noch nicht ausgereift waren. Der Senat hat die Warnung des Generalplaners ignoriert, weil er einen Monat vor der Bürgerschaftswahl 2008 ein feudales Plazafest feiern wollte.

(*Jörn Frommann CDU*: Ja, ja, ja, Sie wissen doch, dass es anders ist!)

Ein weiteres schönes Beispiel für die Berichterstattung des Senats und seine Unterstützung bei der Aufklärung des Elbphilharmonie-Desasters ist die Aktenvorlage für den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Im Mai 2010 hat die Bürgerschaft einstimmig beschlossen, einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Elbphilharmonie einzurichten, und jetzt, fast fünf Monate nach diesem Beschluss, liegen dem Ausschuss immer noch nicht alle Akten vor.

(*Michael Neumann SPD*: Unglaublich!)

Das gilt zum Beispiel für die für Anfang September zugesagten Akten der ReGe. Und wie sieht es mit den Akten aus den anderen Behörden aus? Teilweise können sie nicht freigegeben werden, weil sie zum geschützten internen Bereich des Senats gehören, oder sie enthalten ausschließlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse oder, noch besser, die Akten sind unter Staatswohlgesichtspunkten nicht vorlagefähig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Beim Thema Elbphilharmonie ist nicht das Staatswohl gefährdet, sondern das Senatswohl.

(Beifall bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE* – Zurufe von der CDU und der SPD – *Michael Neumann SPD*: Wo gibt's denn so was?)

Der Senat will mit allen Mitteln verhindern, dass die Bürgerinnen und Bürger erfahren, wie teuer dieses Millionengrab wirklich wird.

Die Zahlen aus der Großen Anfrage sind etwas für Feinschmecker. Nach dem Nachtrag vier gab es 166 Projektänderungsmeldungen, aktuell sind wir mit einem Stand vom 31. Juli 2010 bei 371 angelangt. Nicht anders sieht es bei den Bedenkenan-

(Martina Koeppen)

meldungen aus; waren es vor dem Nachtrag vier 72 Anmeldungen, so sind es jetzt schon 213.

Nur noch einmal zur Erinnerung: Der Nachtrag vier mit HOCHTIEF hat die Hamburger Bürgerinnen und Bürger 137 Millionen Euro gekostet. Und obwohl der Senat damals behauptete, mit dem Nachtrag vier seien insgesamt 95 Prozent des Bausolls definiert und es hätte eine Generalbereinigung des Projektes für die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft gegeben, zeichnet sich die gleiche Entwicklung wie vor der teuren Einigung mit HOCHTIEF ab. Stattdessen wird vonseiten der CDU verkündet, dass der Parlamentarische Untersuchungsausschuss überflüssig sei und dass mit von Beust, von Welck und Schön die drei Hauptbeteiligten des Elbphilharmonie-Desasters die politische Bühne verlassen hätten.

Genau dieser überflüssige Parlamentarische Untersuchungsausschuss hat aber nun aufgedeckt, dass ein Schweigegelb an die Baufirma STRABAG gezahlt worden ist, ein Schweigegelb dafür, dass die Firma ihre Vergaberüge zurückgezogen hat. Immer wieder hatten die Abgeordneten beim Senat nachgefragt, warum STRABAG die Rüge zurückgezogen habe, und immer wieder wurden Zahlungen verneint. Tatsache ist aber, dass es diesen Vertrag gibt und in ihm steht, dass die Stadt 3 Millionen Euro zahlt oder in einer nicht genannten Höhe Aufträge an die Firma STRABAG vergibt. Dieser Vertrag ist ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Uwe Grund SPD: Wir sind belogen und betrogen worden!)

Fast 30 Aufträge hat die Firma STRABAG seit der Vergaberüge von der Stadt erhalten, 30 Aufträge, die noch genau zu überprüfen sind, besonders in welcher Form die Vergabe erfolgte. Und der Bürgermeister hat heute in der Zeitung verkündet, dass Partikularinteressen nicht das Gemeinwohl aushebeln dürften. Dafür macht er dann Reinhard Stuth zum Kultursenator, genau den Mann, der nach noch nicht einmal einem Jahr als Staatsrat in der Kulturbehörde vom ehemaligen Bürgermeister Ole von Beust ohne Angabe von Gründen in den vorzeitigen Ruhestand geschickt wurde.

(Jörn Frommann CDU: Ihre Gedankenspiele!)

Das war im März 2009 und nun, keine anderthalb Jahre später, wird er zum Senator befördert. In seinem Verantwortungsbereich liegt nun wieder die Elbphilharmonie. Für dieses Projekt war er bereits verantwortlich, sowohl als Staatsrat als auch als Mitglied des Aufsichtsrats der Bau KG. Weitere Mitglieder des Aufsichtsrats waren zu der Zeit neben Senator Stuth unter anderem die jetzige Wissenschaftssenatorin Gundelach, der ehemalige Staatsrat Gottschalk und, nicht zu vergessen, der ehemalige Staatsrat der Senatskanzlei, Schön, als

Vorsitzender, genau der Mann, den die CDU nun als einen der Hauptbeteiligten des Elbphilharmonie-Desasters benennt.

Zum Thema Aufsichtsräte steht im deutschen Corporate Governance Index, der Aufsichtsrat sei so zusammenzusetzen, dass seine Mitglieder

"...über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen."

Oder:

"Jedes Aufsichtsratsmitglied achtet darauf, dass ihm für die Wahrnehmung seiner Mandate genügend Zeit zur Verfügung steht".

Und wie sah die Umsetzung des Kodex' im Aufsichtsrat der Elbphilharmonie Bau KG aus? Über die nicht vorhandene fachliche Erfahrung mit Bauvorhaben brauchen wir an dieser Stelle nicht zu sprechen. Spannender wird es da schon bei den Sitzungsterminen. Anfang Februar 2007 wurde die Bau KG gegründet und erst viereinhalb Monate später, Mitte Juni 2007, fand die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrates statt. Das gleiche Bild zeigt sich danach. Trotz des Claim-Managements fand die nächste Aufsichtsratssitzung erst im November 2007 statt, genau fünf Monate später. Ferner sagt der Kodex, der Aufsichtsratsvorsitzende solle mit dem Vorstand ein Risikomanagement beraten und gegebenenfalls außerordentliche Aufsichtsratssitzungen einberufen. Trotz der kritischen Lage beim Bau der Elbphilharmonie wurden keine außerordentlichen Sitzungen einberufen und es wurde peinlich darauf geachtet, dass die Sommerferien eingehalten wurden. Die Strategie und das Risikomanagement lassen sich hervorragend an dem bis heute in Auftrag gegebenen Gutachten in Höhe von fast 400 000 Euro und den 212 Vertragsabschlüssen in Zusammenhang mit der Realisierung ablesen. Welche Konsequenzen werden daraus gezogen? Die drei Hauptbeteiligten sind von der politischen Bühne abgetreten und einer der Beteiligten, der ehemalige Bürgermeister, trinkt lieber zusammen mit der First Lady Champagner auf dem Empfang zu einer Luxusparty, so sieht die Realität aus. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Herr Lafrenz.

Hans Lafrenz CDU: Herr Präsident, verehrte Frau Koeppen! Bei Ihrer Jammerorgie könnte man meinen,

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Ihnen sei gerade die voll gefüllte Geldbörse gestohlen worden.

(Hans Lafrenz)

(Michael Neumann SPD: Das ist sie auch!)

Kein anderes Projekt wird so intensiv und umfassend parlamentarisch begleitet wie die Elbphilharmonie. In der Tat ist die Elbphilharmonie von herausragender Bedeutung für Hamburg, mehr als andere Projekte spricht sie die Gefühle an. So provoziert sie Aufmerksamkeit, erst recht, wenn bei Kosten und Terminen nicht alles abläuft wie geplant.

(Dirk Kienscherf SPD: Kann ja mal passieren!)

Nun haben Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wieder eine Große Anfrage zur Elbphilharmonie gestartet. Der Senat hat Ihnen ausführlich und präzise geantwortet und nun diskutieren wir auf Ihren Wunsch beides hier im Plenum. Selbstverständlich hätten Sie Ihre Fragen – ich möchte sagen, gebotenerweise – auch im PUA stellen können.

(Michael Neumann SPD: Da krakeelt Herr Hamann dazwischen!)

Doch dass Sie das nicht getan haben, ist für die Effizienz des PUA nicht unbedingt von Nachteil. Dort werden wir diese Fragen und Antworten nun nicht noch einmal wiederkäuen müssen.

(Michael Neumann SPD: Da müssen Sie Herrn Hamann austauschen, das ist effizienter!)

– Herr Neumann, das kennen wir, dass Sie hier ununterbrochen Zwischenrufe machen und reden, während der Redner spricht.

Sie haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, mit Ihren Stimmen dazu beigetragen, dass die gesamte Bürgerschaft dieses für den Standort Hamburg und die HafenCity so bedeutsame Projekt der Elbphilharmonie in die Startlöcher gehoben hat.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt sind wir wieder schuld!)

Das war der Bedeutung der Elbphilharmonie durchaus angemessen. Davon rücken Sie inzwischen ab. Hamburg muss sparen und da ist Ihnen die Elbphilharmonie ein Dorn im Auge.

Herr Kollege Rose, Sie haben am letzten Sonntag artikuliert, was Ihre SPD offenbar bewegt. Nicht die Allgemeinheit, nicht der Steuerzahler, nicht der ohnehin stark gebeutelte Hamburger Haushalt sollen die Elbphilharmonie bezahlen, sondern ihre Nutzer, die Besucher der Elbphilharmonie. Eine solche Einstellung hätte ich von Ihnen, verehrter Herr Rose, nicht erwartet. Sie ist unsozial und für uns völlig indiskutabel. Wollen Sie wirklich den Nutzern der Angebote der Jugendmusikkultur, den Besuchern des Klingenden Museums und den Zuhörern auf allen Plätzen der Konzertsäle einen zusätzlichen Obolus abverlangen für die Finanzierung der Elbphilharmonie? Gerade weil wir dieses neue Haus

breiten Schichten der Bevölkerung, Schülern und Studenten ebenso wie Senioren, öffnen möchten, ist die von Ihnen erwogene Abgabe eine völlig absurde Idee.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Noch ein Wort zu Kosten und Terminen: Da ist etwas aus dem Ruder gelaufen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD: Aha!)

Die Ursachen und die Höhe der Mehrkosten sind keineswegs unstrittig zwischen Bauherrn und Auftragnehmer, präziser: zwischen ReGe und Adamanta. In einer Vielzahl von Antworten zu Anfragen und Berichten hat der Senat Stellung genommen, soweit er das konnte, ohne seine Verhandlungsposition zu schwächen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das Warum und Wieso werden wir gemeinsam im PUA klären. Nur so viel schon heute von dieser Stelle: Die seinerzeit regierende SPD war es, die Mitte der Neunzigerjahre durch rigorose Sparmaßnahmen dem Senat die Kompetenz für Ausschreibungen, Bauvertragsrecht, Controlling und Bauleitung genommen hat.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist doch Blödsinn, was Sie da erzählen!)

Wie sollte wohl ein dieser Kompetenzen beraubter Senat die Regieverantwortung zuordnen? Wo denn hätte der Senat eine fachlich kompetente Federführung ansiedeln sollen? Der PUA wird hoffentlich aufdecken, was da zu reparieren wäre, und im PUA werden wir uns sicher auch mit der Eignung der förmlichen Haushaltsvorlage Bau für präzise und verlässliche Kostenermittlung befassen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich habe die Probleme nur grob angerissen. Wir werden das alles im PUA vertiefen und am Ende hoffentlich geklärt haben, wie der Senat Kostensteigerungen und Terminverschiebungen zukünftig vermeiden kann.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Und wer daran schuld ist!)

Wir werden hoffentlich auch weitergehende Erkenntnisse gewinnen, als der Rechnungshof sie uns mit seinen Betrachtungen vermitteln konnte. Doch bei allen unerwarteten Termin- und Kostenproblemen bleibt die Elbphilharmonie ein Projekt, das gut ist für Hamburg, den Tourismus, die HafenCity, die Kultur in Hamburg und schließlich für die Wahrnehmung Hamburgs aus internationaler Sicht.

(Beifall bei der CDU)

Wir realisieren eine in Hamburg zukunftsweisende Vision und es war der von Max Brauer geführte Senat, der schon einmal eine Vision verwirklicht

(Hans Lafrenz)

hat, aus der die Kulturstadt Hamburg noch heute Früchte erntet. In unendlich schwierigeren Zeiten, Zeiten, die noch von Zerstörung und Mangel geprägt waren, hat er den Wiederaufbau der Staatsober erfolgreich bewegt. Er hat sich von seiner Überzeugung leiten lassen, dass die Hamburger zum Leben Angebote hohen kulturellen Niveaus brauchen, auch wenn Hamburg bei Betrachtung der nackten Haushaltszahlen es sich eigentlich nicht hätte leisten dürfen. Umso unverständlicher ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass Sie sich heute von der Elbphilharmonie abgewandt haben.

(Jan Quast SPD: Heute erst?)

Wie werden Sie das wohl Ihren Wählern und Mitgliedern erklären wollen? – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Dr. Gümbel.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Koepfen, wir haben einen PUA zur Elbphilharmonie. Ich fand Ihre Rede sehr schwierig, und zwar nicht wegen des Themas.

(Michael Neumann SPD: Die war richtig gut!)

– Nein, ich fand sie nicht richtig gut.

Ich fand sie richtig schwierig, weil Sie nämlich PUA-Geschichten und Teile, die Sie in Ihrer Anfrage abgefragt haben, vermengt haben. Wenn wir uns wirklich ernsthaft über die Dinge, die Sie vortragen haben, unterhalten sollten, dann müssten wir hier etwas tun, was wir laut Geschäftsordnung nicht dürfen. Wir müssten nämlich über Gegenstände aus dem PUA sprechen und insofern finde ich das schwierig. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie diese Teile weggelassen und im PUA angesprochen hätten, sodass man auch ordentlich darüber reden kann.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Frau Koepfen, ich glaube, das war nicht Naivität, sondern Absicht und das finde ich nicht in Ordnung. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Das war Absicht und das war gelungen!)

Zum zweiten Punkt. Sie bauen hier so etwas auf nach dem Motto: Die Elbphilharmonie wird immer teurer werden. Das tragen Sie mantraartig vor sich her, wenn es um die Elbphilharmonie geht.

(Ingo Egloff SPD: Das ist die Realität, Frau Dr. Gümbel!)

Sie stützen Ihre These auf die gestiegene Anzahl der Mängel, was Sie abgefragt haben in Ihrer Anfrage, also Baubehinderungsanzeigen und so weiter. Sie wissen genauso gut wie ich, dass die nicht qualifiziert sind. Das heißt, es kann sich hier um Behinderungsanzeigen von einem Tag handeln. Sie wissen sehr genau, dass man darüber noch nicht reden kann. Es ist auch so, dass hinterher die Summe dessen, was der Generalunternehmer und der Generalplaner sich gegenseitig in Rechnung stellen, in einem langwierigen Verhandlungsprozess, in dem wir uns gerade befinden, gegenübergestellt wird.

(Michael Neumann SPD: Das höre ich seit Baubeginn!)

– Das ist schön, dass Sie es die ganze Zeit hören, lieber Herr Neumann, es wäre schön, wenn Sie es einmal verstünden.

(Beifall bei der GAL und der CDU – Michael Neumann SPD: Frau Oberlehrerin, Sie sagen immer nur, wir dürfen nichts sagen!)

– Es geht überhaupt nicht darum, dass Sie nichts sagen dürfen, es geht darum, den Prozess zu verstehen und sich nicht immer so eine kleine Ecke herauszuziehen und zu sagen, die Elbphilharmonie würde teurer werden. Das ist doch nicht der Punkt. Im Augenblick ist noch nicht der Zeitpunkt, an dem man das weiß. Das wird man wissen, wenn die letzte Rechnung gekommen ist, und vorher wird das nicht sein.

(Beifall bei der GAL)

Liebe Frau Koepfen, wir werden all diese Fragen, die Sie angerissen haben – Sie wissen genau, welche Punkte das sind –, im Untersuchungsausschuss qualifiziert diskutieren, aber nicht hier.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Gümbel, wenn wir im PUA etwas diskutieren – das sind öffentliche Sitzungen –, dann besprechen wir das selbstverständlich auch hier. Das ist die normale Art und Weise, so etwas abzuarbeiten, das gehört sich auch so. Wir sind ein Parlament, wir debattieren das öffentlich und das ist auch gut so.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das Zweite ist, dass wir beim letzten Mal doch – deswegen sind die Ausführungen von Frau Koepfen völlig richtig – diese langsam anwachsende Anzahl von Behinderungsanzeigen und Projektänderungsmeldungen bekommen haben und dann festgestellt, dass es plötzlich diese Kostenexplosion gab. Dementsprechend ist es völlig richtig und

(Norbert Hackbusch)

wichtig, jetzt schon nachzufragen, wie denn die weitere Entwicklung ist und ob das Claim-Management des Senats richtig und ausreichend ist. Beim letzten Mal sind wir böse überrascht worden. Wir fragen jetzt lieber nach und das sollten wir hier auch besprechen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte auch noch etwas dazu sagen, was so in der Tendenz immer reinrutscht. Das war keine normale Preiserhöhung, die wir im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie erlebt haben, wie es im öffentlichen Raum dann und wann einmal passiert und, wie Herr Lafrenz es ausgedrückt hat, was wir im Moment scheinbar nicht besser hinkriegen, weil wir keine Fachkompetenz mehr haben. Das war keine normale Preiserhöhung; die normalen Preiserhöhungen im öffentlichen Bereich – das ist schmerzhaft genug – liegen bei 10, 15, 20, 25 oder vielleicht 40 Prozent. Wir haben hier eine Verdreifachung, Vervierfachung oder Verfünffachung. Das ist eines der größten Bauvorhaben und der riesigsten Summe, die wir haben, und dementsprechend ist es ein großes Problem, das wir zu klären haben, und nicht ein typisches für öffentliche Bauten. Daher hat der PUA die wichtige Frage zu lösen, ob das eine normale, ziemlich große Schusseligkeit war, dass die CDU überhaupt nicht mit Geld umgehen kann; das ist die eine Alternative.

(Michael Neumann SPD: Das ist keine Schusseligkeit, das ist eine Weisheit!)

Oder – auch das müssen wir klären – hat es vielleicht einen durchaus schlimmeren, vielleicht kriminellen Hintergrund? Das gilt es zu fragen, das sind die beiden Alternativen, die wir hierzu haben.

(Jörg Hamann CDU: Das ist doch jetzt selbst unter Ihrem Niveau!)

Das sind die Fragen, die wir gegenwärtig stellen müssen. Ist es normale Schusseligkeit und kann die CDU nicht mit Geld umgehen oder ist es sogar etwas Schlimmeres? Das sind die beiden Alternativen, die wir im PUA klären müssen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist der Mythos, der heutzutage auch gerne angebracht wird nach dem Motto: Ist es nicht so ...

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

– Herr Hamann, jetzt fangen Sie genauso an wie im PUA. Herr Hamann hat sich die komische Angewohnheit zugelegt, im PUA bei jeder Frage, die man stellt, dazwischenzurufen. Man könnte sagen, das sei unerzogen, das habe ich auch schon gesagt. Das Erstaunliche bei der CDU ist, dass er als Obmann gewählt wurde, und dementsprechend bin ich mir nicht so ganz sicher, inwieweit das nicht

geplante Unerzogenheit der CDU ist, um dort nicht vernünftig arbeiten zu können.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, wie es im PUA gegenwärtig zugeht. Jemand von der SPD oder von uns stellt eine normale Frage an meineten Herrn Schön, ob man nach seiner Einschätzung irgendetwas hätte besser machen können im Zusammenhang mit der Entwicklung etwa des Claim-Managements. Dann schreit Herr Hamann dazwischen und sagt, das sei doch gar nicht Gegenstand der Nachfrage des PUA, das sei doch gar nicht die Aufgabe, es ginge doch nicht um seine jetzige Einschätzung, sondern nur um die damalige. Man hätte fragen müssen, ob er damals anderer Meinung gewesen wäre. Wenn man sich dann darüber beschwert, dass es so nicht gehe, schreit er dazwischen, dass es so auch nicht gehe. Das Thema ist der PUA und die Elbphilharmonie und dementsprechend ist das eine wichtige Frage, die wir hier zu klären haben. Ich habe den Eindruck, die Art und Weise, wie Herr Hamann dort dazwischenruft ...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Herr Hackbusch, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dr. Gümbel zu?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Gerne.

Zwischenfrage von Dr. Eva Gümbel GAL:* – Es ist keine Frage, sondern nur eine Bemerkung, was ja möglich ist.

Ich will nur darauf hinweisen, Herr Hackbusch, dass Sie hier aus dem PUA erzählen. Draußen stehen mögliche Zeugen, die wir aufrufen werden. Ich finde, das geht nicht.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das stand doch sogar in den Zeitungen!)

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Die PUA-Sitzungen sind öffentlich und bei dem Thema, das ich hier anspreche, geht es um die Frage des ungezogenen Verhaltens des Herrn Hamann und der Art und Weise, wie die CDU damit umgeht, und nicht um die Frage von irgendwelchen Geheimnissen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Die CDU erweckt aufgrund dieses Verhaltens den Eindruck ...

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Lassen Sie eine weitere Zwischenfrage von Herrn Heinemann zu?

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Ja, auch gerne.

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU:*
Wo bleibt eigentlich Ihr traditionelles Verständnis für antiautoritäre Erziehung? Ich verstehe das wirklich nicht mehr.

(Beifall bei der CDU)

Norbert Hackbusch (fortfahrend): Ich muss ehrlicherweise zugeben, dass ich das Verhalten von Herrn Hamann noch nicht psychologisch analysiert habe und auch nicht weiß, worin die Ursachen liegen. Normalerweise ist das die Auswirkung von sehr autoritärer Erziehung, sonst würde man sich so nicht benehmen

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

oder zumindest würde er sehr gerne autoritär erziehen.

(Jörn Frommann CDU: Unmöglich!)

– Sie können sich meinetwegen aufregen, ich habe es gar nicht richtig verstanden. Schade, ich würde Ihnen gerne antworten, das wäre gar kein Problem.

Zu Herrn Lafrenz möchte ich Folgendes sagen: Gerade Sie sind mir in den Protokollen der verschiedenen Ausschüsse so positiv aufgefallen, weil Sie so klar nachgefragt haben.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das war in der letzten Legislaturperiode, als ich noch nicht in dieser Bürgerschaft war. Damals hat er in den Ausschüssen sehr genau nachgefragt, ob der Senat garantieren könne, dass es auf keinen Fall weitere Preiserhöhungen geben werde. Gerade Sie sind doch besonders enttäuscht worden.

(Zuruf von Jörg Hamann CDU)

Dementsprechend sollten Sie doch auch ein großes persönliches Interesse daran haben, wie dieser Senat eigentlich mit dem Thema umgeht und warum eine solche Kostenexplosion passieren konnte, wo er Ihnen garantiert hat, dass es auf keinen Fall zu weiteren Erhöhungen kommen würde, und danach gab es eine Verdreifachung des Preises. Das ist eine wichtige Frage, da geht es um politische Glaubwürdigkeit und die müssen wir auch in diesem Punkt versuchen zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte noch einmal kurz etwas zur Kulturpolitik sagen. Wir haben schon vorher im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie befürchtet, dass es passiert, deswegen waren wir diesbezüglich immer ein Warner. Sie diskutieren das im Zusammenhang mit der Kulturpolitik in dieser Stadt und packen die Elbphilharmonie mit all ihren Kosten in den Kulturetat. Sie haben eine prozentuale Redu-

zierung der verschiedenen Etats vorgenommen und deshalb müssen gegenwärtig alle Kultureinrichtungen für die Elbphilharmonie sorgen, und zwar sowohl für den Investitionsbereich als auch für den Betriebshaushalt. Sie führen das genau anders ein, als Sie es versprochen haben. Die Elbphilharmonie gibt es nicht obendrauf, sondern die anderen Kultureinrichtungen müssen gegenwärtig für die Elbphilharmonie sorgen. Das ist ein Versprechen, das Sie gebrochen haben, und zwar ein Versprechen, das Sie uns allen gegeben haben, und das finde ich besonders ärgerlich.

Eine Sache liegt mir dabei natürlich noch besonders am Herzen und das sind meine Freunde von der GAL.

(Wolfgang Beuß CDU: Seit wann sind das Freunde? – Michael Neumann SPD, auf die CDU zeigend: Das sind deren Freunde!)

Was wir in diesem PUA untersuchen, ist eine Sache, die in den allermeisten Bereichen nicht in die gegenwärtige schwarz-grüne Koalition hineinfällt, sondern wir haben etwas zu klären, das unter der CDU-Alleinregierung beschlossen wurde, und dementsprechend würde ich auch der CDU alleine die Verantwortung dafür geben. Sie trägt die politische Verantwortung dafür. Wir haben ein großes Interesse daran, diese Frage aufzuklären, und ich habe den Eindruck, dass die GAL – das zeigen alle Erfahrungen, die wir bisher im PUA mit den Nachfragen gemacht haben – nicht kritisch nachfragt, sondern sich so benimmt, als wenn sie schon zum damaligen Zeitpunkt in einer schwarz-grünen Regierung gewesen wäre. Es gibt keine großen, kräftigen Nachfragen im Zusammenhang mit Herrn Wegener und Herrn Schön.

(Zuruf von Andreas C. Wankum CDU)

Und das gehört sich nicht, weil man in gewisser Weise kritisch nachfragen muss. Ihr seid damals nicht in der schwarz-grünen Koalition gewesen und ich befürchte, dass ihr in den Abwärtsstrudel der CDU mit hineingeratet. Ihr verliert auch die Glaubwürdigkeit in solchen Fragen und das ist zu eurem eigenen Schaden. Den solltet ihr abwenden und diese Scheu dort ablegen. Fragt mit uns kritisch nach, wer verantwortlich ist für diese PUA-Geschichten, auch wenn alle politisch Verantwortlichen das Weite gesucht haben mit dem Bürgermeister, mit Herrn Schön, mit Frau von Welck. Aber trotzdem ist es wichtig, das aufzuklären. Bitte seid dabei mit auf unserer Seite. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage aus der Drucksache 19/6980 Kenntnis genommen hat.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk)

Tagesordnungspunkt 43, Drucksache 19/7285, Antrag der GAL-Fraktion: Europäische Charta für Gleichstellung unterzeichnen.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Europäische Charta für Gleichstellung unterzeichnen
– Drs 19/7285 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Heitmann, Sie haben das Wort.

Linda Heitmann GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass das Thema Gleichstellung heute wieder einmal auf der Tagesordnung steht und mit einer Debatte bedacht wird. Ich möchte zu Beginn meiner Rede noch einmal kurz verdeutlichen, warum und wie das Thema Gleichstellung in dieser Stadt wirklich einen zentralen Platz einnimmt.

Wir haben mit der Einrichtung der Arbeitsstelle Vielfalt im Koalitionsvertrag diesem Thema einen wichtigen Platz eingeräumt und wir haben jetzt einen grünen Gleichstellungssenator, der zum Beispiel seit einiger Zeit mit Hochdruck an dem Ziel arbeitet, Gesetzesentwürfe zu erarbeiten, um mehr Frauen in Gremien und Aufsichtsräte zu bekommen. Als weitere Punkte im Koalitionsvertrag haben wir zum Beispiel die Absicherung von FLAKS oder die Gründung eines interkulturellen Frauenwirtschaftszentrums, um unser Anliegen, Gleichstellung voranzutreiben, indem wir die Frauen gezielter fördern, wirklich zu untermauern.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich bitte um etwas mehr Ruhe. – Fahren Sie bitte fort, Frau Heitmann.

Linda Heitmann (fortfahrend): Aber Frauenpolitik ist noch viel mehr. Frauen- und Gleichstellungspolitik ist ein Thema, bei dem man ressortübergreifend ansetzen muss. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist und bleibt ein wichtiges frauenpolitisches Anliegen und deshalb gehen wir auch hier zum Beispiel mit dem Ausbau der Ganztagesangebote an Schulen und mit mehr verlässlichen Betreuungsplätzen in den Kitas voran.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Auch wenn es immer noch sehr große Defizite gibt, auf die ich gleich zu sprechen komme, sind wir dennoch in den letzten Jahrzehnten bei der Gleichstellung in unserer Gesellschaft schon in einigen wichtigen Schritten ein Stück vorangekommen. Der Erwerbsanteil von Frauen ist in den letzten 30 Jahren in Deutschland von 50 auf 65 Prozent gestiegen. Das ist ein Wert, der sicherlich immer noch deutlich steigerungsfähig ist, aber es ist eine Stei-

gerung. Bundesweit haben wir mittlerweile sogar einen leicht höheren Anteil von Frauen unter den Abiturientinnen und Abiturienten und zumindest in Hamburg haben wir auch einen leicht erhöhten Frauenanteil unter den Hochschulabsolventen.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, sich insbesondere hier auf der rechten Seite des Plenarsaals doch etwas leiser zu verhalten oder außerhalb der Räume weiterzureden. Ich bedanke mich bei Ihnen.

Linda Heitmann (fortfahrend): – Vielen Dank, Herr Präsident.

In vielen Bereichen des Alltags sind wir aber immer noch von Gleichstellung sehr weit entfernt. Insbesondere haben wir immer noch eine starke Ungleichheit bei Löhnen und Gehältern. Ich habe das kürzlich in einer Kleinen Anfrage, wie einige von Ihnen vielleicht mitbekommen haben, abgefragt. Es ist so, dass in Hamburg Frauen im Monat durchschnittlich 866 Euro weniger verdienen als Männer. Das ist ein Wert, der über dem Bundesdurchschnitt liegt, der immerhin auch noch bei 773 Euro liegt, was ebenfalls traurig ist. Selbst bei Prämien- und Bonuszahlungen nimmt Hamburg mit Hessen zusammen einen traurigen Spitzenplatz ein. Dort ist nämlich die Differenz zwischen Frauen und Männern mit über 170 Euro mit am größten. Die logische Folge dieser Lohnungleichheiten ist leider, wie ich es auch in den letzten Tagen abgefragt habe, ein deutlich niedrigeres Rentenniveau von Frauen. Frauen in Hamburg hatten 2009 im Schnitt 473 Euro weniger Rente zur Verfügung. Hier sind wir zwar leicht über dem Bundesdurchschnitt, ob das angesichts dieser Zahlen jedoch wirklich ein Grund zur Freude ist, das wage ich zu bezweifeln. Möglicherweise, das möchte ich nicht verhehlen, können wir in den nächsten Jahren vielleicht eine kleine Verbesserung der Zahlen erwarten, da in der jetzigen Rentnergeneration die Frauen aufgrund sehr traditioneller Rollenbilder wirklich weniger gearbeitet haben, und das spiegelt sich natürlich in diesen Zahlen wider. Aber es zeigt trotzdem, dass Frauen in dieser Stadt leider immer noch ein deutlich höheres Risiko der Altersarmut haben. Zugespitzt kann man leider sagen, dass, wer in unserer Gesellschaft Kinder bekommt und betreut, sein Leben lang von Armut bedroht ist. Das kann so nicht bleiben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Über die Ungerechtigkeiten in Führungspositionen haben wir hier bereits häufiger diskutiert. Ich möchte die Zahlen nicht noch einmal im Einzelnen aufgreifen, das war auch im Ausschuss schon häufiger Thema, aber ich habe bereits betont, dass wir an diesem Thema dran sind und derzeit auch kon-

(Linda Heitmann)

krete Gesetzesentwürfe erarbeitet werden, um in Zukunft eine 40-Prozent-Mindestquote beider Geschlechter in Gremien und Aufsichtsräten zu erreichen. Leider ist auch hier in der Bürgerschaft sowie in zahlreichen Parteigremien immer noch ein deutlicher Männerüberschuss feststellbar.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Schauen Sie einmal auf die rechte Seite!)

Ich kann nur immer wieder darauf hinweisen, dass wir bei den Grünen mit unserer Quote sehr positive Erfahrungen gemacht haben, und ich möchte Sie alle noch einmal ermuntern, es in Ihren Parteien uns gleichzutun.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Nun aber konkret zu meinem Antrag. Ich habe einige Missstände in der Gleichstellungspolitik aufgezeigt. Es gibt sicherlich nicht den einen Königsweg, um sie alle zu beseitigen, aber wir brauchen viele kleine Einzelmaßnahmen in unterschiedlichen Politikbereichen, die wirklich wirksam ineinandergreifen müssen, und genau hier setzt die Charta der Gleichstellung, zu deren Unterzeichnung ich heute auffordere, auch an. Wenn man die Charta der Gleichstellung als Stadt unterzeichnet, dann unterstreicht man zum einen noch einmal die Bedeutung der Gleichstellung für Hamburg. Die Stadt bekennt sich damit öffentlich zu der Tatsache, dass sie der Gleichstellung von Männern und Frauen einen hohen Stellenwert einräumt. Bis Ende 2009 haben das leider erst 19 deutsche Städte und Gemeinden gemacht, was ich sehr schade finde. Konkret fordert die Charta aber vor allem die Erarbeitung eines Gleichstellungsaktionsplans, wofür sich nach meiner Kenntnis sogar europäische Fördergelder beantragen lassen. In der Charta sind verschiedene Ebenen berührt, auf denen die Gleichstellung von Frauen und Männern verwirklicht werden soll, beispielsweise Demokratie und Politik. Dann haben wir Zivilgesellschaft, Kampf gegen Stereotype, Gleichstellung in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Bildung und Weiterbildung, im öffentlichen Vergabewesen, in der Gesundheit, in der Gewaltprävention und in vielen weiteren Punkten. Nur wenn wir so themenübergreifend und kontinuierlich daran arbeiten, können wir wirklich Gleichstellung erreichen und langfristig damit erfolgreich sein. Deshalb fordere ich Sie auf, heute gemeinsam dafür zu stimmen, diese Charta zu unterzeichnen und den Landesaktionsplan als einen wichtigen Baustein zur Gleichstellung in Hamburg zu machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Koop.

Karen Koop CDU: Ich bin in so einem Moment immer versucht zu sagen: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, um den Präsidenten mit einem gewissen Upgrade zu versehen. Das wäre auch einmal etwas Nettes.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Heitmann, Sie haben bereits intensiv auf die Situation in Hamburg Bezug genommen und die Grundlagen dieser Charta dargestellt. Es ist sehr wichtig, noch einmal deutlich zu betonen, dass Gleichstellung der Geschlechter ein europäisches Grundrecht ist. Und Verstöße gegen dieses Grundrecht sind Grundrechtsverstöße und genauso zu ahnden wie alle anderen Delikte auch.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

– Da kann man ruhig einmal klatschen.

Es ist in der Vergangenheit viel von Frauenförderplänen, von Gender-Mainstreaming-Programmen und auch von Paradigmenwechsel geredet worden, aber ein tatsächlicher, echter Paradigmenwechsel hat nie stattgefunden. Es ist immer ein wenig herumlaviert worden, man hat alles ein bisschen angeglichen. Aber wenn man diese Charta ernst nimmt, kann man auf diesem Gebiet noch sehr viel intensiver arbeiten. Gleichstellung ist auch ein gemeinsamer europäischer Wert, denn er ist die Voraussetzung dafür, dass man besondere EU-Ziele wie Wachstum, Beschäftigungspolitik oder auch sozialen Zusammenhalt umsetzen kann. Es sind große Fortschritte sowohl im nationalen als auch im europäischen Bereich gemacht worden. Aber es bestehen nach wie vor gravierende Ungleichheiten und das trotz aller europäischer Rechtsvorschriften, Richtlinien und Vertragsbestimmungen. Auskunft darüber gibt der jährliche Bericht, der auf europäischer Ebene zur Gleichstellung erstellt wird. Wie Frau Heitmann schon sagte, sieht man dort, dass die Beschäftigungsquote von Frauen zwar zunimmt, jedoch immer noch deutlich unter der der Männer liegt, obwohl wir mehr Hochschulabsolventinnen und mehr besser ausgebildete Frauen haben.

Frauen verdienen weniger als Männer. Man darf natürlich nicht immer mit dem Totschlag-Prozentsatz von 25 Prozent daherkommen, man muss dies ein bisschen bereinigen. Aber es bleibt ein unerklärlicher Rest von etwa 12 Prozent und das ist eine Aufgabe, die wir für die Zukunft haben, nämlich diesen Rest zu nivellieren.

(Beifall bei Claudia Folkers und Hans Larenz, beide CDU)

Frauen sind immer noch in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsgremien zu wenig vertreten. Sie haben viel mehr familiäre Pflichten, sind häufiger dem Armutsrisiko ausgesetzt und – Sie haben das erwähnt, Frau Heitmann – überwiegend Opfer geschlechtsbezogener Gewalt. Die Bewusstseinslage, das Wissen um diese Ungerechtigkeit

(Karen Koop)

hat ohne Zweifel zugenommen, auch in den Entscheidungsgremien. Aber wir beobachten immer noch diese berühmte Verhaltensstarre nach dem Motto: Wenn ich mich nicht bewege, muss ich mich auch nicht mit dem Thema beschäftigen. Und das muss anders werden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Besonders in Ihrer eigenen Partei!)

Manchmal ist es auch nur Unkenntnis, dass die Finanzierungsmöglichkeiten für Programme im europäischen Raum häufig nicht abgerufen werden, weil viele diese Förderprogramme überhaupt nicht kennen.

In der vorliegenden Charta sollen den Verantwortlichen Informationen zukommen, aber sie sollen auch stärker in die Pflicht genommen werden.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Entschuldigen Sie die Unterbrechung, Frau Koop. Ich bitte nochmals um Ruhe im Plenum. Wenn Sie wirklich miteinander reden wollen, haben Sie draußen die Möglichkeit dazu. Ich spreche alle an.

Fahren Sie bitte fort, Frau Koop.

(Beifall bei Mehmet Yildiz DIE LINKE)

Karen Koop (fortfahrend): Der in der Charta geforderte Aktionsplan ist Auftrag und Kontrollmöglichkeit zugleich, aber er darf sich nicht bloß in reinem Aktivismus erschöpfen. Den klassischen frauenpolitischen Dreikampf kennen wir alle seit Jahrzehnten: Aufzeigen von Missständen, Einforderung von Veränderungen und der wichtigste dritte Punkt, das Warten auf die Umsetzung. Dieser Prozess muss mit neuen Elementen belebt werden. Dabei geht es nicht um irgendwelche ideologischen Grabenkämpfe aus grauer Vorzeit, sondern es geht um ganz konkrete Alltagsbewältigung beider Geschlechter im veränderten Gesellschaftsumfeld. Die Frauen sind unzufrieden über das Tempo, in dem diese Veränderungen vor sich gehen, und sie sind auch unzufrieden über die inhaltliche Ausrichtung. Dabei erwarten sie nicht weiterhin irgendwelche weltanschauliche Erbauungen, sondern sie erwarten praktische Lösungswege, denn sie stehen auf der einen Seite immer noch im Korsett der sozialen Verantwortung für Kinderpflege und Familie, auf der anderen Seite brauchen wir sie aber dringend, da sie unser Reservoir an gut ausgebildeten Fachkräften sind. Es muss deutlich werden, dass wir auf beide Bereiche den Blick haben.

Es muss auch deutlich werden, dass mit der Umsetzung dieser Charta keineswegs irgendwelche spätfeministisch angehauchten Förderpläne umgesetzt werden,

(Dr. Andreas Dressel SPD: In der CDU würde ja ein bisschen Frühfeminismus auch was bringen!)

die dann womöglich wieder ins Marginale abgeschoben werden, sondern dass es sich hierbei um Programme handelt, die allen dienen, den Männern ebenso wie den Frauen. Dies wird durch den Inhalt und die Sprache der Charta deutlich. Im Zusammenwirken von Männern und Frauen soll gemeinsam die Lebenswelt gestaltet werden.

Ich hatte aber auch vom Aktivismus gesprochen. Wenn man sich die bereits vorhandenen, konzipierten Aktionspläne anderer Städte ansieht, besteht die Gefahr darin, dass es häufig ausführlichste Veranstaltungskalendarien sind, bei denen man sich fragt, ob dadurch wirklich die Leute erreicht werden, die man erreichen muss, oder ob man wieder im eigenen Saft kocht, sich selbst gut findet, sich an die Hände fasst und es als eine gute Veranstaltung empfindet, die aber in Wirklichkeit wieder nur für eine ganz bestimmte Klientel ist. Es bedarf nicht nur eines weiteren neuen Plans. Es ist wichtig, dass dieser Plan ergänzt wird durch eine wirkliche Entwicklung umfassender, erfolgbringender Strategien. Diese Erkenntnis hat auch schon die EU erreicht, denn letzte Woche kam eine Ergänzung dazu heraus, ein neues Papier mit dem Titel "Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010-2015". Dieses Programm ist sehr viel konkreter, es gibt zu jedem Thema Leitfäden wie beispielsweise zu den Bereichen gleiches Entgelt, gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit, Schutz der Würde und so weiter. Mit diesem Programm in der Ergänzung sollten wir auch bei uns in Hamburg eine Menge zuwege bringen. Die Charta ist eine gute Unterstützung für die Arbeitsstelle Vielfalt und ich empfehle die Annahme.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk: Das Wort hat Frau Dobusch.

Gabi Dobusch SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich wirklich sehr für die Kollegin von der CDU, dass sie heute Abend einmal auf so große Zustimmung aus den eigenen Reihen getroffen ist, denn das ist bei dieser Thematik ein seltenes Ereignis.

(Frank Schira CDU: Das ist Ihr gepflegtes Vorurteil!)

Frau Koop, Sie haben davon gesprochen, dass bei der Lohndifferenz von 25 Prozent die Rede sei, aber eigentlich seien es nur 12 Prozent. Das ist jedoch die Sicht des Vertreters des Unternehmensverbandes Nord. Der hat eine eigene Studie in Auftrag gegeben und so lange gerechnet, bis man bei 12 Prozent angelangt war. Aber Sie wissen sehr wohl, dass die offiziellen internationalen und

(Gabi Dobusch)

europäischen Studien davon sprechen, dass in Deutschland im Durchschnitt die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern bei 23 Prozent liegt – wohlgemerkt, im Durchschnitt. Dies bedeutet, dass in manchen Fällen diese Differenz bei gleicher Arbeit noch sehr viel größer ist als 23 Prozent.

Ich komme zum eigentlichen Punkt, zur Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene. Diese Charta ist eine sehr gute Sache. Die SPD-Fraktion ist ebenfalls dafür, dass Hamburg sie unterzeichnet. Ich habe mich etwas gewundert, denn diese Charta ist tatsächlich ausgearbeitet worden vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas, wo Hamburg gar nicht vertreten ist. Es wäre eine Überlegung wert gewesen, wieso das nicht so ist. Es wird natürlich aus folgendem Grund ein bisschen merkwürdig aussehen. Es haben bisher 19 deutsche Städte unterzeichnet, unter anderem für Gleichstellung so herausragende und bekannte Beispiele wie Gersdorf, Plettenburg oder Westerstede. Aber immerhin ist Duisburg hier als größte Stadt aufgeführt, sie hat immerhin schon fast 500 000 Einwohner. Wenn nun Hamburg endlich das Niveau von Gersdorf im Bereich der Gleichstellung erreichen wird, bin ich wirklich froh und unterstütze dieses Vorhaben.

(Beifall bei der SPD)

Ich greife drei Punkte heraus, die mir an dieser gleichstellungspolitischen Selbstverpflichtung inhaltlich besonders gut gefallen. Das ist zum einen der Punkt der Verbindlichkeit. In der Charta heißt es unter anderem, lokale und regionale Regierungen müssten Aktionspläne und Programme zur Gleichstellung erarbeiten und mit den Finanzmitteln und Humanressourcen ausstatten, die für ihre Umsetzung erforderlich seien. Es steht dort ausdrücklich, dass sie diese Ausstattung leisten müssten, egal, ob europäische Mittel dafür freigesetzt werden oder nicht. Ich bin gespannt, was in Hamburg in dieser Richtung in die Wege geleitet werden wird. Ich habe allerdings sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass es die Charta erlaubt, dass man sich zwei Jahre Zeit lässt; Nachtigall, ich hör dir trapsen. Da ist der Zeitpunkt wirklich gut gewählt, denn wenn Sie alles noch ein bisschen schleifen lassen, dann sind Sie später gar nicht mehr in der Pflicht, irgendetwas umzusetzen. Wir werden aber immer wieder nachfragen, wie weit Sie gekommen sind.

(Glocke)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk (unterbrechend): Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, Frau Dobusch.

Ich möchte auch für Frau Dobusch die Gelegenheit wahrnehmen, Sie um etwas mehr Ruhe zu bitten. – Vielen Dank.

Gabi Dobusch (fortfahrend): – Danke schön.

Was mir als zweiter Punkt an dieser Charta gut gefällt, ist der europäische Charakter, auf den schon hingewiesen wurde, denn wie alle sehr wohl wissen, die mit der Materie vertraut sind, ist Europa in puncto Gleichstellung immer eine gute Adresse. Ich gebe eine kleine Anregung. Wenn wir in Zukunft Programme ausarbeiten, unter anderem mit unseren Partnerstädten, wäre es eine gute Gelegenheit zu zeigen, wie wichtig Hamburg dieser Punkt Gleichstellung ist. Man könnte dies in die offiziellen Programme mit aufnehmen und einmal schauen, ob Hamburg nicht auch noch über andere Fragen mit den Partnerstädten diskutieren kann als über Wirtschaftsthemen; dies nur als kleine Anregung.

Dritter Punkt: Es heißt in der Charta unter anderem, dass die Geschlechterperspektive in der Gestaltung von Politik, Methoden und Instrumenten berücksichtigt werden müsse, die das tägliche Leben der Bevölkerung beeinflussten, etwa durch den Einsatz von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting. Ich habe eben schon von Frau Kop dieses Wort Mainstreaming noch einmal gehört. Es ist wirklich eine Sternstunde, wenn auch aus den Reihen der CDU und überhaupt in diesem Parlament so ein erst seit Jahrzehnten international gebräuchlicher Begriff fallen darf, ohne dass es gleich Bemerkungen darüber gibt, was das schon wieder für eine komische Sache sei.

Meine Damen und Herren! In puncto Gender Mainstreaming und Gender Budgeting hat Hamburg, vorsichtig formuliert, noch viel Arbeit vor sich. Ich hoffe also, dass die Unterzeichnung dieser Selbstverpflichtung dann auch in Handeln umschlägt. Herr Senator, ich sehe Sie gerade dort sitzen. Hatten Sie nicht einmal zum Thema Gender Budgeting gesagt, dass die Justizbehörde beispielgebend vorangehen würde in puncto eigener Haushaltsangelegenheiten? Ich bin sehr gespannt, was Sie in dieser Hinsicht vorlegen werden. Wenn es nicht nur ein Interview mit dem "Hamburger Abendblatt" würde, sondern tatsächliches Regierungshandeln, dann würde ich mich sehr freuen.

Das führt mich zu meiner letzten Anmerkung. Die Unterzeichnung der Charta kann nämlich fehlenden politischen Willen in Hamburg nicht ersetzen. Ich hatte schon einmal darauf hingewiesen, dass sich die Finanzbehörde bei meinen Nachfragen vorsichtig dahingehend äußerte, dass dies politisch gewollt sein müsse, dann sei vieles möglich. Aber bisher ist es das noch nicht. Ich wage immer noch zu bezweifeln, dass dieser politische Wille bei Schwarz-Grün wirklich vorhanden ist. Ich wage zu bezweifeln, dass es über ein reines Lippenbekenntnis hinausgeht.

Ich habe sehr genau der Regierungserklärung zugehört. Ließ die Regierungserklärung des neuen Bürgermeisters aus Ihrer Sicht erkennen, dass

(Gabi Dobusch)

Hamburg ein besonderes Engagement in der Frage von Gender Mainstreaming und Gleichstellung plant? Ich kann mich an keinen Punkt erinnern, in dem er darauf verwiesen hat oder erkennen ließ, dass er auch für die Bürgerinnen dieser Stadt etwas zu tun gedenkt. Wer wird denn eigentlich diese Charta unterzeichnen, wird das der Erste Bürgermeister sein

(Ingo Egloff SPD: Das macht die Frau vom Ersten Bürgermeister!)

oder wird aus Glaubwürdigkeitsgründen dann vielleicht doch Anderes geschickt? Ich bin gespannt, wie das Ganze über die Bühne gehen wird.

Noch einmal an die Adresse von Senator Steffen gerichtet: Es ist noch gar nicht so lange her, zwei oder drei Wochen, dass sich Schwarz-Grün überhaupt nicht gescheut hat, fortschrittliche wegweisende Anträge meiner Fraktion und der Fraktion der LINKEN zum Thema Gleichstellung im diskutierenden Ausschuss radikal weichzuwaschen, nachdem sie über viele Monate verschleppt und verschoben worden sind. Was wir schließlich bekommen haben, ist eine absolut unverbindliche, windelweiche Aufforderung zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, ein reines Lippenbekenntnis ohne jegliche Verbindlichkeit. Das ist furchtbar und jedenfalls nicht im Sinne der Frauen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich bin auch gespannt, was dem Senat jetzt noch zum Artikel 16 der Charta einfällt; vielleicht haben Sie es gelesen. Es geht im Artikel 16 um den Punkt der Gleichstellung und Kinderbetreuung. Dort wird alles Mögliche vorgeschlagen und gefordert. Ich kann Ihnen jedoch sagen, dass die letzte Erhöhung der Beiträge, wie wir sie in Hamburg hatten, nicht zur Förderung echter Gleichstellung beigetragen hat. Viele Paare haben sich nämlich ausgerechnet, dass es für sie finanziell sehr viel besser aussieht, wenn die Mütter – es sind doch meistens wieder die Mütter, die Frauen – jetzt weniger arbeiten, um diesen finanziellen Verlust auszugleichen. Damit sind wir wieder beim Punkt Rente. Die Frauen reduzieren ihre Arbeit und werden wieder mit den kleineren Renten nach Hause gehen. Das ist die direkte Folge dieser wunderbaren Politik in puncto Kinderbetreuung, auf die Sie sonst immer so stolz sind. Hier sollten Sie einmal genauer hinschauen.

Ich bin auch sehr gespannt, wie die Forderung dieser Charta dann umgesetzt wird. Es wird nämlich davon ausgegangen, dass der Senat die politischen Parteien auffordern wird, alle gesetzlich zulässigen Schritte zu unternehmen – wozu, falls erforderlich, auch Quotenregelungen zählen –, um die Anzahl von Kandidatinnen bei Wahlen zu erhöhen. Es gibt hier noch viele weitere Vorschläge zu diesem Thema. Ich bin gespannt, wie der Senat das bewerkstelligen wird und was meine Fraktion

und meine Partei dann erreichen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Liebe Frau Heitmann, willkommen im Klub der frauen- und gleichstellungspolitischen Sprecherinnen. Wir diskutieren über Frauenpolitik und schon fangen die Männer hier an, sich zu unterhalten. Wir sind das hier gewohnt, Sie werden sich daran gewöhnen müssen, insofern ist doch alles beim Alten geblieben.

Ich habe Ihre Rede als eine Antrittsrede verstanden, so haben Sie sie zumindest gestaltet. Ich finde es auch gut, dass Sie damit begonnen haben, die Situation von Frauen im Verhältnis zu Männern durch Kleine Anfragen abzufragen. Die Differenz bei dem Lohngefälle war auch schon vorher bekannt, ebenso, dass Altersarmut vorwiegend Frauenarmut ist. Dass wir die konkreten Zahlen jetzt noch einmal haben, ist in Ordnung. Ich finde es auch gut, dass Sie sich auf diese Weise langsam an das Thema herantasten.

Zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf möchte ich mich der Kollegin Gabi Dobusch anschließen und dazu sagen, dass es vielleicht nicht ganz angebracht ist, das Thema als frauenpolitische Initiative hervorzuheben vor dem Hintergrund, dass die Kita-Gebühren erhöht wurden, das passt nicht ganz zusammen. Die Systematik ist eindeutig, Frauen arbeiten weniger und haben niedrigere Renten. Insofern war das nicht gerade ein Akt eines Beitrags zur Gleichstellung.

Die Europäische Charta ist schon ein bisschen älter, sie ist politisch auch nicht verkehrt, aber sie ist auch nicht wirklich bedeutsam. Die darin enthaltenen Verpflichtungen sind zeitlich unverbindlich und somit selbst für die CDU zu ertragen. Frau Koop, Sie wissen, dass ich Sie schätze, auch als Frauenspolitikerin. Ich finde es auch gut, wie die Frauennunion jetzt erneut Dampf macht innerhalb ihrer Partei, aber Ihrer Partei insgesamt traue ich da wenig zu, weil es häufig sehr unverbindlich ist, was dort frauenpolitisch in die Gänge kommt. Schaufensterpolitik finde ich allerdings in diesen Tagen, auch bezugnehmend auf die Europäische Charta, wenig angebracht. Hartz IV wird beispielsweise um lächerliche 5 Euro erhöht und Frauen hängen nach wie vor in Bedarfsgemeinschaften fest. Sofern sie einen Vollzeitjob haben, werden sie auch noch um ein Viertel weniger entlohnt als Männer.

Aber selbst in Bezug auf die Entgeltgleichstellung bleibt es seitens der GAL dann trotzdem bei unverbindlichen Appellen, wie ich auch der Pressemeldung der neuen gleichstellungspolitischen Spre-

(Kersten Artus)

cherin der GAL entnehmen kann. Sie appelliert nur an die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Hamburg, bei Löhnen und Prämienzahlungen gleiche Maßstäbe für Frauen und Männer anzulegen. Eine derart naive Aussage habe ich nach all den Debatten, die wir hier seit zweieinhalb Jahren geführt haben, noch nicht erlebt. Liebe Kollegin Heitmann, bestimmt zuckten die Manager und Managerinnen in den Chefetagen erschüttert zusammen, als Ihre donnernde Botschaft über die Ticker ging.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst Ihre Partei setzt sich für den gesetzlichen Mindestlohn ein, aber Sie appellieren lediglich, Frauen endlich den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit zu zahlen. Sie sind offenbar mit der Beschlusslage Ihrer eigenen Partei nicht sonderlich gut vertraut.

(Viviane Spethmann CDU: Seien Sie doch mal solidarischer!)

Ich finde unter anderem auf der Website der Bundesgrünen den Satz, sie träten für gesetzliche Regelungen ein, die Frauen stärkten, um gegen Diskriminierung vorzugehen. Aber was machen Sie? Sie appellieren nur fröhlich und suchen sich eine Charta im Internet, die seit vier Jahren niemanden mehr interessiert.

Aber anstatt wirklich grüne Farbe und die Frauenflagge zu zeigen, haben Sie im Namen Ihrer Fraktion Anfang Juli sogar – Gabi Dobusch erwähnte es – gegen den Antrag meiner Fraktion und auch gegen Anträge der SPD gestimmt, die sich auf Beschlusslage Ihrer Partei befinden, nämlich ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft zu erlassen und das Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst zu novellieren.

(Viviane Spethmann CDU: Sie sind ja nur beleidigt!)

Während die Justiz- und Gleichstellungsministerinnenkonferenz vor Kurzem feststellte, dass Appelle in Bezug auf die Gleichstellung nichts bringen, appellieren Sie munter weiter. Sie haben sich offensichtlich nicht nur nicht mit der aktuellen Erkenntnis der Ursachen von Geschlechterdiskriminierung und den erforderlichen Maßnahmen dagegen auseinandergesetzt, sondern noch nicht einmal mit der Geschichte der Frauenbewegung um gerechte Löhne befasst. Selbst Ihnen muss doch langsam aufgefallen sein, dass Ihre Partei durch die schwarz-grüne Koalition butterweich in ihren Forderungen geworden ist auf fast allen Politikfeldern. Dass die GAL offensichtlich in Bezug auf die Gleichstellung nun auch noch auf dem Niveau der CDU angekommen ist, ist eine Schande und eine Ohrfeige für die Frauenbewegung.

(Beifall bei Christiane Schneider und Mehmet Yildiz, beide DIE LINKE)

Liebe Kollegin Heitmann, ich erwarte statt eines Antrags zum Unterzeichnen der Charta Ihre gesetzliche Initiative in Bezug auf Mindestlöhne und Gleichstellungsgesetze, mit denen Hamburg klare Signale setzen könnte.

Wir heben heute vermutlich einstimmig die Hände für diese Charta. Aber glauben Sie wirklich daran, dass diese Unterschrift unter eine zeitlich unverbindliche Charta irgendetwas bewirkt? Dann sind Sie wirklich noch nicht in der Realität der Gleichstellungspolitik angekommen.

(Michael Gwosdz GAL: Aber in der Realität der Kompetenz eines Bundesrates!)

Einst war die GAL ganz vorn in der Frauenbewegung und hat mit ihren Initiativen und ihrer Frauenpower wirklich Maßstäbe gesetzt; ich erinnere nur an die Frauenfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Mittlerweile bilden die Hamburger Grünen aber nur noch das Schlusslicht der Szene beziehungsweise laufen der Bewegung hinterher. Dieser Abstand wird immer größer. Die rote Laterne der Frauenbewegung mit diesem Antrag und der ständigen Appellpolitik haben Sie sich heute erworben.

(Beifall bei der LINKEN und bei Rolf-Dieter Klooß SPD)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Möller.

Antje Möller GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollegin Artus, es war schon immer das Problem der Frauenbewegung – deswegen ist sie auch an ihren ursprünglichen Idealen gescheitert –, dass sich dann doch immer Einzelne auf Kosten der Frauen, aber vor den Männern profilieren wollten. Ich glaube, dafür haben Sie gerade ein Beispiel gegeben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:*

(Zurufe von der CDU)

Liebe Kollegin Möller! Wenn es ein Zeichen der Frauenbewegung ist, dass wir nicht offen und ehrlich Bilanz ziehen und kritisch inhaltlich miteinander diskutieren, dann haben Sie etwas nicht begriffen.

(Beifall bei der LINKEN und Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Wolfgang Joithe-von Krosigk:
Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

(Vizepräsident Wolfgang Joithe–von Krosigk)

Wer möchte den Antrag der GAL–Fraktion aus der Drucksache 19/7285 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Damit stelle ich das Ende des ersten Sitzungstages fest und wünsche Ihnen einen guten Heimweg. – Vielen Dank.

Ende: 19.56 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Elisabeth Baum, Bülent Ciftlik und Anja Domres